Nr. 142 — Halle (Saale), Freitag den 20. Juni 1913 — 24. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis monatl. 60 Pf. frei ins Haus, durch die Post vierteljährlich 1.65 Mark ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung: Merseburgerstraße 48. Fernsprecher 888. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Anzeigengebühr beträgt für die 6gespaltene Kolonelzeile od. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter dem Textteil die Zeile 75 Pf.

Anzeigen für alle fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags 9½ Uhr in der Geschäftsstelle aufgegeben sein.

Hauptgeschäftsstelle: Merseburgerstraße 48. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Zum Wahlrechtskampfe.

B 20.6.13

Unsere Bemerkungen zum Massenstreikaufrufe des Genossen Frank, daß je schroffer die Arbeiterklasse das kapitalistische (liberale) Bürgertum bekämpfe, um so schneller unsere eigene Macht wachse und damit die einzige Möglichkeit der Eroberung des gleichen Wahlrechts — diese Bemerkungen haben es dem Gen. Kolb in Karlsruhe angetan. Er verteidigt in einem Leitartikel des Volksfreund den geliebten badischen Großblock und führt aus, daß wir auch in Preußen schließlich nur im Parlamente und nur mit Hilfe der Liberalen das gleiche Wahlrecht erringen könnten. Wir haben von jeher an dem Gen. Kolb die Konsequenz geschätzt, mit der er den Revisionismus bis zu seinem logischen Ende durchdenkt und praktisch durchzuführen bemüht ist. Aus seinen Aeußerungen lassen sich oft die Grundgedanken des Revisionismus, ebenso aber auch dessen letzten Ergebnisse mit verblüffender Klarheit erkennen. Wenn z. B. vor ein paar Jahren der Genosse Kolb den Ausspruch tat: man habe leider unsern badischen Parlamentarier gezwungen, viel zu viel von ihren politischen Plänen öffentlich mitzuteilen — so kann ein Kind mit Händen greifen, daß für ihn letzten Endes das Entscheidende ist die Geschicklichkeit und seine Diplomatie, mit der die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Parlamenten Geschichte machen. Und dies ist — wie wir wiederholt, zuletzt vor etwa Jahresfrist, dargelegt haben — der eigentliche und wesentliche Unterschied zwischen Radikalismus und Revisionismus: der Revisionist baut nur immer auf die Tüchtigkeit der Führer; je nachdem sich diese geschickt oder ungeschickt benehmen, ihrer Aufgabe gewachsen sind oder nicht, können Vorteile für das Proletariat herausgeschlagen, können die politischen und wirtschaftlichen Zustände gebessert werden oder nicht. Der Radikale dagegen legt den Führern keine so überragende Bedeutung bei; ihm ist die Entwicklung, d. h. die Tätigkeit der Massen wichtiger; aus ihr erhofft er die Besserung der gegenwärtigen Zustände, besonders aber die Erreichung der sozialistischen Ziele.

Aus diesem Gegensatz der Anschauung ergibt sich der Gegensatz der Taktik. Dem Revisionisten kommt es vor allem darauf an, möglichst viel „tüchtige Führer" an die Arbeit zu ziehen, z. B. möglichst viele Abgeordnete in die Parlamente hineinzukriegen. Die Masse soll dann die Leitung ihrer Geschicke vertrauensvoll den Führern überlassen, und insbesondere ihnen nicht ihre feinen diplomatischen Kreise stören. Der Radikale dagegen gibt auf solches Diplomatentum nicht viel; er begünstigt die Massenaktion, er will, daß die Massen ihr Geschick selbst in die Hand nehmen. Deshalb ist ihm die Agitation und Organisation so wichtig, welche die Massen zur eigenen politischen Tätigkeit heranziehen soll, indes der Revisionist in der Agitation und Organisation nur eine Vorbereitung sieht zu dem Zweck, das Feld für die Tätigkeit der Führer frei zu machen. Betrachten doch die Revisionisten die ganzen ersten 3—4 Jahrzehnte in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie gewissermaßen nur als ein Vorspiel, als eine Zeit der Vorbereitung. Erst nachdem es der Partei gelungen ist, überall in die Stadtverordnetenversammlungen, die Gemeinderäte, die Landtage, den Reichstag ihre Vertreter in größerer Zahl hineinzubringen, erst da beginnt — nach der Meinung der Revisionisten — die Aera der eigentlichen, der „verantwortlichen", der „positiven" Arbeit.

Diese taktischen Unterschiede zwischen Radikalen und Revisionisten sind allgemein bekannt. Viel weniger klar und deshalb viel weniger bekannt ist der ihnen zugrunde liegende prinzipielle Unterschied (der ja letzten Endes auf ein Für oder Wider die materialistische Geschichtsauffassung hinausläuft). Gerade deshalb wissen wir es dem Genossen Kolb Dank, daß er in seinen Aeußerungen den prinzipiellen Unterschied mit solcher Klarheit hervortreten läßt. Das geschieht auch wieder bei der gegenwärtigen Debatte über politischen Massenstreik. Bereits vor einigen Tagen erwähnten wir einen Artikel über dieses Thema im Karlsruher Volksfreund, dem inzwischen noch ein zweiter gefolgt ist.

Beide Artikel wiederholen die bekannten Eisnerschen Vorschläge zum preußischen Wahlrechtskampfe, und wir möchten daraus zunächst einmal die folgenden Stellen wörtlich anführen:

„So wie die Verhältnisse liegen, kann unsere Partei auch bei den größten Anstrengungen kaum viel mehr als 1½ Dutzend Mandate aus eigener Kraft erringen. Damit aber ist parlamentarisch nicht viel anzufangen."

„Die Entscheidung über die preußische Wahlrechtsfrage erfolgt nicht auf der Straße, nicht in Volksversammlungen, sondern im Parlament."

„Wie soll eine Minderheit eine politische Machtfrage lösen können, die nur im Parlament letzten Endes gelöst werden kann?"

„Die preußische Wahlrechtsfrage kann — daran ändert die Tatsache der Klassengegensätze und des Klassenkampfes nichts — von der Sozialdemokratie allein nicht gelöst werden, sondern nur mit Unterstützung des Liberalismus."

„Wir müssen — ob wir wollen oder nicht — uns mit der Tatsache abfinden, daß die politischen Entscheidungen in letzter Instanz im Parlamente fallen."

Immer und immer wiederholt sich hier der Gedanke, daß die Entscheidung im Parlament fällt, daß nur dort ein „ernsthafter Kampf" geführt werden kann, woraus denn ganz folgerichtig der Schluß gezogen wird, daß die Sozialdemokratie allein ein besseres Wahlrecht in Preußen nicht erzwingen kann, sondern dazu der Hilfe des Liberalismus bedarf. Erkennt man dies als richtig an, so liegt es dann in der Tat — zum mindesten bis auf weiteres — im Interesse der Sozialdemokratie, neben den eigenen möglichst viel liberale Abgeordnete ins Parlament hineinzubringen, und daraus ergibt sich der Eisnersche Vorschlag, den Kolb wieder aufnimmt, und der darin besteht, daß wir in all den Wahlkreisen, wo unsere Partei aus eigener Kraft „keine Erfolge erzielen" (will sagen: keine Mandate erobern) kann, von vornherein auf eigene Kandidaten verzichten und für die Liberalen stimmen sollen.

Daß und warum wir von Grund auf anderer Ansicht sind und eine solche Taktik für ganz verkehrt halten, wollen wir heute nicht ausführlich darlegen. Wir haben das in den letzten Jahren so oft getan, daß es auf die Dauer ermüdet. Es genüge deshalb, darauf hinzuweisen, daß selbst der bekannte Oberst Gädke, der eine Zeit lang Mitarbeiter des Berliner Tageblatts war, neuerdings herausgefunden hat, daß nicht nur äußere Gründe, nicht nur der Mangel an Mut, öffentlich für einen Sozialdemokraten zu stimmen, uns die Liberalen fern hält, sondern daß „der unbezwingbare Zug des Herzens die Freisinnigen immer mehr nach rechts, in die Bruderarme des Nationalliberalismus hinüberzieht."

Herr Gädke hat hierin weit mehr Recht, als ihm offenbar selbst klar ist. Die Scheidung der Geister und damit die Stellungnahme der Parteien erfolgt eben nicht nach irgend welchen in der Luft schwebenden Fragen der Weltanschauung, sondern sie erfolgt nach den wirtschaftlichen Verhältnissen. Nicht der allsächlich sich wiederholende, mit Blechschildern und Pappschwertern geführte sogenannte „Kulturkampf" zwischen Nationalliberalen und Zentrum, nicht der Scheinkampf zwischen konservativer und liberaler Weltanschauung sind die wichtigen Fragen unserer Zeit, mit wie lärmendem Getue sie auch von den Beteiligten in den Vordergrund geschoben werden. Das sind alles Ueberbleibsel vergangener Jahrzehnte, die nur deshalb mit solcher Wichtigkeit behandelt werden, weil man mit ihnen den Bruder Arbeiter hinwegtäuschen will über den wahren Streitpunkt, auf den es heute einzig und allein ankommt, den Kampf zwischen Besitz und Arbeit. Worüber beschweren sich unsere Liberalen, was mißfällt ihnen an der konservativen Regierung? Daß die hohe Diplomatie und die Beamtenstellen bis zum Landrat hinab vorwiegend mit Konservativen und Adligen besetzt werden, daß die Juden nicht Offiziere werden können, daß hier und da einmal Liberale wegen ihrer Meinungsäußerung gemaßregelt werden usw. Aber das sind doch alles keine Lebensfragen des Staates. Und tiefer gehen die liberalen Beschwerden nicht. Die Lebensfrage ist, ob die konservative Regierung und ihre konservativen Beamten die Interessen des Besitzes verteidigen gegen die Bestrebungen der Besitzlosen. Das tun sie, und indem sie das tun, handeln sie im Sinne des Liberalismus. Man soll sich doch nicht darüber täuschen, daß die regierenden Personen, und seien sie in ihrer Gesinnung konservativ bis auf die Knochen, doch nicht anders als liberal regieren können! Konservativ ist, wer den bestehenden Zustand erhalten will. Der heute bestehende Zustand aber heiligt nicht etwa, wie hier und da immer noch geglaubt wird, etwelche Vorrechte des Adels und der vornehmen Geburt, sondern er heiligt die Herrschaft und die Vorrechte des Besitzes. Man betrachte nur, um gleich bei dem nächstliegenden zu bleiben, das preußische Wahlrecht. Steht da irgendwo geschrieben, daß der Adlige, der Vornehme größeres Wahlrecht haben soll? Nein, sondern der Besitzendel Wenn ein beliebiger Schulze oder Lehmann sich ein Bordell kauft und damit gute Geschäfte macht, so wählt er in der ersten Klasse, indes der Reichskanzler und die Minister mit all ihrer Vornehmheit in der dritten Klasse bleiben. Und wie hier, so ist es überall. Die Gesetze, die Polizeiverordnungen, alles ist zugeschnitten auf die Herrschaft und den Schutz des Besitzes, d. h. auf die Interessen des besitzenden liberalen Bürgertums. Und mit solcher Regierung sollten die Liberalen unzufrieden sein? Ihren Bestand sollten sie gefährden durch Unterstützung der Sozialdemokratie? So dumm sind sie nicht, und deshalb ist es schon richtig, was Oberst Gädke sagt: der Zug des Herzens zieht sie an die Seite der Nationalliberalen und der Konservativen, kurz der gesamten Reaktion.

Gegen diese von radikaler Seite oft dargelegten Tatsachen wartet Genosse Kolb diesmal mit einem neuen Argumente auf, das wohl eine etwas eingehendere Betrachtung verdient. Das soll morgen geschehen.

Das Besitzsteuergesetz.

Die Budgetkommission trat am Mittwoch in die Beratung des Besitzsteuergesetzes ein, dessen erster Paragraph bestimmt, daß von dem Vermögenszuwachs eine Abgabe (Besitzsteuer) erhoben werden soll. Als Vermögen gilt nach § 2 das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden. Zur Steuer sind demnach heranzuziehen: Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen nach den näheren gesetzlichen Bestimmungen. Nach längerer Debatte werden die beiden ersten Paragraphen gegen die Stimmen der Konservativen so ie der Zentrumsabgeordneten Graf Praschma und Speck abgelehnt. (Die Ablehnung erfolgte, weil diese den Einzelstaaten zugedachten Vermögenszuwachssteuer durch eine solche für das Reich ersetzt werden soll.) Nach der Regierungsvorlage (§ 13) soll von einem Zuwachs, der den Betrag von 2000 Mk. nicht übersteigt, die Zuwachssteuer nicht erhoben werden. Die Nationalliberalen beantragten statt 2000 Mk. zu sagen 10 000 Mk. Nach § 14 sollen Vermögen bis 6000 Mk. der Besteuerung nicht unterliegen. Die Nationalliberalen beantragten, die Ziffer 6000 durch 20 000 zu ersetzen. Die Sozialdemokraten beantragen, im § 18 die Ziffer 2000 durch 6000, und im § 14 die Ziffer 6000 durch 12 000 zu ersetzen. Die kleinen Vermögen und der geringe Zuwachs sollten, wie Genosse Haase betonte, gewiß geschont werden, aber die nationalliberalen Anträge gingen zu weit. Bei der Abstimmung wurden die Vorschläge der Regierungsvorlage einstimmig, die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt, die nationalliberalen Anträge dagegen angenommen.

Zur Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft beantragten die Nationalliberalen folgende neue Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen: „Fällt in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so ermäßigt sich, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zur Zeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von 50 000 Mk. nicht übersteigt, die Abgabe um einen Betrag, der für jedes bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres fehlende volle Jahr auf fünf vom Hundert der Abgabe nicht übersteigen."

Die Konservativen stellten diesen Antrag: „Fällt in den Veranlagungszeitraum der Erwerb einer Erbschaft, so bleibt, wenn der Erbe ein Abkömmling des Erblassers ist und zur Zeit des Erbfalls das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und wenn das steuerbare Vermögen den Gesamtwert von fünfzigtausend Mark nicht übersteigt, der aus dem Erbfall herrührende Zuwachs insoweit steuerfrei, als das ererbte Vermögen in der Hand des Erblassers nicht mehr der Zuwachssteuerung unterliegen würde."

Abg. Oertel erklärte, die **Gestaltung der Besteuerung des Vermögenszuwachses durch Erbschaft sei für die Konservativen ausschlaggebend für ihre endgültige Stellungnahme zum Gesetz.** Werde das Kindeserbe der Besteuerung unterworfen, so sei für die Konservativen das Gesetz unannehmbar, das nicht zu einem versteckten Erbschaftssteuergesetz gemacht werden dürfe. — Schatzsekretär Kühn bekämpfte die konservativen Anträge. Es sei unmöglich, bei der Besteuerung einen Unterschied zu machen zwischen dem Zuwachs, der aus einer Erbschaft oder sonst woher stamme. Der Schatzsekretär bezeichnete dagegen den nationalliberalen Antrag als akzeptabel. — Abg. Fischbeck stimmte den Konservativen darin zu, daß die Besteuerung der Erbschaften der springende Punkt sei. Die Volkspartei mache ebenfalls die Entscheidung davon abhängig. Seit Wochen werde an einer Verständigung gearbeitet, die aber doch nicht so kommen dürfe, daß sich die Mehrheit der bürgerlichen Parteien der konservativen Minorität unterwerfe. Das vorliegende Gesetz würde ein schreiend ungerechtes werden, wenn die Erbschaft nicht der Besteuerung unterworfen würde. Wer 10 000 Mk. zusammen gespart und dabei gedarbt hat, solle Steuern bezahlen, nicht aber, nach den Forderungen der Konservativen, wer 25 000 Mk. erbe. Solchen Ungerechtigkeiten würden die Volksparteiler ihre Zustimmung niemals geben. Die Erbschaftsbesteuerung müsse nicht nur des Betrags wegen für den Fiskus durchgeführt werden, sondern auch um eine Handhabe zu erhalten, die Vermögen richtig einschätzen zu können.

Gen. Südekum bestritt, daß es sich beim vorliegenden Gesetz um eine versteckte Erbschaftssteuer handele. Die Besteuerung des Erbes für Abkömmlinge werde durch das Gesetz klipp und klar eingeführt von Reichs wegen. Südekum bekämpfte sowohl die Anträge der Konservativen, wie den Antrag der Nationalliberalen. — Abg. Gröber wandte sich gegen den konservativen Antrag, der schon seiner inkorrekten Fassung wegen unannehmbar sei. — Abg. Graf Westarp gab die Erklärung ab, die Konservativen hätten bisher viel Entgegenkommen zu einer Verständigung bewiesen, erstens durch ihre Zustimmung zu den ersten beiden Paragraphen der Regierungsvorlage und zweitens durch die Bereitwilligkeit, weiter mitzuarbeiten, trotzdem diese Paragraphen abgelehnt worden seien.

Bei der Abstimmung wurden die beiden konservativen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und des Zentrums abgelehnt; der nationalliberale Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. — Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt.

•

Ueber das Schicksal der Deckungsvorlagen wird gemeldet: Die Budgetkommission hat das Prinzip der Erbschaftsbesteuerung mit Einschluß des Kindeserbes angenommen. Aber es bestehen immer noch eine Reihe nicht geringer Schwierigkeiten, so daß von einer endgültigen Verständigung über den ganzen Komplex der Steuerfragen noch nicht gesprochen werden kann. So über die Besteuerung der Aktiengesellschaften, über die Steuerfreiheit der Fürsten, über die Feststellung des Wehrbeitrages u. a. Darum wird auch die Verständigungskommission weiterhin Sitzungen abhalten, um die nötigen Vorarbeiten zu leisten. Man spricht bereits davon, daß bis zum 5. Juli die Wehr- und Deckungsvorlagen erledigt sein werden. Alsdann soll der Reichstag bis zum Herbst vertagt werden.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 19. Juni 1913.

Die Garde.

Reichstagsbrief. C. B. Erst die Garde, dann das Vaterland! — Diesen Ausspruch will der Kriegsminister allerdings nicht gebraucht haben, aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß er in der Budgetkommission erklärt hat, die ganze Wehrvorlage würde fallen, wenn der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Gardeprivilegien und aller Elteformation angenommen würde. Und auch am Mittwoch hat er sich im Plenum bei der Beratung desselben Antrags mit einem beispiellosen Elan und mit begeisterter Wärme für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustands angestrengt,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191306 20-12/fragment/page=0001

Bisweilen hat er beinahe rhetorische Effekte erzielt. Im System einer absolutistischen Heeresverfassung, die die Armee vom Volke möglichst trennen will, ist freilich die Garde ein wichtiges Kennzeichnen und ein wertvoller Schutz, und das macht auch ihre Bedeutung aus, viel mehr als die „Tradition", auf die sich die Heeresverwaltung beruft.

Die Sitzung begann mit der Abstimmung über die in den letzten Tagen verhandelten Anträge und Resolutionen. Der sozialdemokratische Antrag auf Verkürzung der Dienstzeit, der Eventualantrag auf Aufhebung des Einjährigen-Privilegs und der Antrag auf Aufhebung des Burschenwesens wurden abgelehnt. Alle bürgerlichen Parteien, auch die Fortschrittler, stimmten dagegen. Angenommen wurde nur die Resolution der Budgetkommission und der Fortschrittler, die einen platonischen „Wunsch" nach „möglichster" Verkürzung der Dienstzeit enthalten und eine Ausdehnung des Einjährig-Freiwilligen Dienstes wollen.

Dann begann die Beratung unseres Antrags, der alle Bestimmungen über die Gardekorps und anderer Eliteformation für unzulässig erklärt, und der freisinnigen Resolution, die die Privilegierung bestimmter Truppenkörper aufgehoben wissen will. Unser Antrag wurde vom Genossen Dr. Lensch in einer ausführlichen Rede begründet, die in aller Schärfe den reaktionären Charakter der Garde entwickelte. Er wandte sich zuerst gegen die offiziellen Vorwände, mit denen man die Aufrechterhaltung der Garde decken möchte, namentlich gegen die bequeme Ausrede von dem „Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers".

Diese Ausrede ist insofern allerdings von einiger Berechtigung, als sie in der Tat auf den historischen Ursprung der Garde hinweist, der sie aber gerade als ein Werkzeug autokratischer Herrschaft erscheinen läßt. Als unser Redner auf die heutige Verwendung der Garde bei höfischen Festen und Empfängen zu sprechen kam, die eben dieses historische Merkmal der Garde aktuell markiert, geriet der Präsident in einige Aufregung, und erteilte einen zwei Ordnungsrufe, über deren merkwürdige Eingebung sich niemand mehr im Reichstage wundert. Das gleiche — immerhin erträgliche — Schicksal erreichte den sozialdemokratischen Redner, als er von der Argumentation des Kriegsministers durchaus treffend sagte, daß er das Unmöglichste an Ableugnungen geleistet hat. Und diese Bemerkung konnte doch kaum wundernehmen, wenn Herr von Heeringen ernstlich die Exklusivität des Gardeoffizierkorps bestreiten will! Genosse Dr. Lensch erläuterte schließlich durch einige charakteristische Beispiele die Bevorzugung des Gardeoffiziers, von der nur der Kriegsminister verlangt, daß sie noch extra bewiesen wird.

Die präzise rechtliche und historische Untersuchung, die unser Genosse gegeben hatte, mochte den Kriegsminister an seiner empfindlichsten Stelle getroffen haben, und die Verteidigung des absolutistischen Gardeprinzips erschien ihm so wichtig, daß er zu seiner pathetischen Kriegervereinsrede sogar die Rednertribüne betrat. Solches Pathos verfehlt seine Wirkung nicht: er erzielte manches Lächeln auf der Linken, dafür erregte Zustimmung auf der Rechten.

Herr Dr. Müller-Meiningen lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab und er erklärte, um die Zaghaftigkeit des fortschrittlichen Vorgehens zu begründen, daß seine Freunde nur „aussichtsreiche" Anträge gestellt hätten. Aber selbst dieser gewiß nicht allzu forsche Verteidiger bürgerlicher Rechte mußte dem Kriegsminister gegenüber doch die zahlenmäßige Tatsache der Gardeexklusivität vorhalten. Diese Tatsachen waren freilich für den folgenden Redner, den konservativen Herrn v. Graefe, nur „statistische Oberflächlichkeiten" — ein Urteil, das man leicht verteilt, wenn man bedenkt, daß der temperamentvolle Herr aus Mecklenburg geradezu eine Benachteiligung des Adels zur großen Erheiterung der Linken sich herauskonstruierte. Das Zentrum hatte in der Sache bezeichnenderweise einen seiner Grafen vorgeschickt, denn Herrn v. Praschma, der ebenso wie der nationalliberale Herr Keinath alles in schönster Ordnung findet, wenn sie auch für die freisinnigen Resolutionen stimmen wollen.

In einer sehr glücklichen Polemik vertrat noch Genosse Schöpflin gegen den Kriegsminister und die Redner aus dem Hause das Recht der Demokratie gegen das Vorrecht des Absolutismus. Den erregten Abschluß bildete eine scharfe und wirkungsvolle Erwiderung des Herrn Dr. Müller-Meiningen auf die provozierenden antisemitelnden Redensarten des Talmijunkers v. Graefe.

Die Millionäre schreien über „Konfiskation des Vermögens"!

Unter der Ueberschrift: Unsere Großindustrie gegen die Wehrsteuer-Reichstagsbeschlüsse bringt die Rheinisch-Westfälische Zeitung eine Reihe Aeußerungen Großindustrieller, um deren Meinungsäußerung sie gebeten hatte. Einleitend bemerkt das Blatt, daß es für den Vaterlandsfreund ein schönes, für die Sozialdemokraten und Konsorten ein höchst peinliches Schauspiel gewesen sei, zu beobachten, daß die reichen Leute sofort ernstlich bereit waren, willig in die Taschen zu greifen. Das Blatt verweist auf die Mundfrage, die es im Frühjahr in dieser Angelegenheit unter den Großindustriellen gehalten habe. Die allgemeine Zustimmung zu dem Gedanken einer einmaligen Beisteuer der Reichen sei sogar mit der besorgten Bitte verbunden gewesen, daß der Wille der Regierung nun aber auch in die Tat umgesetzt werde. Das war im Frühjahr.

Nun aber, wo die Herrschaften des großen Geldschrankes wirklich etwas zahlen sollen, pfeift plötzlich ein anderer Wind. Sie hatten wohl gehofft, es werde bei der Ankündigung bleiben, oder der Reichstag werde schließlich unter Führung der Reichsparteien nichts wesentliches beschließen. Daher die Wut, daß jetzt der Geldschrank für einen Tag einmal eine kleine Spalte geöffnet werden soll. Das Großkapitalistenblatt teilt mit: Der Repräsentant eines großen Zechenkomplexes (Thyssen?) führt die Verantwortung für die Verteifung des Geldmarktes in der Hauptsache auf die gegenwärtige Gestaltung der Deckungsvorschläge zurück, in denen so zahlreiche Ungeheuerlichkeiten enthalten wären, daß der ursprüngliche Gedanke ganz verwischt worden sei. Er hält die Frage für zeitgemäß, welche Aussichten die Auflösung des Reichstags haben könnte. Der Generaldirektor eines großen Montanbetriebes schreibt: Die Beschlüsse der Budgetkommission sind zum Teil so ungeheuerlich, daß eine gewissenhafte Regierung ihre Zustimmung unmöglich geben könnte. — Ein Vorstandsmitglied einer bekannten großen Bergbau-Korporation schreibt: Solange, wie das jetzige (gleiche) Wahlrecht für den Reichstag besteht, wird die überwiegende Majorität sich bestreben, die große Masse der Wähler für sich zu gewinnen. — Zum Schluß sei von den Zuschriften, die sich meist der jüngsten Eingabe der Duisburger Handelskammer anschließen, noch die des Führers eines weltbekannten Montanverbandes erwähnt, der in den Beschlüssen des Ausschusses den ersten Schritt für die Enteignung des Privateigentums erblickt, womit der „Verfall des Staates" (der Kapitalisten!) beginne.

Der in einem prinzipiellen Gegensatz zum Zentralverband der deutschen Industriellen stehende Bund der Industriellen ist mit seinen Antipoden darin einig, daß die Beschlüsse der Budgetkommission über den Wehrbeitrag „unannehmbar" seien. Gegen den Wehrbeitrag an sich will der Bund der Industriellen nichts einwenden, wohl aber wendet er sich dagegen, daß der Beitrag für große Kapitalien auf 1½ Prozent festgesetzt worden ist, im Gegensatz zu der Regierungsvorlage, die sich mit ½ Prozent begnügen wollte. In der Begründung der Eingabe wird ausgeführt: „Eine Besteuerung der industriellen Kapitalien bis zur Höhe von 1½ Prozent müßte zu Störungen und Erschütterungen zahlreicher Unternehmungen führen. Sie bedroht und gefährdet die für die Ausdehnung der deutschen industriellen Produktion unbedingt notwendige Kapitalsbildung, deren ungestörtes Fortschreiten durch das rasche Anwachsen der deutschen Volkszahl und deren noch rascher wachsenden Bedarf geboten ist. Eine derartige Belastung der in der deutschen Volkswirtschaft arbeitenden und bei der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung, unter hohen Zinssätzen und knappem Geldangebot aufs äußerste in Anspruch genommenen Anlage- und Betriebskapitalien würde auch in ihren wirtschaftlichen Konsequenzen überaus bedenklich sein, sie würde den Beginn einer Konfiskation bedeuten können."

Wenn der Arbeiter bis zu 10 Prozent seines knapp bemessenen Einkommens an indirekten Steuern bezahlen muß, dann stellt man das immer als eine Selbstverständlichkeit hin, wiewohl eine derartige Belastung weit eher als eine Konfiskation des Einkommens bezeichnet werden könnte, um so mehr, als diese Belastung eine dauernde ist. Der Wehrbeitrag dagegen ist eine einmalige Abgabe, die noch obendrein auf drei Jahre verteilt werden kann. Wer ein Vermögen von einer Million Mark hat, bezahlt drei Jahre hindurch jedes Jahr 5000 Mk., und das nennen die Herren Millionäre dann eine — Konfiskation des Eigentums. Die Verstärkung der Armee liegt nicht im Interesse der Arbeiterklasse, sondern allein in dem des Besitzes und nun, nachdem die Besitzenden, die bei Wahlen stets ihre Opferwilligkeit so aufdringlich betont haben, einmal bezahlen sollen, ertönt auf der ganzen Linie Heulen und Wehklagen. Fehlt nur noch, daß die Millionäre Protestversammlungen gegen steuerliche Belastungen abhalten, damit könnte man dem „Opferjahr 1913" erst die richtige Weihe geben

Das Staatsstreich-Testament.

Nach einem Artikel der konservativen Post ist das politische Testament König Friedrich Wilhelms IV., das nach der Festrede des Professors Hintze Wilhelm I. als ein „Pulverfaß" in seinem Hause ansah, und das er deshalb in den Ofen steckte, im Laufe der Zeit doch einmal „Gegenstand ernstlicher Erwägungen" geworden. Die Post schreibt: „Während der Konfliktszeit, als eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhause über die Reorganisation ausgeschlossen erschien, hat König Wilhelm I. ernstlich erwogen, ob es nicht seine königliche Pflicht gegenüber seinem Staate sei, den von seinem Vorgänger auf dem Throne in seinem letzten Willen vorgezeichneten Weg einzuschlagen, um die von ihm für unbedingt notwendig erachtete Reorganisation des Heeres und damit den Bestand des preußischen Staates sicherzustellen. Als er von diesen Erwägungen Bismarck Mitteilung machte, hat dieser sofort auf das dringendste abgeraten und ist auch alsbald mit seiner Abmahnung bei dem Könige durchgedrungen . . ." — Wir registrieren auch diese Staatsstreichgelüste.

Militärischer Kulturmord.

Ein englischer Philanthrop, Sir Max Wächter, hat in einer Broschüre: England, Deutschland und der Friede Europas eine Zusammenstellung der alljährlichen Militärausgaben Europas gegeben und sehr zeitgemäße Glossen an diese Rechnung geknüpft.

Wächter bezeichnet die jährliche Wehrlast Europas auf 7320 Millionen, sicherlich um etliche Milliarden zu wenig, wie seine Veranschlagung der deutschen Rüstungsausgaben beweist, die er mit nur 1400 statt 2000 Millionen ansetzt. Freilich wären auch schon 7320 Millionen jährlich eine ungeheuerliche Summe. Denn Sir Wächter beantwortet die von ihm aufgeworfene Frage: „Was bedeutet diese Summe?" folgendermaßen:

„Der Panamakanal wird, wenn vollendet, ungefähr 1600 Millionen Mark kosten. Europa gibt also für seine Kriegsrüstungen jährlich mehr als viermal so viel aus, wie die Kosten des gewaltigsten und teuersten Ingenieurunternehmens der Welt betragen. Wenn wir den Wert von Handelsschiffen im Durchschnitt zu 300 Mk. pro Tonne brutto ansetzen, so beträgt der Wert der ganzen englischen Handelsflotte von 10 000 Schiffen und von 19 Millionen Tonnen brutto 5700 Millionen Mark, während der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt, die 40 Millionen Bruttotonnen umfassen, 12000 Millionen Mk. beträgt. Die europäischen Staaten geben, wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7320 Millionen Mark pro Jahr oder über sechshundert Millionen Mark pro Monat aus. Mithin geben sie alle 10 Monate eine Summe aus, die dem Werte der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und alle 20 Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsschiffe der ganzen Welt. Europa verwendet jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke, als für Erziehung, Hygiene und alle anderen sozialen Zwecke zusammen. Außerdem wachsen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigerter Schnelligkeit.

Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht bloß zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als 4 Millionen der kräftigsten jungen Leute stehen in den Heeren und in den Marinen Europas unter Waffen, und mehr als eine Million Zivilisten sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderem Kriegsmaterial beschäftigt. In anderen Worten: mehr als 5 Millionen der tüchtigsten Arbeiter, die in Land-

---

38] **Der Eindringling.** [Nachdr. verb.]

Roman von Blasco Ibanez.

Ins Deutsche übertragen von Julio Brouta.

Durch den Sinn Fernandos fuhr, wie ein kalter Luftzug, die Erinnerung an etwas, das der Doktor ihm gesagt. Die baskische Rasse empfand eine große Vorliebe für die Musik; ihre Lieder waren von wunderbarer Schönheit, aber die Empfindung, die darin lag, war eine äußere; diese Rasse war tieferen Gemütsbewegungen unzugänglich.

Nein, Holdchen, sagte er lebhaft, es ist Deine ganze Seele, die Du in das Lied hineinlegst, ohne es zu wissen. Du bist für mich der verheißende Stern, so schön, so hold, so fern, aber ich sage Dir, unter keinen Umständen wie am Schlusse des Liedes: „Leb' wohl auf immerdar." Wenn ich Dich verlore, ich weiß nicht, was aus mir würde. Sage mir, daß Du mich liebst, Pepita, sag' es mir!

Das Mädchen empfand einige Scham davor, ihm mündlich zu sagen, was sie ihm so oft geschrieben hatte.

Weißt Du es denn nicht? sagte sie ausweichend. Habe ich Dir's nicht oft gesagt?

Jawohl, aber wiederhole es. Ich will es aus Deinem Munde hören. Sage mir, daß Du mich liebst.

Und Pepita sah ihm zum ersten Male in die Augen und sagte in feierlichem Tone, wie man einen Schwur tut:

Ja, ich liebe Dich, Fernando.

O, jener Blick! . . . Das war für den Ingenieur das Beste der Unterredung, und er bewahrte ihn in seinem Gedächtnisse auf und bemühte sich, ihn strahlend, wie er war, aufzubewahren, damit er ihn begleiten möchte während der langen Stunden, die er da unten in den Werken verbrachte, in süßen Erinnerungen schwelgend.

Sanabre war nunmehr überzeugt davon, daß Pepita ihn liebte. Ihr Blick, ihre Stimme war mehr wert als alle die kostbaren Papiere, die er in seinem Arbeitszimmer aufbewahrte. Sie spottete zwar mit nachsichtiger Ueberlegenheit, wenn sie ihn von Liedern und Sternen sprechen hörte, denn der Positivismus ihrer Rasse kam bald wieder zur Geltung, aber beim Anblick des geliebten Mannes konnte sie die aufrichtigen Regungen ihres Herzens nicht unterdrücken. Fernando war für sie jenes abstrakte Ideal, das jedes Weib, wenn es zum ersten Male liebt, sich schafft: der Mustermann, ein Ausbund von Kraft und Grazie, von Zartsinn und Taktfaft, fähig, vor einer Blume in Entzückung zu geraten und sich wie ein Löwe zu schlagen; in einem Wort jener Held, ein Gemisch von verliebtem Tenoristen und muskelstarkem Kämpen, wie der Roman ihn geschaffen und er in der Wirklichkeit nie angetroffen wird, wohl aber in den Träumen der Jungfrauen herumgeistert.

Ja, ich liebe Dich, wiederholte Pepita. Für mich brauchst Du nicht zu fürchten, niemals wirst Du mir Lebewohl zu sagen haben.

Liebchen, süßes Liebchen! stammelte der Ingenieur. Ich liebe Dich bis zur Raserei! Wie glücklich bin ich!

Und die Amme Nicanora, die hinter ihnen schritt, lächelte mitleidig, wenn sie eines seiner Worte auffing. Alle Freier benahmen sich auf dieselbe Weise, die Stadtherren und die Bauernburschen sahen sich hierin gleich; nur in den Worten, die sie gebrauchten, war ein kleiner Unterschied. Sie wußten nur Dummheiten zu sagen und legten in ihre Worte einen so feierlichen Ernst, als ob das Bestehen der Welt von dem, was sie sagten, abhing. O, die liebe Jugend! . . . Und sie lächelte weiter mit der Nachsicht der Alltluaheit gegenüber der Liebesbegeisterung des jungen Paares.

Fernando hatte sich durch die Worte seiner Geliebten gänzlich berauscht und schmiedete Zukunftspläne. Er wollte arbeiten. Wer weiß, wohin ein arbeitsfreudiger Mann es bringen kann! Seitdem er verliebt war, fühlte er in sich neue Kräfte treiben und schießen. In seinem Kopfe gärten allerhand Erfindergedanken, die seinem Prinzipal neue, kolossale Gewinne verschaffen sollten.

Aber die Erinnerung an Sanchez Moruela schlug seine Illusionen zu Boden.

Was wird Dein Vater sagen, wenn er von unserer Liebschaft erfährt? Du weißt ja durch meine Briefe, wie sehr der Gedanke mich ängstigt . . . er läßt mich oft nicht schlafen. Und Deine Mutter? Vor der habe ich, offen gesagt, eine furchtbare Angst. Unsere Liebe macht uns glücklich, aber die Zukunft behält uns noch viele Schmerzen vor . . . Wenn in Deiner Familie alle wären wie der Doktor, o, dann wär's mir nicht bang.

Und er sprach mit Begeisterung von Aresti und von dem Wohlwollen, das ihm der Doktor bezeigte.

Ja, gewiß, mein Onkel ist ein guter Mann, sagte Pepita etwas gleichgültig. Es ist nur schade, daß er nicht anders denkt. Er ist ein sympathischer Sonderling, aber Mama glaubt, daß etwas nicht ganz richtig bei ihm ist.

Ihre Gedanken wurden wieder auf die Unsicherheit ihrer Zukunft gelenkt.

Fernando war beklommen. Ihre Eltern würden sie wahrscheinlich an den Sprossen einer Millionärsfamilie verheiraten wollen, vielleicht auch an den wenig begüterten Träger eines alten adligen Namens. An alles andere eher als an ihn würden sie denken, denn er war doch nur ein Angestellter des Hauses. Er würde sie verlieren, wo er sie doch so sehr liebte! Der Mangunterschied würde ihnen den Weg verlegen, sie trennen! . . . .

Albernheiten! Nur Dich allein kann ich lieben! sagte sie mit süßem Lächeln.

Und der Ingenieur, gerührt durch diese Worte, hingerissen durch ein überschwellendes Gefühl der Dankbarkeit, wollte ihre Hände ergreifen. Sie aber zog sie hinter sich zurück, und die zusammengezogenen Augenbrauen gaben plötzlich ihrem Gesicht einen seltsam harten Ausdruck.

Was fällt Dir ein! rief sie rauh, mit einer Stimme, die nicht dieselbe zu sein schien, als ob der junge Mann eine Ungeheuerlichkeit intentiert habe.

Von neuem überkam ihn die Erinnerung an den Doktor Aresti und an eines seiner gewagten Paradoxen, die ihm den Ruf eines Verrückten erworben: „In unserm Lande weiß niemand, wo er das Herz sitzen hat. Hier ist es noch nie vorgekommen, daß ein Mädchen sich von seinem Geliebten hätte entführen lassen."

Sanabre blieb verlegen und beschämt stehen. Pepita bereute beinahe ihre Härte, aber sie schwieg und wartete, bis er das Gespräch wieder aufnähme.

Vielleicht wünscht Deine Mutter, daß Fermin Urquiola Dein Mann werde, sagte kleinlaut und traurig der Ingenieur.

Das Mädchen benützte diese Gelegenheit, um seine zarte, verliebte Stimme wiederzugewinnen.

Der! O, nie, nie!

Und sie sprach voll dem Widerwillen, den ihr Urquiola einflößte. Der machte verschiedenen reichen Erbinnen den Hof, denn ihm ging es eben nur darum, ein Vermögen zu fischen. Außerdem kannte sie sein Leben. Die jungen Mädchen sprachen in den Kränzchen heimlich von ihm als von einem Don Juan, der die Schürzenjägerei nach allen Regeln betrieb. Alle wußten, daß er in Alt-Bilbao eine Frau unterhielt, eine frühere Näherin, mit der er in wilder Ehe lebte. Man munkelte sogar, daß sie ihm Kinder geboren.

O, ich schwöre Dir, ich möchte lieber sterben, als den Menschen nehmen, sagte sie mit dem Ausdruck höchsten Widerwillens.

Sie war nicht imstande, sich ihrer Mutter zu widersetzen, aber wohl wagte sie es, ihr zu widersprechen, wenn Doña Christine ihr die Verdienste und Vorzüge ihres Verwandten anpries. Und als ob sie bei dem Gedanken an Urquiola an einen moralischen Fehler ihres Geliebten erinnert würde, sagte sie sanft:

Sag mal, Fernando, bist Du religiös gesinnt? Ist's wahr, daß Du die Anschauungen meines Onkels teilst? . . . Nein, nicht wahr?

Dabei sah sie ihn bang und fragend an, als zittere sie vor seiner Antwort. Sanabre dachte einen Augenblick an Faust in Gretchens Garten. Ein unschuldiges Mädchen, aber weniger leidenschaftlich als die deutsche Bürgerstochter, fragte ihn in einem Garten um seine Religion. Es wandelte ihn eine unbändige Lust an, auszuhrechen in ein Loblied auf das hehre Menschentum, wie der phantastische Doktor. Aber die Furcht, sich lächerlich zu machen, hielt ihn zurück; sein Instinkt warnte ihn davor, jene schläfrige Seele mit rauhem Ruck zu wecken.

Gewiß, mein Herz, bin ich religiös gesinnt, sagte er ausweichend. Ich glaube, daß der Mensch gut und glücklich auf Erden sein muß, und dahin geht mein Streben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0002

wirtschaft und Industrie zum Wohle der Volksmassen tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen. Durch diese Entziehung von 5 Millionen der besten Arbeiter und von 1 Million Armeepferden werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, die mehrere tausend Millionen Mark beträgt."

Für uns Sozialisten ist das ja nichts neues. Das Bürgertum in seiner ungeheuren Mehrheit aber, an das die Betrachtungen Sir Max Wächters gerichtet sind, ist taub gegen alle Argumente der Vernunft. Hat es doch sogar das Mosse-Blatt fertig gebracht, einem berühmten deutschen Gelehrten, dem Professor Wilhelm Ostwald, aus einem Artikel über die kulturmörderischen Folgen des Rüstungswahnsinns im allgemeinen und der neuesten deutschen Wehrvorlage im besonderen die drastischsten Stellen zu streichen!

Das Schicksal der modernen Kultur ist nun einmal unlöslich mit der modernen Arbeiterklasse und ihren sozialistischen Idealen verknüpft!

Deutsches Reich.

— **Der Strafrechtsausschuß.** Der mit der Ausarbeitung eines Vorentwurfs zum Strafgesetzbuch betraute Ausschuß wird vom 16. Juli bis 16. August eine Ferienpause machen. Der Ausschuß hofft, mit seinen Arbeiten im Spätherbst fertig sein zu können. Dann wird der Entwurf zunächst den Bundesregierungen zur Stellungnahme zugehen. Der Einführungsgesetzentwurf wird erst dann aufgestellt, wenn der neue Strafgesetzentwurf in seinen Grundzügen feststeht.

— **Eine Strafversetzung!** Der Kreisarzt Dr. Thomalla in Altena i. W., der im letzten Winter aufsehenerregende Veröffentlichungen über die Unterernährung der Altenaer Schulkinder machte, ist nach Ohlau in Schlesien versetzt worden. So gehts, wenn ein Beamter die Wahrheit feststellt.

— **Geheimes und direktes Wahlrecht — nicht in Preußen, sondern in Ostafrika.** Am 19. Juni wird in Daressalam der Gouvernementsrat von Deutsch-Ostafrika zusammentreten, um an erster Stelle über die Bildung eines Landesrates nach südwestafrikanischem Vorbilde zu beraten. Der neue Landesrat soll aus 20 Mitgliedern bestehen, von denen 10 von der weißen Bevölkerung der Kolonie durch direkte, geheime Wahlen endgültig — bisher bestand nur das Präsentationssystem — gewählt werden, während die übrigen 10 Mitglieder nach freiem Ermessen ernannt werden. Zum Zwecke der Wahlen wird das Schutzgebiet in 8 Wahlbezirke eingeteilt, die aus territorial zusammenhängenden Verwaltungsbezirken bestehen. Jeder Wahlbezirk wählt einen Vertreter, Daressalam und Tangar haben jedoch angesichts ihrer Bedeutung für das ganze Schutzgebiet das Recht, zwei Kandidaten zu entsenden. Als Mitglied des Landesrates kann nur gewählt werden, wer mindestens drei Jahre im Schutzgebiet ansässig ist.

Frankreich.

Jaurès gegen die dreijährige Dienstzeit. In der Deputiertenkammer setzte Genosse Jaurès am Mittwoch seine am Dienstag abgebrochene Rede fort. Der Redner machte der Regierung den Vorwurf, sie opfere dem Erfolge des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit den wahren Schutz des Vaterlandes, der in der Verstärkung der Festungen bestände. Man werfe ihm vor, er sei für eine Konzentrierung nach rückwärts, während man eine Mobilisierung nach rückwärts mache, indem man z. B. Reservisten aus den Grenzgebieten nach Epernay zur Einkleidung schicke. (Lebhafter Beifall.) Bei der Kritik über die Art und Weise, wie der Minister und Reinach das Minimum des Effektivbestandes berechneten, sagte Jaurès, dieser Effektivbestand sei kein philosophisches System, sondern ein politisches Hilfsmittel. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Der Minister sei mit patriotischer Hast vorgegangen, durch die eine Prüfung der Zahlen unmöglich gemacht wurde. Er erblicke eine der Gefahren des Gesetzesvorschlages darin, daß auf dies Gesetz alle Macht, Aufmerksamkeit und Opferfähigkeit der Nation abgelenkt werde. Jaurès erklärte, sein Ziel sei, stufenweise das Berufsheer zu verringern und dafür die Kraft des Nationalheeres zu stärken. Er werde mit den Republikanern leidenschaftlich das Gesetz über die zweijährige Dienstzeit verteidigen und werde versuchen, der Militärreaktion, die unfähig sei, das Vaterland zu beschützen, eine Niederlage beizubringen, durch die jegliche Rückkehr zur Offensive verhindert werden würde. Jaurès schloß: Je schwächer Ihre innersten Gründe sind, um so schwärzer müssen Sie vor dem Lande malen, um das Gesetz zur Annahme zu bringen, und um so mehr müssen Sie unkluge Worte reden. Wir haben die Ueberzeugung, daß wir der nationalen Verteidigung und dem Weltfrieden dienen, an dessen Erhaltung die Republik mithelfen muß. (Lebhafter Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Die Diskussion wird Donnerstag nachmittag fortgesetzt werden.

Die Kriegsgerichte an der Arbeit. Das Kriegsgericht in Nancy verurteilte von fünf Soldaten, die sich am 18. Mai geweigert hatten, in der Patrouille mitzumarschieren, welche die „Meuterer" auf dem Uebungsfelde von Dommartin-lès-Toul verhaften sollte, zwei zu einem Jahr und drei zu zwei Jahren Gefängnis. Das den fünf Angeklagten zum Vorwurf gemachte Vergehen besteht, genau genommen, darin, daß sie sich geweigert haben, das Bajonett aufzupflanzen.

England.

Die Marconi-Affäre vor dem Unterhause. Am Mittwoch begann im Unterhause die Debatte über den Bericht der Untersuchungskommission für die Marconi-Angelegenheit mit einer Rede des Unionisten Cave, der beantragte, einen formellen Protestbeschluß zu fassen, in welchem das Bedauern über die Transaktionen gewisser Minister in amerikanischen Marconiaktien ausgesprochen und verlangt wird, daß die Minister in ihren Erklärungen über diesen Gegenstand dem Hause gegenüber mit voller Offenheit verfahren. Cave verzichtete darauf, irgendwelche Vorwürfe wegen persönlicher Bestechlichkeit zu machen, erklärte aber, die Minister hätten sich Verstöße gegen die Gesetze und Ueberlieferungen des Hauses und des öffentlichen Lebens zuschulden kommen lassen.

Sir Rufus Isaacs war der erste Anhänger der Regierung, der das Wort ergriff. Als er sich erhob, wurde er mit Lärm und von den Anhängern der Regierung mit Hochrufen begrüßt. Er erklärte, daß, welche Kritik und welcher Tadel an die Transaktionen mit den amerikanischen Marconiaktien auch geknüpft werden sollten, diese auf ihn fallen würden, und nicht auf Lloyd George oder Lord Murray.

Nach Sir Rufus Isaacs sprach Lloyd George. Auch er bedauerte es, daß die Transaktionen nicht im Oktober vorigen Jahres offen dargelegt worden seien. Er gebe freimütig zu, daß seine Handlungsweise weder vorsichtig noch überlegt war, aber er sei sich dessen bewußt, nichts getan zu haben, was seine Ministerehre beflecken könnte. (Beifall bei den Ministeriellen.) Isaacs und Lloyd George verließen darauf das Haus.

Von liberaler Seite wurde folgende Resolution eingebracht: Nachdem das Haus die Erklärungen der Minister Isaacs und Lloyd George über ihre Käufe in amerikanischen Marconiaktien gehört hat, nimmt sie von den Erklärungen Kenntnis und erachtet es für richtig, seine Mißbilligung über die falschen Anschuldigungen größter Art zu Protokoll zu geben, die gegen die Minister erhoben worden sind und die sich als jeder Begründung entbehrend erwiesen haben. (?) Die Debatte wurde darauf vertagt.

Italien.

Der Generalstreik in Mailand ist beendet. Nachdem der Arbeiterkommission von dem Präfekten der Provinz Mailand wegen der Freilassung der Verhafteten und der Beschleunigung des gegen die Führer des Metallarbeiteraustandes anhängig gemachten Verfahrens Versprechungen gemacht worden sind, hat eine Versammlung der Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, die Mittwoch früh tatsächlich erfolgt ist.

Marokko.

Die Kämpfe mit den Aufständischen sind namentlich für die Spanier sehr verlustreich gewesen. Ihre Gesamtverluste in den Kämpfen bei Tetuan betragen 25 **Tote**, darunter zwei Offiziere, und **120 Verwundete**, darunter acht Offiziere.

Die Entsendung von Verstärkungen bereitet den Spaniern große Schwierigkeiten, und so sieht man sich nach französischer Hilfe um; durch ein „militärisches Zusammenwirken" glaubt man, den Aufstand leichter niederschlagen zu können. — Das spanische Volk will indessen nichts wissen von der Fortsetzung des kostspieligen und opferreichen Marokkoabenteuers. In sozialistischen Kreisen wird mit einem Gesamtaufstand gedroht, falls der Krieg in Marokko fortgesetzt werden sollte. Am nächsten Sonntag wollen die Republikaner und Sozialisten in ganz Spanien Protestmeetings gegen den marokkanischen Feldzug abhalten.

Paris, 19. Juni. Ueber den Grenzort Cerbère (Ostpyrenäen) wird gemeldet, daß in Barcelona Zusammenrottungen auf der Rambla stattgefunden haben unter Rufen „Nieder mit dem Marokkokrieg! Hoch die Republik!" Die Polizei habe mit flacher Klinge eingehauen; einige Personen seien verletzt und fünf verhaftet worden.

Balkanstaaten.

Die Lage auf dem Balkan ist plötzlich wieder kritischer geworden. Der Korrespondent der Wiener Neuen Freien Presse in Sofia will aus „authentischer" Quelle erfahren haben, daß Bulgarien nicht an der Ministerpräsidentenkonferenz in Petersburg teilnehmen werde. Man wolle noch fünf Tage warten, ob Serbien bis dahin die bulgarische Forderung nach Einsetzung eines Schiedsgerichts auf der Grundlage des serbisch-bulgarischen Vertrags erfüllen werde, und dann dementsprechend handeln.

Sofia, 19. Juni. Die bulgarische Antwort auf die serbische Forderung nach Revision des Bündnisvertrags wird heute überreicht werden. Sie „widerlegt" Punkt für Punkt alle von der serbischen Regierung angeführten Argumente und lehnt jede Aenderung des Bündnisvertrages ab.

Die offiziöse Bulgaria schreibt: Die Regierung wird bestrebt sein, mit der Türkei freundschaftliche Beziehungen herzustellen. Gegenüber Rumänien wird sie das Petersburger Protokoll zur Durchführung bringen und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern enger knüpfen. Im Rahmen des alten Vertrages mit Serbien wird sie jeden Gedanken an eine Aenderung zurückweisen. Was Griechenland betrifft, so muß dieses vor Beginn der Verhandlungen die Gebiete räumen, die es widerrechtlich besetzt hat.

Kleine Auslandsnachrichten. Die Ministerkrisis in Dänemark. Der König betraute den Folkethingabgeordneten Zahle mit der Bildung des neuen Ministeriums. Zahle erbat sich bis morgen abend Bedenkzeit. — Bauernunruhen in Rußland. In dem Gebiet von Naltschik kam es zu Unruhen, da die Bauern über neue Bestimmungen über die Benutzung der Weideplätze empört waren. Etwa tausend Bauern aus zwei Dörfern rotteten sich zusammen, um die Viehzüchter zu verjagen. Ihrem Beispiel sind die Bewohner anderer Dörfer gefolgt. Die Provinzbehörden haben an den Ort der Unruhen Truppen entsandt. — Aufstand auf den Philippinen. Bei Bagsat Sulu (Philippinen) fand ein erbitterter Kampf zwischen den Regierungstruppen und den Aufständischen statt, der mit der „Vernichtung der Aufständischen" endete. Diese hatten **317 Tote**, während die Amerikaner **38 Mann verloren.**

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Die Landesorganisation der sozialdemokratischen Partei Hamburgs macht in ihrem Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1912-13, das sich nur über die neun Monate Juli 1912 bis März; 1913 erstreckt, u. a. folgende Angaben: Die Mitgliederzahl ist in den neun Monaten von 60 839 auf 61 823 gestiegen. Es wäre danach nur ein Mitgliederzuwachs von 984 zu verzeichnen; da sich aber die Zahl der eingegangenen Monatsbeiträge um 71 051 vermehrt hat, ist die Mitgliederzunahme in Wirklichkeit etwa zehnmal größer und beträgt rund 9000. Arbeitslosigkeit und Abwanderung der Arbeiter im Winter beeinflussen die Mitgliederzahl derart, daß der wirkliche Gewinn an neuen Mitgliedern in der Mitgliederzahl nicht voll zum Ausdruck kommt. Die Gesamtauflage des Hamburger Echo für Hamburg, Altona und Umgegend ist von 75 050 auf 76 340 gestiegen. Die Steigerung um 1290 entspricht nicht den Erwartungen. In der Agitation ist viel geleistet worden. Gegen Lebensmittelteuerung Kriegshetze, Rüstungsvorlagen und auch gegen die Märzfeier des Hamburgischen Bürgertums aus Anlaß des „Befreiungs"-Jubiläums haben zahlreiche Demonstrationsversammlungen und Flugblattverbreitungen stattgefunden, die ihren Eindruck nicht verfehlt haben. Die Ende März erschienene Schrift Hamburg und die französische Revolution, die im Auftrage des Landesvorstandes von Dr. Laufenberg verfaßt wurde, ist in ihrer ganzen Auflage (15 000) bereits vergriffen. Sie hat auch im Buchhandel großen Absatz gefunden.

Bei der Bürgerschaftswahl im Anfang dieses Jahres gewann die Partei 70 192 Stimmen, aber kein Mandat, dank der Infamie des Wahlgesetzes. Die Abrechnung von der Reichstagswahl 1912 ergab 21 131 Mk. Ueberschuß, der dem Saalbaufonds überwiesen wurde. Der Maifonds hat einen Bestand von 99 790 Mk. erreicht; sämtliche Partei- und Gewerkschaftsangestellten haben ihren Tagesverdienst abgeführt, nicht aber einzelne Angestellte in solchen Betrieben, wo der 1. Mai auch gefeiert und bezahlt wird.

Das Arbeiterbildungswesen und der Jugendbund, auch die Frauenbewegung haben wesentliche Fortschritte gemacht. Die Unterrichtskurse wurden erweitert, Volksschauspiele wurden im Sommer, literarische Abende im Winter häufig veranstaltet. Der Jugendbund zählt 2328 Mitglieder, davon 611 weibliche. Die Kinderschutzkommission hat rege Tätigkeit, die nicht ohne Erfolg blieb, entfaltet.

Das Verhältnis der Mitgliederzahl der Partei zu den bei der Reichstagswahl abgegebenen Stimmen hat sich wenig verändert. Es beträgt im 1. Wahlkreis 38,7, im zweiten 35,6 und im dritten 48,6 Proz.

Briefkasten der Redaktion.

H. F. Ihre Frau hat sich nicht strafbar gemacht. Der Gendarm kann ja schließlich sonst was verlangen.

C. P. 100. 1. Singstunden, oder sonstige Mitglieder-Versammlungen oder -Zusammenkünfte, sowie Zusammenkünfte geschlossener Gesellschaften sind von der Polizeistunde unabhängig. Nur der öffentliche Verkehr muß zur festgesetzten Stunde aufhören. 2. Sobald die Polizeistunde noch nicht angebrochen ist, hat der Wirt das Recht, Fremden Speise und Getränke zu verabfolgen.

Aisleben 250. 1. Der Redakteur kann gesetzlich dazu gezwungen werden. Eine Namensnennung wird aber von einem Redakteur, der etwas auf sich hält, abgelehnt. 2. Unverständlich.

Wallhausen 150. Die Steuern müssen bezahlt werden.

P. K. Ihre Idee ist zweifellos genial, wird jedoch nicht berücksichtigt werden, weil Sie sich Ihre Idee nicht haben schützen lassen. Wegen der Kuppelung müssen Sie sich an das Ministerium der Preußisch-Hessischen Eisenbahnen in Berlin wenden.

H. 2. Gegen die nochmalige Verpachtung läßt sich nichts machen, es sei denn, daß sofort nach der ersten Verpachtung der endhültige Zuschlag erteilt wird.

O. M., Wolfen. Wenden Sie sich an den Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen.

U. G., Creisfeld. Wäsche und Kleidungsstücke sind kein Mobiliar, werden aber zu den Haushaltungsgegenständen gerechnet.

G. R. D. Der Bezirksausschuß besteht aus sieben Personen, und setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden (Regierungspräsidenten), aus zwei vom Könige ernannten, und aus vier vom Provinzialausschuß gewählten Mitgliedern.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Uebersicht, Parteinachrichten Paul Hennig, Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bock, für Lokales und Provinzielles Wilhelm Koenen. — Verleger und für die Anzeigen verantwortlich Alfred Jähnig. Sämtlich in Halle. — Druck der Hallescheen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.)

Arbeiter-Sekretariat, Halle a. S.,
Herz 42/43, Hof, 2 Treppen.
Sprechstunden nur Wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen. — Telephon Nr. 1541.

Die billigen Blusentage beginnen
Freitag den 20. Juni.
5% Rabatt in Marken.
M. Schneider
Leipzigerstrasse 94.
1712

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0003

Das Gewerkschaftsfest in Halle findet am 6. Juli statt.

1706

Volkshaus, Leipzig,

Telephon-Nr. 3170. Zeitzerstrasse 32. Telegr.-Adr.: Volkshaus.

Grosser Ballsaal. — Hotel, Restaurant und Café. — Grosser staubfreier, schattiger Garten.

Auswärtigen Besuchern der

International. Baufach-Ausstellung

empfehlen wir unsere besteingerichteten Lokalitäten.

Gut bürgerlicher Mittagstisch zu zivilen Preisen. *883

Vom Zentralbahnhof mit — M-Linie — der blauen Strassenbahn in 10 Min. zu erreichen.

Tribünenplätze zum Blumenkorso

am 22. Juni cr. nachm. 3 Uhr

sind zum Preise von Mark **1.50** und Mark **2.00** zu haben bei: **Franz Beck,** Leipzigerstrasse 56, **J. L. Heise,** Händelstrasse 38, **Richard Heinze,** Grosse Steinstrasse 71 und Grosse Ulrichstrasse 40, **Artur Kopsch,** Steinweg 29, **Steinbrecher und Jasper,** Leipzigerstrasse 1 und Scharrenstrasse 1, **Hermann Rühl,** Poststrasse 11, **W. F. Wollmer,** Grosse Ulrichstrasse 6—8, und in der Geschäftsstelle des **Verkehrsvereins,** Brüderstrasse 4.

Die Tribünen sind überdacht, ohne Seitenwände, und bieten die beste Gelegenheit, den Blumenkorso zu besichtigen. *894

Gut eingekochtes Pflaumenmus

1669 vorzüglich schmeckend, offeriert nur für Wiederverkäufer

Alfred Gebitsch, Halle a. S. General-Depot für Margarine.

Fernsprecher 2616. **Merseburgerstrasse 43.** Fernsprecher 2616.

Klappstühle schon von 50 Pfg. an. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90. 1696

99 **Kopfläuse,** Wanzen, Flöhe nebst Brut vertilgt „Diamanton", Fl. 50 Pfg. Bahnhof-Apotheke, am Bahnhof.

Gummi-Schürzen

für Kinder von **50** Pfg. an,

für Erwachsene von **1.25** Mk. an.

eigene Anfertigung.

Hugo Nehab

1696 Nachf.,

jetzt:

3 Grosse Ulrichstr. 3

„Neues Theater".

Auf Firma und Hausnummer bitte genau zu achten.

5% Rabatt.

Mitgl. d. Rabatt-Spar-Vereins.

Wanzen-Tinctur

Radikalmittel gegen **Wanzen** u. deren Brut

Flasche 50 Pf. u. 1 M. allein echt bei 1710

Max Rädler, nur Rannischestrasse 2, Ecke Sternstrasse.

Himbeersaft, garantiert rein, 1685 à Liter 1.20 Mk. **Zitronenlimonaden-Sirup,** à Liter 1.20 Mk.

F. H. Weber, Gr. Steinstraße 46, neben Walhalla-Theater.

Möbel, Kleiderschränke nur 31 ℳ, Wert 35 ℳ, Schreibt. 34 ℳ **Ausstattungen, grosse Auswahl.** 1560 **Carl Bieler,** Albrechtstraße 39.

Gelegenheit! Zirka 300 Mäntel u. Schläuche sollen schnellsten verkauft werden: 1.75, 2.00, 2,50, 3.50, 5.00 Mark, Griffe 20 ₰, Glocken 30 ₰, Fußpumpen 65 ₰, im **Fahrradhaus, Gr. Klausstr. 32.** *893

Freitag 102 **Schlachtefest.** **Fr. Peters,** Blumenthalstraße 27.

Freitag: 101 **Schlachtefest.** **M. Fromme,** Liebenauerstraße 5.

Merseburg. *51 Heute Freitag **Schlachtefest** bei Rich. Tepper, Neumarkt 45.

Fahrräder für Damen und Herren, kauft stets zu soliden Preisen und nimmt in Zahlung 1705 **H. Schindler,** Kl. Ulrichstr. 35.

223 **Möbeltransporte** jeder Art bes. billig **R. Weihmann,** Bernhardstr. 35.

Für **grössere und kleinere Ausflüge!**

Spezialkarte des Saalkreises Preis 20 Pfg.

Radfahrkarten in verschiedenen Preislagen.

Spezialkarte des Harzes Preis 25 Pfg.

Spezialkarte der Provinz Sachsen Preis 1 Mk.

Spezialkarte Thüringens Preis 40 Pfg.

Karte von Mittel-Europa Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung Halle a. S.**

Schachspiel

Mit Anleitung zum Spielen. Das interessanteste aller Spiele.

Preis 20 Pfg.

Volks-Buchhandlung.

Goldene Damenuhr mit silb. Kette, Mittwoch verloren, Sandanger—Rob. Franzstr. Gegen Belohnung abzugeben Wittekindstraße 19. *895

Der Weg zur Macht

von Karl Kautsky.

Preis 50 Pfennig.

Die Volksbuchhandlung. Harz 42/43.

Warnung.

Außer der bisherigen runden Art des Ungeziefermittels **„Fliegentöter Mucki"** wird jetzt eine viereckige in den Handel gebracht. Das Mittel, vor dessen Ankauf hierdurch gewarnt wird, enthält in jedem Stück mehr als das Vierfache der Arsenmenge (10 mg), die nach § 18 Abs. 2 der Ministerial-Polizeiverordnung vom 22. Febr. 1906 über den Handel m. Giften höchstens in Fliegenpapieren enthalten sein darf.

Der „Fliegentöter Mucki" darf daher wegen seines hohen Arsengehaltes überhaupt nicht feilgehalten, verkauft oder abgegeben werden.

Zuwiderhandlungen werden gemäß § 22 der genannten Verordnung, soweit in den bestehenden Gesetzen nicht höhere Strafen vorgesehen sind, nach § 367,5 des Strafgesetzbuchs mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Halle, den 11. Juni 1913.

(F) **Die Polizeiverwaltung.**

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd (Steinweg 2), 18. Juni.

Aufgeboten: Schlosser Schröter und Johanna Peschel (Leipzig und Schloßberg 3). Schriftsetzer Schulz und Wally Nettig (Hannover und Merseburgerstr. 147). Reklamechef Lobschmidt u. Emma Lungwitz (Merseburgerstraße 24 und Düsseldorf). Dr. phil. Hoffmann und H. Willers (Schwerin und Wernigerode). Photograph Kost und Emilie Stößer (Halle u. Ohrdruf). Ingenieur B. Adriani und M. Lühring (Halle u. Osterbola). Tiefbautechniker Petermann und M. Rothe (Halle und Ammendorf). Oberkellner Meine und A. Fuchs (Halle und Magdeburg). Schlosser Schneider und E. Koch (Magdeburg). Arbeiter Tettenborn und A. Matzack (Dieskau und Schönnewitz). Gutsbesitzer Moller und H. Oellien (Friedrichshof und Oldenburg). Sergeant Block und L. Hiemisch (Halle und Wallendorf).

Eheschließungen: Fabrikant Zwicker und Else Huch (Stuttgart und An der Schwemme 5). Bauarchitekt Später und Margarete Nebel (Wegscheiderstr. 21 und Jakobstraße 30). Drogist Ahlung und Luise Hedderoth (Anhalterstraße 5 u. Alte Promenade 17). Bierfahrer Koch und Marie Weber (Stadtgutweg 2).

Geboren: Zimmermann Just T. (Gr. Märkerstr. 17). Postbote Bornschein S. (Krukenbergstr. 8). Sergeant und Trompeter Thiele T. (Merseburgerstr. 95). Maurer Theuring S. (Lindenstraße 74). Pförtner Schulz S. (Magdeburgerstraße 16). Arbeiter Donner aus Gerbisdorf S. (Klinik). Buchdrucker Günther T. (Kuttelhof 1). Kaufmann Sprenger S. (Kleiner Sandberg 18). Bauführer Spaar T. (Liebenauerstraße 18). Ingenieur Schwandke T. (Canisteinstraße 8).

Gestorben: Schuhmach. Vagenhardt aus Niethnordhausen Tocht., 10 J. (Klinik). Arbeiters Hoßbach S., 7 Mt. (Gr. Wallstr. 3). Arbeit. Knetschke T., 7 Mt. (Reilstr. 26). Mechanikers Werner Ehefrau Melanie geb. Stoltmeyer, 35 J. (Raffineriestraße 24). Arbeiters Jacob T., 8 Mon. (Ritterstr. 7). Lokomotivheizers Angermann S., 3 Mon. (Rittergasse 1).

Halle-Nord (Gr. Brauerstr. 8a) 18. Juni.

Aufgeboten: Kaufmann Koal und Emma Roack (Berlin-Schöneberg und Brachwitzerstraße 4). Postbote Apitz und Else Steinmann (Rud. Haymstraße 6 und Schillerstraße 44). Maler Miegand und Paula Wolf (Große Wallstraße 28). Arbeiter Riehl und Else Röder (Schillerstr. 57 und 58).

Geboren: Geschirrführer Röthling T. (Belfortstr. 2). Arbeiter Handwerg S. (Körnerstraße 35).

Gestorben: Arbeiter Schiller, 25 J. (Am Kirchtor 20a). Witwe Kicke geb. Hinsching, 74 J. (Giesmitz). Witwe Bartels geb. Bartholomäus, 84 J. (Körnerstr. 33).

Allen Freunden u. Bekannten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder

Wilhelm Meye

am Dienstag vormittag, im Berufe durch elektrischen Strom getötet wurde.

Dies zeigen tiefbetrübt an, mit der Bitte um stille Teilnahme,

Die trauernden Eltern Friedrich Meye, Geschwister u. Braut.

1704

Die Beerdigung findet Freitag nachm. 4½ Uhr v. d. Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.

Erhalte in dieser Woche wieder zwei Waggon-Ladungen **Schweizerkäse** und offeriere als ganz besonders preiswert:

Sehr schöne, fette, safttriefende 1702

Schweizerkäse

Pfund nur **84** Pfg.

F. H. Krause, Butter-Gross-Handlung.

Grösstes Schweizerkäse-Lager der Provinz Sachsen.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer und Restaurateure.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0004

1. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 142 Halle (Saale), Freitag den 20. Juni 1913 **24. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung, Mittwoch, den 18. Juni 1913, nachmittags 3 Uhr.
Am Ministertisch: **Heeringen.**

Zweite Beratung der Wehrvorlage
sechster Tag.

Es wird zuerst über die zurückgestellten Anträge und Resolutionen über **Verkürzung der Dienstzeit, Einjährigenprivileg, Burschenwesen usw. abgestimmt.** Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen auf Einführung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen der Antragsteller **abgelehnt**, ebenso der Eventualantrag auf Beseitigung des Einjährigenprivilegs. Dagegen wird die **fortschrittliche Resolution** Ablaß und Genossen, die den Reichskanzler ersucht, eine Verkürzung der Dienstzeit nach Möglichkeit eintreten zu lassen, **angenommen.** Dafür stimmen die Fortschrittler, Sozialdemokraten, **Polen**, die Zentrumsabgg. Gröber und Müller-Fulda sowie einige weitere Zentrumsabgeordnete. Ebenso wird eine weitere fortschrittliche Resolution auf Ausdehnung der Einjährigendienstzeit auf Kunsthandwerker und ähnliche Berufe (sogenannter Künstlerparagraph) **angenommen.** Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und die Konservativen. Sodann wird eine Resolution der Budgetkommission auf Reform des Einjährigen-Freiwilligendienstes im Sinne einer Erweiterung und Erleichterung der Zulassung auf Grund der Fachausbildng gegen die Stimmen der Konservativen **angenommen.**

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen, das Burschenwesen zu beseitigen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, des Fortschrittlers Neumann-Hofer und des Zentrumsabg. Müller-Fulda **abgelehnt.** Einen Antrag Ablaß und Genossen, das Burschenwesen einzuschränken, namentlich keinem Offizier mehr als einen Burschen zu erlauben, wird mit den Stimmen der gesamten Linken und des Zentrums **angenommen.**

Nunmehr tritt das Haus in die Beratung der Anträge über das **Gardekorps** ein. Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen vor: „Bestimmungen, durch die das Gardekorps und die sonstigen Eliteformationen sich von den übrigen Truppenteilen unterscheiden, sind unzulässig. Bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben." Ferner eine Resolution Ablaß und Genossen: den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß keinerlei Privilegierung einzelner bestimmter Truppenkörper nach Garnisonsort, Avancement usw. stattfindet.

Abg. Dr. **Lensch** (Soz.)

begründet den Antrag Albrecht: Unsere Partei legt Wert darauf, daß hier ein Antrag und nicht nur eine Resolution angenommen wird. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich das überlegen, nachdem der Reichskanzler sich erst vor wenigen Tagen in so schroffer Weise gegen jede Demokratisierung und Reformierung des Heeres ausgesprochen hat. Ein Antrag ist notwendig, weil Resolutionen billig sind wie Brombeeren. Wenn der Korb voll ist, läßt die Regierung sie wegfahren. (Heiterkeit.) Vielleicht überlegt es sich der Schatzsekretär Kühn einmal, ob er diese Makulatur nicht günstig verkaufen kann. (Erneute Heiterkeit links.) Für die Existenz eines Gardekorps fehlt jede gesetzliche Grundlage. In der Kommission hat sich der Abg. Gröber die größte Mühe gegeben nachzuweisen, daß kein Gesetz besteht, das die Existenz einer Garde verbietet. (Heiterkeit links.) Auf diese Weise kann man alles beweisen. **Es bleibt dabei, daß das Bestehen von Eliteregimentern mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht.** Aber gerade, wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein. Was sage ich: ein Wort nicht, eine Unmasse von Worten, ein wahrer Platzregen von Worten, sogar der Abg. Erzberger. (Stürmische Heiterkeit links.) Auch er hat zu beweisen versucht, daß die Garde ein Recht auf Existenz hat. Man hätte erwarten sollen, daß die Militärverwaltung uns für unseren Antrag dankbar hätte sein müssen, denn der Kriegsminister hat in der Kommission erklärt, **daß die Garde ungefähr erst 7 Tage später mobil gemacht werden kann als die übrigen Truppen.** (Hört! hört! links.) Das ist ja auch klar, denn die Garde setzt sich aus ganz Preußen einschließlich Elsaß-Lothringen zusammen, und die Berliner Bevölkerung, die doch am Ort wohnt, ist überhaupt nicht in ihr vertreten. Die Berliner Bevölkerung wird in die Grenzbezirke abgeschoben. Wenn die Dinge so liegen, wenn die Schlagfertigkeit des Heeres unter der Existenz der Garde leidet, so muß doppelt und dreifach unterstrichen werden, daß der Kriegsminister in der Kommission unseren Antrag nicht nur schroff abgelehnt, sondern erklärt hat: wenn dieser sozialdemokratische Antrag angenommen wird, dann fällt das ganze Gesetz. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. — Abg. **Ledebour**: Das beweist, daß das ganze Gesetz überflüssig ist! — Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Monatelang hat sich die Regierung strapaziert, uns zu beweisen, daß die gewaltige Verstärkung des Heeres im Interesse der Sicherheit des Reiches notwendig ist, daß vom Balkan her trübe Wolken herüberziehen, daß die Serben und Griechen, die Montenegriner und Bulgaren drauf und dran sind, über das Deutsche Reich herzufallen, daß von Rußland auf der einen und von Frankreich auf der andern Seite Gefahr droht, daß dort schon die Messer geschliffen werden, die uns an die Kehle gesetzt werden sollen, daß der Panslawismus eine Gefahr ist, und nun erklärt in demselben Augenblick der Kriegsminister: wenn Ihr mir die Garde streicht, dann ist das alles Makulatur, was ich Euch erzählt habe. (Stürmisches Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also: erst die Garde, dann das Vaterland! Wenn wir Sozialdemokraten Ehrenzeichen für Förderung unserer Bestrebungen zu vergeben hätten, — ich würde sofort den Antrag stellen, daß der Genosse Heeringen eine goldene Ehrenkette bekommen soll. (Große Heiterkeit.) Die Aeußerungen des Kriegsministers beweisen jedenfalls, daß es mit der Aufrechterhaltung der Garde eine besondere Bewandtnis haben muß. Da man die wahren Gründe aber nicht offen aussprechen kann, muß man irgend etwas vorspiegeln und sich hinter spanische Wände verstecken. So hat man in der Budgetkommission erklärt, die Beseitigung des Gardeprinzips sei absolut unmöglich, denn das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt! Seit Wochen schon hat man uns immer wieder, wenn wir irgendwelche Anträge auf Reformen im Heer gestellt haben, gesagt: das dürft Ihr nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt. Als wir seinerzeit beantragten, von den zwölf Adjutanten des Kaisers sechs als überflüssig zu streichen, da erklärte das Zentrum, und der Kriegsminister pflichtete ihm glückstrahlend bei, das dürfe man nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt. Ebenso war es immer noch, wenn wir die Militärjustiz reformieren wollten usw. In diesem mystischen Begriff der Kommandogewalt, wie er sich hier in Deutschland ausgewachsen hat, haben wir die schwerste Wurzel unserer gesamten politischen Rückständigkeit. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Deutschland werden die Soldaten nicht auf die Verfassung vereidigt, sondern lediglich auf den Landesherrn, dem sie die Treue schwören müssen, und dadurch werden die Soldaten zu willenlosen Instrumenten ihres speziellen Landesherrn. Die Kommandogewalt ist das Feigenblatt für den deutschen Absolutismus, der in der Fridolintreue, die für Deutschland bezeichnend ist, wurzelt. Die bürgerlichen Parteien sind an dem Fortbestehen des Absolutismus selbst schuld, denn lieber lassen sie sich von ihm versklaven, als daß sie vereint mit den Arbeitern, denen sie allerdings das Aufsteigen zur Freiheit ermöglichen müßten, ihn niederkämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach ihrer geschichtlichen Entstehung ist die Garde nichts weiter und soll nichts weiter sein, als das persönliche Werkzeug eines Autokraten, sie stammt aus der Zeit des Serenissimus, des Zopfes, der Wachtparade und der Soldatenspielerei, für deren Weiterleben die schreienden Uniformen, die im Feuergefecht die beste Zielscheibe abgeben würden, und der ganze Gardebrimborium Beweise sind. Diese völlig unbrauchbaren knallroten Uniformen der Leibgardehusaren, „Affenjacken" vom Volke genannt (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) usw. tun übrigens dar, daß die Garde zu allem möglichen anderen ausersehen ist, als zur Verwendung im Kriege. Es fehlt auch nicht an Erinnerungen an die Zopfzeit und an die Wachtparade. Der Schellenbaumträger des 1. Garderegiments ist ein Schwarzer, nicht etwa ein Zentrumsmann (Stürmische Heiterkeit), sondern ein richtiggehender Neger aus Kamerun — ganz wie im 18. Jahrhundert zu Serenissimi Zeiten. Bei den Griffübungen kommen die meisten Soldatenschindereien vor, der friderizianische Präsentiergriff bei der Garde muß aber besonders schwer zu erlernen sein. Im Exerzierreglement steht nichts von ihm. Zu solchem abgeschmackten Paradezeug ist der preußische Soldat wirklich zu gut. Man verwendet in Potsdam Gardesoldaten aber auch zu rein höfischen Dienstleistungen, z. B. als Fackelträger. Das ist nicht mit den Fackeltänzen der preußischen Minister zu verwechseln (Heiterkeit), die sind eine freiwillige Sache, denn es wird niemand gezwungen, preußischer Minister, wohl aber preußischer Gardesoldat zu werden. Wir protestieren auf das schärfste gegen einen derartigen höfischen Mißbrauch der Dienstzeit des Soldaten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In den letzten Wochen ging in Berlin, glaube ich, ein höfisches Familienfest vor sich. Da mußten die Gardesoldaten auf der Straße stundenlang immerfort präsentieren. (Zuruf rechts: Ja, warum denn nicht?) Wenn das zur Sicherung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes nötig ist, dann beweist das, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Soldaten mußten präsentieren vor dem Zaren und seiner Kumpanei (Pfui-Rufe und erregtes Schreien rechts. — Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Ruhe dort drüben! — Präsident Dr. Kaempf ruft den Redner wegen Beleidigung fremder Souveräne zur Ordnung. — Beifall rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Nach meinem Empfinden habe ich den Zaren nicht beleidigt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. — Der Präsident bittet, sich seiner Anordnung zu fügen. — Beifall rechts. — Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Abg. Ledebour: Wird man die russischen Spitzbuben nicht Kumpanei nennen dürfen? — Präsident Kaempf: Ich bitte keine Unterbrechungen! — Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Man darf diese Zustände im Reichstag also nicht einmal so kritisieren wie in jeder Volksversammlung? (Stürmische Zustimmung bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts.) Nach dem Kriegsminister hat die Garde eine tiefe monarchische Bedeutung. Nun, ihre Standorte Berlin und Potsdam senden Sozialdemokraten in den Reichstag und noch dazu was für welche! (Große Heiterkeit.) Wenn z. B. die Wahl Liebknechts und Ledebours die Früchte der monarchischen Gardeerziehung sind, dann tut mir die ganze Garde leid. (Schallende Heiterkeit.)

Die ruhmreiche Haltung der Garde in ihren Schlachten soll die Notwendigkeit von Elitetruppen beweisen. 1813 hat die Garde nur an der Schlacht von Großgörschen teilgenommen, 1814 war sie gut, in Paris mit einzuziehen. Sie hatte die besten Quartiere bekommen und sah am propersten aus von der ganzen Armee. Diejenigen preußischen Bataillone aber, die alle die großen Schlachten geschlagen hatten und dem König Friedrich Wilhelm III. die Krone von dem Komposthaufen wieder emporgehoben hatten, auf den Napoleon sie hingetreten hatte, wurden von den vor Paris an ihnen vorbeireitenden König als „schmutzige Leute, die schlecht aussehen", bezeichnet und mußten vor Paris draußen bleiben. Das war der Dank, die lackierten Gardetruppen aber durften nach Paris hineinmarschieren. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin der letzte, der die Leistungen des Gardekorps bei Saint Privat herabsetzen wollte, aber wenn man die Dinge etwa so darstellen will, als ob der Gardecharakter die Seele des Kampfes gewesen wäre, so verweise ich darauf, daß der gewiß sachverständige Friedrich Engels geschrieben hat, die Garde hätte ihre Kompagniekolonnenform im Feuergefecht infolge der furchtbaren Verluste sofort aufgeben und in den von oben getadelten Schützenschwärmen kämpfen müssen. Die Soldaten seien wieder einmal klüger gewesen wie die Offiziere — d. h. die Offiziere waren wieder einmal dümmer wie der Mann! (Große Heiterkeit links.) Das ist die Garde, das ist das Kennzeichen dafür! Ihre Legenden erreichen das Gegenteil von dem, was Sie damit wollen! Die Liberalen haben früher immer über die feudale Exklusivität der Gardeoffizierkorps geklagt; unser Antrag beschäftigt sich mit der Garde als ganzes. Erreicht haben die Freisinnigen mit ihren Klagen gar nichts, die Exklusivität der Gardeoffizierkorps ist immer strenger durchgeführt worden. Herr v. Einem gestand die Dinge wenigstens zu, Herr v. Heeringen aber leugnet sie. Es ist unglaublich, was wir in der Kommission an Ableugnungen von Dingen erlebt haben, die man nicht wegleugnen kann, es sei denn, daß man Kriegsminister ist. (Der Präsident ruft den Redner unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten zur Ordnung. — Beifall rechts.) Es ist ja historisch begründet, daß sich aus und über der Crème der Bourgeoisie eine Crème double, eine Neufeudalität, bildet. Wenn die Regimenter in entlegenen Garnisonen verlegt werden, verlieren sie die adligen Offiziere wie Spreu im Wind. Die Avanementsverhältnisse in der Garde sind bei weitem günstiger wie in anderen Truppenteilen. Die Garde ist der Militarismus in Reinkultur, bei Prozessen gegen Gardeoffiziere, selbst wenn sie schon angeklagt werden, wird die Oeffentlichkeit immer ausgeschlossen. Ein wegen Soldatenmißhandlung verurteilter und bald darauf nach Breslau versetzter Gardehauptmann v. Grollmann wurde unter Ueberspringung zahlreicher Vordermänner zum Major befördert. (Höt! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Hauptmann, der zu meiner Zeit auf dem klassisch-tradionellen Boden der Soldatenmißhandlungen im Potsdamer Lustgarten mit flacher Klinge auf die Mannschaften einhieb und der einem Mann den Degen in den Leib stieß — nachher sollte der Mann frei nach Münchhausen selbst hineingerannt sein — ist im Laufe der Zeit bis zum General aufgestiegen und gehört heute zu den einflußreichsten Personen der Armee. (Bewegung und Hört! hört!) Der wahre Zweck der Garde ist die Niederhaltung des Volkes. Das beweist auch die bekannte Sedanrede Kaiser Wilhelms II. vom Jahre 1895. Der Kaiser appelliert in jener Rede gegen die „hochverräterische Schar und Rotte" nicht an die Feuerwehr, sondern an die Garde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden natürlich nicht den Herzenswunsch der Bismarck und Oertel (Heiterkeit) erfüllen und uns zur Zielscheibe der Gardegewehre machen. Die Garde ist nicht in der Verfassung begründet, sondern ein Hohn auf die Verfassung und eine ständige Gefahr für die Verfassung. Verfassung und Garde ist soviel wie Preßfreiheit mit dem Galgen daneben. Daher helfen hier nicht fromme Wünsche und allgemein gehaltene Resolutionen. Hier sind scharfe und bestimmte Maßnahmen am Platze, und daher bitten wir um Annahme unseres Antrags. Freilich werden wir uns auch mit seiner Ablehnung abzufinden wissen. Der Tag wird kommen, an welchem auch die Gardemannschaften auf die Aufforderung, auf Vater und Mutter zu schießen, antworten werden: Auf Vater und Mutter schießen wir nicht. Dann ist Ihre (nach rechts) Zeit vorüber und unsere Zeit bricht an! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten, Zischen rechts, erneuter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister v. Heeringen: Ich bitte, alle Anträge abzulehnen, besonders den der Sozialdemokraten, die alles verrungenieren wollen. (Sehr wahr! rechts.) Wer es gut meint mit Heer und Volk, der darf Regimenter nicht von ihrem natürlichen Mutterboden losreißen und Wandertruppen schaffen wollen. (Heiterkeit links, Bravo! rechts) Die Kommandogewalt des Kaisers beruht auf der Reichsverfassung. Die Verbündeten Regierungen rütteln auch nicht an Rechte, die auf der Reichsverfassung beruhen, und so ersuche ich denn, das Rütteln an der Kommandogewalt des Kaisers unterlassen zu wollen. (Bravo! rechts.) Ich habe in der Kommission nicht gesagt, erst die Garde, dann das Vaterland, und ich habe auch nicht von einer Gefährdung der Mobilmachung oder gar der Schlagfertigkeit der Garde gesprochen. Da das Reichsmilitärgesetz ausdrücklich ein Armeekorps mehr festlegt, als es Armeegebiete gibt, so ist damit indirekt die Existenz des Gardekorps gesetzlich festgesetzt, wenn es solcher Festlegung überhaupt noch bedürfte. Die Potsdamer Wachtparade, von der Abg. Lensch höhnisch sprach, ist ein hoher Ehrentitel. Von 1814 bis 1870 hat in zahllosen Schlachten das Gardekorps seine Tüchtigkeit und Tapferkeit bewiesen. Fehler sind natürlich auch 1870 gemacht worden; aber Moltke hat einmal gesagt, es kommt nicht darauf an, daß keine Fehler gemacht werden, sondern darauf, daß möglichst wenig gemacht werden. Das Gardekorps ist nicht eine Haustruppe, die sich später erweitert hat, sondern umgekehrt, sie ist aus der Linie hervorgegangen. Das beweist das zweite Garderegiment, das sein 100jähriges Bestehen gerade an diesem Tage feiert, an welchem hier im Reichstag diese Rede gegen die Garde gehalten wird. An dem hochverdienten Gardekorps geht eine Kritik, wie sie hier geübt wird, wirkungslos vorüber. (Lebhafter Beifall rechts, Zischen bei den Sozialdemokraten, erneuter Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Vp.): Wir stellen Anträge, die wirklich Aussicht auf Erfolg haben, und keine Demonstrationsanträge nach dem Geschmack der Rosa Luxemburg. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Wir lehnen alle sozialdemokratischen Anträge ab, die nicht zur Sache gehören. Aber die Gardeanträge gehören zur Friedenspräsenz, also zur Sache, und wir stehen ihnen daher sympathisch gegenüber. Wir leugnen durchaus nicht die Verdienste der Garde, aber unbegreiflich ist, wie man die Existenz privilegierter Truppenteile leugnen kann. Bei allen acht Gardekavallerieregimentern gibt es einen einzigen bürgerlichen Offizier. (Hört! hört bei den Liberalen.) Jetzt sind alle noch bürgerlichen Generäle geadelt worden. In den weitesten Kreisen des Volkes wird das als eine Provokation aufgefaßt (Unruhe rechts), namentlich wenn damit das Verhalten gegen Gerhart Hauptmann verglichen wird. Wir wollen die Garde nicht abschaffen, aber ihre Auswüchse beseitigen. Die Garde, wie sie ist, ist ein Fremdkörper in unserem Volksheer. (Widerspruch rechts.) Die Beweisführung des Kriegsministers, der das Gardeprivileg aus dem Reichsmilitärgesetz ableiten wollte, ist gänzlich verfehlt. (Beifall bei der Volkspartei.) Die Armee ist eine staatliche Einrichtung, kein Teil darf eine persönliche Prätorianertruppe bilden. Der Geist der Truppe wird nicht durch Privilegien gestützt, die ungerecht sind. Auch in der Armee muß sich der Fortschritt durchsetzen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. v. **Gräfe** (kons.): Wenn im bürgerlichen Leben sich jemand die Zwangslage eines anderen zu nutze macht, um sich Vorteile zu verschaffen, so nennt man das Erpressung. (Sehr richtig! rechts, Zurufe links: Kein Kanitz, keine Kähne!) Ich spreche nicht über die Flottenvorlage, sondern über die Wehrvorlage! (Lachen links). Aber die Regierung befindet sich in keiner Zwangslage, wenn sie nicht will. (Sehr gut! rechts.) Was wird nicht alles mit der Wehrvorlage verkuppelt. Sogar der Mittellandkanal hat herhalten müssen. Es fehlte nur noch, daß ein humorvoller Kopf auch die mecklenburgische Verfassungsfrage mit der Wehrvorlage in Verbindung bringt (Heiterkeit rechts, Zuruf: Kommt noch!) Wenn der Kriegsminister als autoritativste Stelle erklärt, daß keine Bevorzugung des Adels stattfindet, so hat die Linke kein Recht, das zu bestreiten (Lachen links). Die Linke behauptet, die Bevorzugung des Adels auch in der Verwaltung. Dabei sind alle Statssekretäre bis auf Herrn v. Jagow bürgerlich, und in den nachgeordneten Stellen gibt es sehr wenig blaues Blut, aber mehr Blut, das der Linken sympathisch ist (Heiterkeit rechts, Abg. Rogalla v. Bieberstein: Juden! Lachen links). Noch haben wir ein homogenes Offizierkorps (Bravo rechts). Reinadlige Offizierkorps wollen auch wir nicht (Zuruf links: Na also!) Sie sind aber keine willkürlichen Erscheinungen, sondern verdanken ihre Entstehung der Entwicklung und können nur auf dem Wege der Entwicklung beseitigt werden (Lachen links). Das kommt eben davon, daß gewisse Kreise mehr aufbauend wirken (Aharufe links). Ein Kaufmann nimmt lieber einen Kaufmannssohn als Lehrling, und die Regimentskommandeure lieber Söhne alter Soldatenfamilien. Das ist das wichtige, nicht der Adel. Der Offiziersersatz ist homogener in den überwiegend landwirtschaftlichen Gegenden. Die Söhne der Großindustrie gehen nicht in die Offizierkorps. Sind Perleberg, Schwedt, Ostrowo nicht bevorzugte Garnisonen? (Heiterkeit). Wenn ein Bleichröder oder Friedländer-Fould Kommandeur des Gardekorps wäre, würden die Freisinnigen die Garde nicht so bekämpfen.

In England erkennt man die patriotischen Verdienste des Adels freudig an, bei uns aber darf der Abg. Zubeil die Offiziere von 1870 beschimpfen. (Stürmischer Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck.) Haben nicht viele Junker Großes geleistet, und leistet der Adel nicht heute noch sehr viel, z. B. in den Kolonialkriegen? (Zurufe der Sozialdemokraten: Zurufung, Erzberger!) Dr. Müller-Meiningen wird keine solcher Glanzleistungen vollbringen wie der Leutnant v. Egan-Krieger, der vom Rennplatz in Magdeburg nach der Grunewaldrennbahn flog und auf beiden Bahnen erste Preise gewann. (Stürmische Heiterkeit.) Einen Cohn, Moses oder Manasse habe ich noch nicht unter den Kolonialfreiwilligen gefunden (Heiterkeit rechts). Wenn bürgerliche Parteien den auf Demokratisierung der Armee abzielenden Bestrebungen Unterstützung leihen, so sind sie die Vorfrucht der Sozialdemokratie, die den monarchischen Charakter der Armee zerstören will und an ihrer Stelle eine parlamentarische Armee setzen will. (Sehr wahr! rechts.) Solange ein Hohenzoller die Krone trägt, wird kein Kanzler und kein Kriegsminister diesen Tendenzen entgegenkommen, und Sie werden immer schmerzhafter für das Gehege Ihrer Zähne auf Granit beißen. (Lebhafter Beifall rechts; Lachen und Hurrarufe links.)

Abg. **Graf Praschma** (Z.) spricht gegen den sozialdemokratischen Antrag. Aus der Kommandogewalt des Kaisers folgt das Recht, das Gardekorps so wie jetzt zu formieren. Zudem hat Herr Lensch dem Antrag eine Begründung gegeben, die etwaige Zweifel über unsere Haltung völlig beseitigte. Die Sozialdemokratie will die Fundamente unseres Heerwesens völlig umwälzen. Wohin eine solche Politisierung der Armee führt, haben wir in der Türkei gesehen. Auch den fortschrittlichen Antrag lehnen wir ab. Aus eigenster Erfahrung kann ich bezeugen, daß von einer allgemeinen Mißstimmung in der Linie gegen die Garde keine Rede ist. Selbst in der überwiegend sozialdemokratisch wählenden Bevölkerung Groß-Berlins ist von einer Mißstimmung gegen die Garde nichts zu entdecken. Das hat man zumal in den letzten Tagen gesehen. (Heiterkeit und Beifall rechts und im Zentrum. — Zurufe b. d. Soz.) Wenn von einem Ueberwiegen des Adels gesprochen wird, so vergißt man die vielen Nobilitierungen, die gerade in den letzten Jahren vorgenommen sind. Wenn z. B. Herr v. Payer zum Reichsschatzsekretär ernannt werden würde, würde das als eine Verstärkung des adligen Elements in der Reichsverwaltung betrachtet werden. (Heiterkeit.) Für einen nützlichen Austausch zwischen den einzelnen Garnisonen sind wir durchaus und werden daher für die entsprechende Resolution stimmen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Keinath** (natl.): Resolutionen, in denen wehrfreundliche Parteien ihre Wünsche niedergelegt haben, kann man nicht derart abtun, wie der Abg. v. Gräfe es getan hat. (Sehr wahr! links.) Wir verkennen nicht die Verdienste des Adels. Aber bei der Beurteilung dessen, was der Adel in der Vergangenheit militärisch geleistet hat, darf nicht vergessen werden, daß damals das Bürgertum von der militärischen Laufbahn so gut wie ausgeschlossen war. Die Zeiten sind inzwischen andere geworden, und das Bürgertum kann verlangen, mit gleichen Rechten zur Verteidigung des Vaterlandes zugelassen zu werden. (Sehr wahr! links.) Wir lehnen die gegen die Garde sich wendenden Anträge als zu weitgehend ab, nehmen aber die Resolution an, die sich gegen das nicht wegzuleugnende Ueberwiegen des Adels in bestimmten Truppenteilen wendet. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0005

Abg. Schöpflin (Soz.):

Der Abg. v. Gräfe hat von Erpressung geredet. Das sagt ausgerechnet ein Vertreter der Partei, die nie gezögert hat, der Regierung die Faust aufs Auge zu setzen, um ihre Forderungen erfüllt zu sehen. (Lebhafte Zustimmung links.) Also, wenn wir Erpressung üben, so folgen wir nur Ihrem (nach rechts) Beispiel. Nennen Sie es Erpressung oder nicht. **Jetzt ist der Augenblick da, wo der Reichstag imstande wäre, von der Regierung die Erfüllung lang erhobener Forderungen zu erlangen.** Und es ist allerdings beklagenswert, daß jetzt die bürgerlichen Parteien zurückzucken und die Gelegenheit vorübergehen lassen, Reformen zu verlangen, für die früher selbst das Zentrum sich eingesetzt hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Abg. v. Gräfe warf uns vor, die Offiziere beschimpft zu haben. Im Schimpfen sind uns die Herren von rechts weit über. Was für Beschimpfungen hat die Rechte hier gegen die Freiheits- und Einheitskämpfer von 1848 ausgestoßen. Wir bestreiten gar nicht, daß die Offiziere und auch die adligen Offiziere tüchtiges geleistet haben, **aber haben das die „Gemeinen" nicht auch getan?** (Sehr gut! links.) Diese deutschen Helden aber können es nicht zum Offizier bringen, höchstens zum Feldwebel. Der Abg. v. Gräfe hat auch einige Witze über die Juden gemacht. Wieviel Adlige gehen zu den liberalen Zeitungen und suchen sich so ein goldenes Adbeckchen durch Inserat. (Stürm. Heiterkeit.) Es schadet auch gar nichts, wenn Sie (nach rechts) durch Zuführung semitischen Blutes etwas zur Auffrischung Ihrer Art tun. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wenn der Kriegsminister tatsächlich nicht wissen sollte, daß es Privilegien bei der Beförderung gibt, daß Gardeoffiziere schneller Karriere machen, dann ist es um seine Kenntnis der preußischen Armee schlecht bestellt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kriegsminister hat in der Kommission tatsächlich gesagt, **daß an der Annahme unseres Antrages das ganze Gesetz scheitern würde.** (Hört, hört! bei den Soz.) Daher können wir mit Fug und Recht sagen, daß er

die Garde über das Vaterland gestellt

hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Auch die Garde ist nicht dazu da, monarchischen Zwecken zu dienen. Sie ist ein Teil der Armee und hat das Vaterland zu schützen und weiter nichts. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Kriegsminister wurde fast sentimental, als er unsere angeblichen Angriffe auf die Garde zurückwies mit dem Hinweis darauf, daß das 2. Garde-Regiment zu Fuß jetzt sein hundertjähriges Bestehen feiere. Ein Mitglied dieses Hauses hat bei diesem Regiment gedient und ich habe es getragt, ob es mitgefeiert habe. Es hat gesagt: „I wo werde ich!" (Hört, hört! bei den Soz.) Dieses Mitglied ist der Abg. Stadthagen. (Stürmische Heiterkeit im ganzen Hause.) Wir fordern eine Einheitlichkeit der Armee und die Erfüllung der Soldaten mit dem einen Gefühl, daß sie für das Vaterland ihre Pflicht getan haben. Wir wollen keine Großziehung des Gardestolzes, und wir wissen, daß das Volk unsere Forderungen teilt. **An das Volk, das eine höhere Instanz ist wie der Reichstag, werden wir mit unseren Forderungen gehen, und der Sieg wird bei der Sache des Volkes und bei der Demokratie sein.** (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Kriegsminister **v. Heeringen:** Das wollen wir erst einmal abwarten. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Ich kann nur wiederholen, daß die Garde keine Avancementsvorzüge hat. Früher existierten sie heute aber nicht mehr. Sie sagen immer, ich hätte erklärt: „Erst die Garde, dann das Vaterland!" Wenn man gesehen hat, wie Sie in der Kommission das monarchische Fundament des Heeres angriffen, mußte man sich fragen, ob die Vorlage das Opfer eines Entgegenkommens dagegen ertragen könne. Mit aller Entschiedenheit weise ich die Behauptung zurück, daß die Armee sozialdemokratisch sei. Zwischen ihr und Ihnen (an den Sozialdemokraten) klafft ein stockwerktiefer Abgrund; die Armee ist und bleibt für Kaiser und Reich, Sie aber sind nur für das Reich ohne Kaiser. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. — Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (Vp.): Der Abg. v. Gräfe hat hier eine provokatorische Rede gehalten. (Schreiender Widerspruch des Abg. Kreth.) Der Hetzantisemitismus des Abg. von Gräfe ist bezeichnend für das gegenwärtige geistige Niveau der konservativen Partei. (Sehr wahr! links.) Der geistige Vater der konservativen Partei, Julius Stahl (der bekanntlich getaufter Jude war) müßte sich im Grabe umdrehen. (Heiterkeit und Zustimmung links.) — Abg. Oertel (kons.) ruft: Dann aber links herum! — (Erneute Heiterkeit.) Wir werden in unserem Kampfe für unsere gerechten Forderungen nicht nachlassen. (Beifall links — höhnisches Bravo! rechts.)

Es spricht noch Abg. **Zubeil** (Soz.).

In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und der Polen abgelehnt. Die fortschrittlichen Resolutionen werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Weiterberatung: Donnerstag 2 Uhr. Schluß: 8 Uhr.

Das Begräbnis der Suffragette.

Aus London, 16. Juni, wird uns geschrieben: Der letzte Gang der toten Stimmrechtskämpferin Miß Davison durch London gestaltete sich zu einem großen Triumphzuge für die Sache, der sie mit ihrer Tat dienen wollte. (Bekanntlich hatte sich Miß D. vor das Pferd des Königs geworfen und so den Märtyrertod gewählt.) Wer diese Prozession gesehen hat, dem wird sie unvergeßlich bleiben — und ganz London hat sie gesehen. Schon mehrere Stunden vor der angesündigten Zeit hatten sich der ganzen, etwa 5 Kilometer langen Route entlang dichte Menschenmassen angesammelt. Jeden Augenblick stockte der Verkehr, und an wichtigen Straßenkreuzungen war das Gedränge geradezu unerträglich, und die Polizei hat ihre liebe Not, auf ihre Weise wenigstens einen Teil des Fahrdamms freizuhalten.

Der Leichenzug selbst war ein Meisterwerk der Organisation, das an die wundervollen Frauendemonstrationen erinnerte, die vor einigen Jahren, vor der „militanten" Aera, in London an der Tagesordnung waren. An der Spitze der Prozession marschierte ein junges Mädchen, eine hohe, herrliche Gestalt in weißem Kleid und mit unbedecktem goldenen Haar. In ihren Händen trug sie ein goldenes Märtyrerkreuz, und ihr Gang und ihre Miene schienen die Verkörperung von Ernst, Würde und Entschlossenheit. Wo sie auftauchte, schien die Menge vor Ueberraschung den Atem anzuhalten. Der Zug bestand aus 11 Abteilungen, in denen abwechselnd weiß, schwarz- und violettgekleidete Frauen marschierten, jede Abteilung mit einem Banner mit Inschriften wie „Kämpfet fort, und Gott wird den Sieg geben", oder „Dulce et decorum est pro patria mori". Die Musik spielte abwechselnd die Trauermärsche von Chopin, Händel und Beethoven und die Marseillaise. Eine Abteilung bestand aus weiblichen Hungerstreikern, von denen man den meisten die ertragenen körperlichen und seelischen Leiden vom Gesicht ablesen konnte. Eine andere Abteilung bestand aus Suffragetten mit Universitätsgraden, die ihre Universitätstrachten trugen. Die letzten Abteilungen bestanden aus Männern; dort sah man die Banner der Dockarbeiter, der Gasarbeiter und einiger sozialistischer Ortsgruppen, Genosse Ben Tillett marschierte an der Spitze der Docker. In der Mitte der Prozession zog die Bahre, vor ihr zwei Wagen mit Blumensträußen und hinter ihr ein leerer Wagen — der Wagen der Frau Pankhurst, die wieder verhaftet wurde, als sie sich aus dem Krankenzimmer zur Prozession begeben wollte.

Der Eindruck, den die Prozession machte, war kaum zu überbieten. Die gewaltige Menschenmasse stand in stummer Ehrerbietung da, kaum daß ein einziger Mißton die Harmonie störte. Als der Wagen mit der Bahre vorbeizog, blieb kein Haupt bedeckt. Nicht einer von hundert von der großen Menschenmenge hatte die geringste Sympathie für die Kampfestaktik, die zu diesem tragischen Vorfall führte. Aber im Angesicht des Todes dachte niemand an Vernunftgründe und taktische Erwägungen, sondern man überließ sich widerstandslos primitiven, hochherzigen Gefühlen. Man dachte nur an die edle Frau, die einer hohen Sache ihr Leben geweiht und für sie den freiwilligen Märtyrertod erlitten hat. Es war in der Tat ein großer Triumph für die Suffragetten, denn ohne es zu wollen, hat das Volk Londons ihrer Bewegung einen hohen Tribut dargebracht.

Halle und Saalkreis.

Halle (Saale), den 19. Juni **1913.**

Internationale Baufach-Ausstellung.

Eintrittskarten zur Internationalen Baufach-Ausstellung in Leipzig sind im Arbeiter-Sekretariat Halle, Harz 42-43, zum Preise von 55 Pf. zu haben. In diese Gebühr ist die freie Benutzung der Ausstellungs-Garderoben und -Toiletten einbegriffen. Die Eintrittskarte berechtigt zum jederzeitigen einmaligen Besuch der Ausstellung mit Ausnahme von sogenannten Elitetagen. Die Karten sind zu diesem Vorzugspreis **nur für die gewerkschaftlich organisierten Personen und deren nächste Familienangehörige zu haben.** Es ist deshalb unter allen Umständen als Ausweis das Verbands-Mitgliedsbuch bei Entnahme der Karten vorzuzeigen.

Das Gewerkschaftskartell Halle.

Neue Treibereien des Leipziger Aerzteverbandes.

Der Hallesche Aerztestreik hat Kampfesmethoden mit sich gebracht, die schon oft Erstaunen auslösten, namentlich deshalb weil es Gebildete sein wollten, die diese ziemlich niedrigen Mittel anwendeten. Die Krankenkassenzeitung bringt dafür ein neues, die Leitung der Aerzteschaft kennzeichnendes Beispiel. Sie bespricht zunächst das auffällige Eintreten der interessierten Aerzte für den Ausbau der ihnen gefügigen bisherigen Allgemeinen Ortskrankenkasse zur künftigen alleinigen Allgemeinen Kasse. Mit allen möglichen Mitteln haben die Leipziger Verbändler in der Kasse alles so einzurichten versucht, wie es für sie besonders nützlich wäre. Die Krankenkassenzeitung berichtet dann aber weiter:

„Die Herren des Leipziger Aerzteverbandes waren auch auf einem anderen Gebiete tätig. Als sie infolge der energischsten Vorstellungen der Krankenkassen Kenntnis davon erhielten, daß der Vorschlag des Magistrats auf Schwierigkeiten stoße, da begann — genau wie 1910 — eine Anfreundung an die vom Krankenkassenverband angestellten Aerzte, mit der Tendenz, sie gegen Abfindung (man spricht von mehr als 100 000 Mark) von Halle fortzubringen. Der Leipziger Aerzteverband trat daher an Dr. med. Drechsler oder dieser an den Leipziger Aerzteverband heran. Herr Dr. Drechsler (Arzt des Krankenkassenverbandes) schreibt nämlich wörtlich an seine Kollegen folgendes:

Halle a. S., den 5. 5. 1913.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Der Mehrzahl der von mir gestern benachrichtigten 12 Herren konnte ich gestern das Anerbieten des Leipziger Aerzteverbandes mitteilen, jedem von uns außerhalb Halles eine Praxis unter Garantie des bisherigen Einkommens auf mehrere Jahre zu verschaffen. Grund des Anerbietens ist, uns, da wir vom 1. Januar 1914 an in Halle keine Kasseneinnahmen mehr hätten (denn der Ausbau der bisherigen Allgemeinen Ortskrankenkasse zur großen künftigen Allgemeinen Ortskrankenkasse sei jetzt definitiv beschlossen, und ebenso seien als Aerzte für diese neue Allgemeine Ortskrankenkasse, die die Verträge der bisherigen übernehmen müsse, nur die alten Aerzteorganisationen angehörigen Aerzte, nicht wir, die wir seit dem 1. Juli 1910 hier arbeiten, bestimmt) die Ablehnung etwaiger anderer Streitfellen zu erleichtern. Ich für meine Person habe ebenso wie die sämtlichen übrigen Herren diesem Modus im Prinzip beigestimmt, wenn auch einzelne Herren versuchen wollen, ob sie nicht ohne weiteres vom 1. Januar 1914 an von der alten Organisation der alten Halleschen Kassenärzte aufgenommen werden können. Nach meinen Informationen durch die Herren Dr. Küstner und Dr. Berger würden die alten Halleschen Aerzte keinen der neuen Aerzte unter sich und damit zur neueren Kassenpraxis aufnehmen.

Ich bitte Sie, für Ihre Person hierzu Stellung zu nehmen und mir darüber Mitteilung zu machen. Es ist übrigens meines Erachtens ferner Ehrensache, von diesem Angebot dem Krankenkassenverband keine Mitteilung zu machen, da uns die Kollegen auf alle Fälle näherstehen, als die Kassen und Kasseninteressen, die wir zu wahren hätten, durch diese Geheimhaltung nicht gefährdet werden.

Mit kollegialer Hochachtung

gez. Dr. Drechsler.

Es ist bezeichnend, wie Dr. Küstner (Spezialarzt für Ohren-, Hals- und Nasenleiden), Bernburger Straße, und Dr. Berger (Augenarzt), Gerichtsstraße, mit großen Mitteln umspringen, um die ihnen unbequeme Konkurrenz auf jeden Fall loszuwerden. (Uns scheinen die Herren außerdem bezüglich der freigebig angebotenen anderweitigen Praxis die Rechnung ein wenig ohne den Wirt, d. h. die Krankenkassenmitglieder ihres zukünftigen Wohnortes zu machen. Wir werden nicht ermangeln, letztere auf jene neuen Aerzte aufmerksam zu machen, denen plötzlich die langjährigen Gegner vom Leipziger Verband näherstehen als die Kasseninteressen. Red. d. K.-K.-Ztg.)

Daß Dr. Drechsler und auch seine verstorbene Frau mit dem Leipziger Aerzteverbande in Geschäftsverbindung standen und noch stehen, ist ja den eingeweihten Kassenkreisen seit 1910 bekannt, auch ist zu bewundern, daß Dr. Drechsler nicht die hieraus sich für ihn ergebenden Konsequenzen zieht. Das Verhältnis ehrt sowohl Herrn Dr. Drechsler und die Herren Dr. Küstner und Berger, die zwar, wenn es sich um Standesinteressen und Gesellschaftsfragen handelt, angeblich weit von ersterem abrücken, wenn es sich aber um Geldbeutelinteressen handelt und wenn es gegen die von ihnen so vielgeschmähten Krankenkassen geht, als treue Verbündete Arm in Arm unerschütterlich zusammengehen.

Wenn Dr. Drechsler am 5. Mai 1913 anscheinend aus den ihm von Dr. Küstner und Berger gewordenen Informationen die Falschmeldung schrifttlich in die Welt setzt, der Ausbau der Allgemeinen Ortskrankenkasse zur maßgebenden Kasse sei definitiv beschlossen, so muß solches Verfahren dem früheren der Aerzte des Leipziger Verbandes würdig an die Seite gestellt oder es kann nur angenommen werden, daß Dr. Küstner und Berger durch die Verbreitung dieser objektiven Unwahrheit ihren Zweck: Abschiebung der Aerzte des Krankenkassenverbandes zu erreichen gedachten.

Dasselbe Verfahren, das der Leipziger Aerzteverband 1910, 1911 und 1912 versuchte, wird 1913 fortgesetzt. Wenn Herr Dr. Drechsler die ihm von den Herren des Leipziger Verbandes angebotene Stelle annimmt, so wird ihm der Hallesche Krankenkassenverband keine Träne nachweinen.

Dem Leipziger Aerzteverband muß aber erneut ins Stammbuch geschrieben werden: „Das war kein Meisterstück, Oktavio", und die Halleschen Vertreter dieses Verbandes, insbesondere Dr. Küstner und Dr. Berger werden, wenn nicht ihr Unteragent aus sich heraus Unwahrheiten verbreitet hat, wozu wir ihn trotz seiner für ihn fatalen Leichtgläubigkeit nicht für fähig halten, das Freundschaftsverhältnis zu ihm auch in Zukunft fortsetzen können, da bei der künftigen freien Arztwahl der jetzt mit einem Male bundes- und gesellschaftsfähig sowie standeswürdig gewordene Kollege Drechsler kaum noch als Streikbrecher, als welcher er sonst ständig figurierte, angesehen werden dürfte.

Halle schießt auch hier wieder den Vogel ab. Es bleibt nur zu wünschen, daß der Gemeindeverband bei Errichtung des Statuts die berufenen Vertreter der Versicherten und Unternehmer ausgiebig hört, damit diese nicht in die Lage kommen, das Statut nach dem 1. Januar 1914 schleunigst wieder ändern zu müssen.

Schwere Mißstände in den Halleschen Hafenbetrieben

kamen in einer Versammlung der Hafenarbeiter zur Sprache. Bei der Firma Mann und im Speditionsverein kommt es oft vor, daß Ueberarbeit, die bis spät in die Nacht hinein dauert, nur mit 45 Pfg. pro Stunde bezahlt wird. Kommt dann, anderen Tages einer der übermüdeten Arbeiter zu spät zur Arbeit, so wird er entlassen oder muß aussetzen. Nicht selten kommt es aber auch vor, daß, wenn Tag und Nacht gearbeitet worden ist, die Arbeit überhaupt zu Ende ist. An eine rationelle Einteilung denken die Unternehmer nicht. Mit der Arbeitskraft einzelner wird geradezu Raubbau getrieben, während Hunderte von Arbeitern arbeitsuchend herumlaufen. Daß die Firmen trotz des vorjährigen Streiks immer noch einen Tagesstundenlohn von nur 40 Pfg. bezahlen, beweist, daß sie jedenfalls erst noch einmal ganz energisch zu einer Aufbesserung gemahnt sein wollen. Mißstände in sanitärer Hinsicht sind ebenfalls vorhanden. So befindet sich der Frühstücksraum der Arbeiter der Firma Mann unmittelbar in der Nähe des Aborts. Jetzt in der heißen Jahreszeit ist das besonders gesundheitsschädlich, da die zahlreichen lästigen Fliegen sehr leicht als Krankheitsüberträger wirken können. Im Aufenthaltsraum des Speditionsvereins fehlt es unter anderem an Waschgelegenheit für die Arbeiter, so daß sie sich in der Saale reinigen oder mit vollem Schmutz nach Hause gehen müssen. Da trotz aller Versuche, hier Abhilfe zu schaffen, durch die Firmeninhaber nichts geschieht, wäre es vielleicht angebracht, wenn die Gewerbeinspektion den gesamten Hafenbetrieb hinsichtlich sanitärer und anderer Einrichtungen einmal unter die Lupe nehmen würde. Auch die Hafenarbeiter sind Menschen und können verlangen, daß sie als solche behandelt werden. Wollen die Arbeiter Besserung, so ist aber auch unbedingt notwendig, daß sie sich organisatorisch immer fester zusammenschließen und in jeder Beziehung versuchen, ihre wirtschaftliche Lage zu heben.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Halle.

Vertragsdifferenzen im Steinsetzergewerbe.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir schon die Mitteilung, daß der Steinsetzunternehmer May wegen Verstoßes gegen den Vertrag, den die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter des Steinsetzgewerbes im Jahre 1911 abgeschlossen haben, ausgeschlossen werden müßte. Auf Grund des in dem Vertrag vorgesehenen Paragraphen gegen die Schmutzkonkurrenz ist die Firma May gesperrt. Es hatten sich aber zwei Helfer der Schmutzkonkurrenz gefunden, die bei May „mal richtig ernten" wollen. Die Beiden scheinen aber die Ernte nicht allein einsacken zu können, und haben sich noch einen dritten herangeholt. Diese drei Uebereifrigen führten gestern in der Röserstraße Pflasterarbeiten aus. Wie die Ernte aussieht, geht daraus hervor, daß sie von morgens 5 bis abends 8 Uhr arbeiten. Von den vertragschließenden Organisationen ist nun die Arbeitszeit für Steinsetzer auf die Zeit von morgens 6 bis abends 6 Uhr festgesetzt. Längere Arbeitszeit verstößt gegen den Tarif. Außer den drei „Meistern" beschäftigt May noch sieben Lehrlinge, darunter einen von 28 Jahren, der sich jetzt erst darauf besinnt, als Steinsetzer Lorbeeren ernten zu wollen. Er hat, im Gegensatz zu anderen Lehrlingen, gleich am ersten Tage nach Abschluß des Lehrvertrages mit gepflastert. Wie die Arbeit ausfallen mag, darüber kann ein Kenner wohl nicht im Zweifel sein. Die Prüfung dieser Arbeit unterliegt städtischen Beamten, die ja bisher von den Organisierten immer saubere Arbeit verlangt haben. Warten wir ab, was sie jetzt sagen werden.

Von den Leipzigern Steinsetzern, die dort angeblich „wie Sand am Meer" zu haben sein sollen, hat es bis jetzt noch keiner mit seiner Ehre vereinbaren können bei May in Arbeit zu treten. Hoffen wir das gleiche auch von den Hallensern.

Verband der Steinsetzer, Gau Halle.

Hohe Gaspreise und Gasmesser-Miete im nördlichen Stadtteil.

Zu den unerfreulichsten Abgaben gehört diejenige für Miete eines Gasmessers. Die Gasanstalten setzen jedem Konsumenten — zur Kontrolle des Verbrauchs, um danach ihre Rechnungen aufzustellen — einen ihr gehörenden Messer hin und verlangen für diese, vornehmlich im Interesse der Gasanstalt liegende Einrichtung eine hohe Miete. Eine juristische Rechtfertigung dieser Abgabe dürfte es kaum geben, trotzdem wird sie verlangt. Zur Plage wird diese angebliche „Miete" aber, wenn sie eine ungerechtfertigte Höhe erreicht, wie dies zum Beispiel im Norden Halles der Fall ist.

Es dürfte wenige Gemeinden geben, die es dulden, daß ihre Einwohner je nach der Lage ihrer Wohnungen zu verschiedenen Mietspreisen für die Gasmesser herangezogen werden. In Halle aber ist dies der Fall. Die Gaskonsumenten in Alt-Halle haben in der Regel überhaupt keine Miete zu entrichten. Nur bei ganz geringem Gebrauch wird etwas erhoben. Im ehemaligen Stadtteil Giebichenstein, Trotha-Cröllwitz dagegen muß durchweg ein sehr hoher Preis erlegt werden, der bis 44 Mark im Jahr kommen kann.

Und wie es mit der Gasmesser-Miete geht, so ist es auch mit dem Gaspreise. Auch dieser ist im Norden bedeutend höher als im Stadtinnern. In Halle ist für Leuchtgas 16 Pfg., für Kochgas 12 Pfg. pro Kubikmeter zu zahlen. Die Preise in Trotha und Cröllwitz aber sind 17 bezw. 18 Pfg. für Leuchtgas. Der Unterschied ist also recht bedeutend. Es gilt hier ein Mißverhältnis auszugleichen, das nun schon volle 13 Jahre — seit der Eingemeindung — besteht. Die städtischen Behörden hätten reichlich Zeit gehabt, über eine gleiche Behandlung der Einwohner nachzudenken. Gerade in der Sommerszeit kann die Benutzung des Gases zu Kochzwecken nicht angelegentlichst genug empfohlen werden, und es würde auch bedeutend mehr auch von Arbeitern davon Gebrauch gemacht, wenn nicht die unbillig hohen Mietspreise für die Messer und die erhöhten Gaspreise die Bewohner des Nordens vielfach davon abschrecken. Der nördliche Stadtteil wird viel von Arbeitern und kleinen Leuten bewohnt. Gerade sie trifft diese nachteilige Behandlung am meisten.

Die Stadt hat es in der Hand, ihren Einfluß auf die Giebichensteiner Gasanstalt dahin auszuüben, daß den Bewohnern im Norden endlich eine gleiche Behandlung zuteil wird. Möge sie es endlich tun; es ist hohe Zeit, daß diese Ungerechtigkeit zu ungunsten der kleinen Leute aufhört. Und der Segen der Gasverwertung ist nicht nur für sogenannte bessere Leute da.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0006

* **Doppelkonzert im Ballapark.** Wie aus dem gestrigen Inserat zu ersehen war, findet morgen, Freitag, abend ein großes Konzert statt; Musik- und Gesangsvorträge, verbunden mit Italienischer Nacht, werden uns einige angenehme Stunden in unserem prächtigen Garten bereiten. Die Engelmannsche Musikkapelle wird uns aus dem reichlich zusammengestellten Programm recht gute, dem Abend angepaßte Musikstücke zum Vortrag bringen. Ein vom hiesigen Stadttheater her uns noch bekannter guter Tenorist, Herr Opernsänger Hugo Bergholz, ist für den Abend gewonnen worden. Er wird, wie aus dem Programm zu ersehen ist, die herrlichen Partien, wie: Dies Bild ist bezaubert schön, Arie aus der Zauberflöte, Am stillen Herd, von Wagner, Wer hat uns getraut, aus dem Zigeunerbaron, Der Lenz, von Hilbach, Mein Eigen, von C. Roberts und anderes mehr singen. Herr Kapellmeister Sonnabend hat in bereitwilligster Weise die Begleitung am Klavier übernommen. Trotz der wirklich guten Darbietungen ist das Entree sehr niedrig bemessen, es kosten Programm mit Eintritt zusammen 15 Pfennig, sodaß ein jeder guter Besuch des Konzerts erwartet werden darf. Arbeitslose haben freien Zutritt.

Bei ungünstiger Witterung findet das Konzert bestimmt im großen Saale statt.

* **Der Metallarbeiter-Verband** hat für Sonntag, den 24. August, einen Besuch der Internationalen Baufachausstellung mittels Sonderzugs festgelegt. Der 24. August ist deshalb gewählt worden, weil bis dahin die Ferien beendet und der dadurch entstandene Zustrom nachgelassen hat. Die Ausstellung dürfte auch dann in ihrer Vollkommenheit zu sehen sein. Die Teilnehmer müssen sich aber jetzt schon im Verbandsbureau, Harz 42/43, einzeichnen. Der Preis für Hin- und Rückfahrt dritter Klasse, Eintritt in die Ausstellung und Führung wird sich auf etwa 2 Mk. pro Person belaufen. Für preiswertes Mittagessen wird ebenfalls Sorge getragen werden. Die Abfahrtzeit wird noch durch Inserat bekannt gegeben.

* **Sängerfest am 12. und 13. Juli.** In wenigen Wochen treffen sich anläßlich des Bezirksfestes des Deutschen Arbeitersängerbundes in Halle etwa 1000 Sänger zu friedlichem Wettgesang. Da sie alle dem Arbeiterstande angehören und folglich mit „irdischen" Gütern nicht so reichlich gesegnet sind, ist es notwendig, daß sich recht viele Genossen melden, die den auswärtigen Sängern für die Nacht vom 12. zum 13. Juli Freiquartiere zur Verfügung stellen. Wer es also ermöglichen kann, für diese Nacht einen oder mehrere Genossen zu beherbergen, wolle seine Adresse an Oswald Kloß, Richard Wagnerstraße 24 III, gelangen lassen.

* **Der Bauausschuß** beschloß in seiner letzten Sitzung, vom Grundstück des Kaufmanns Hoppe in der Kuhgasse 6 Quadratmeter Land zum Preise von 120 Mk. pro Quadratmeter zu erwerben. — Die Wegeunterführung an der alten Leipziger Chaussee, die vom Eisenbahnfiskus ausgeführt wird, soll so verbreitert werden, daß sie auf lange Zeit genügt. Zu den Unkosten soll die Stadt 19 000 Mk. beitragen. — Der südöstliche Turm der Moritzburg soll aufgeführt werden. Die Kosten in Höhe von 51 600 Mk. sind aus Sparkassenüberschüssen vorhanden. Wegen der im Baufach herrschenden großen Arbeitslosigkeit soll die Arbeit sofort in Angriff genommen werden. — In der Bahnhofs-, Köthener, Anger- und Brachwitzer Straße in Trotha sollen Wasserrohrnetzerweiterungen vorgenommen werden, wozu 18 500 Mk. bewilligt wurden. — Die Erweiterung des Rohrnetzes in Lettin, zu der Halle verpflichtet ist, erfordert 42 500 Mk. Die Summe wird von Lettin mit 8 Prozent verzinst und amortisiert. — Die Vorlagen über das Hallenschwimmbad, über die Errichtung des neuen Friedhofs sowie über die Befestigung der Giebichensteiner Straße konnten nicht beraten werden, da kein Referent da war. Nächsten Dienstag findet die letzte Ausschußsitzung statt, die diese Vorlagen durchberaten soll. Voraussichtlich wird mit dem Bau des Hallenschwimmbades am 1. Juli begonnen.

* **Studentenfliegelei.** Unter dieser Ueberschrift brachte die Saalezeitung einen Artikel — natürlich schüchtern, wie sie ist — unter der Rubrik Aus dem Leserkreise, um ja nicht bei den Akademikern anzustoßen. Diese Notiz lautet: Dienstag morgen gegen 6 Uhr erregten mehrere Studenten in hellblauen Kneipjacken in der Henriettenstraße durch Brüllen, Bearbeitung der Jalousien am Parterrefenstern eines Hauses und eine schamlose Verunreinigung des Bürgersteiges, die Schulbuben eine derbe Tracht Prügel einträgt, ein Aergernis der Anwohner. Ob die Studenten dadurch der Feier des Regierungsjubiläums einen würdigen Abschluß geben wollten? Dazu ist wirklich jeder Kommentar überflüssig.

* **Lustbarkeitssteuer für den „Hausball".** Der Gastwirt Lehmann hatte im Oktober 1911 einen sogenannten Hausball für seine Angestellten veranstaltet, zu dem diese auch Gäste einführen konnten. Saal, Heizung und Beleuchtung stellte er. Auch gab er Zahlmarken für Speisen und Getränke an die Angestellten aus. Die erscheinenden Gäste mußten ihre Speisen und Getränke selber bezahlen.

Der Magistrat zog nun Herrn Lehmann auf Grund der Hallenschen Lustbarkeitssteuer-Ordnung zur Lustbarkeitssteuer heran. In Betracht kommt die Vorschrift der Lustbarkeitssteuerordnung, wonach außer öffentlichen Lustbarkeiten unter anderm auch solche Lustbarkeiten besteuert werden, die in den öffentlichen Lokalen oder den eignen beziehungsweise zur Benutzung an einzelne Personen überlassenen Lokalräumen unter Einziehung der Kosten oder eines Teils der Kosten von den Teilnehmern stattfinden. Lehmann klagte auf Freistellung von der Lustbarkeitssteuer und machte geltend, daß es sich hier um eine Privatlustbarkeit handele, bei welcher die Kosten der Wirt selber getragen habe. Die Kosten für Speise und Trank, welche von den Gästen eingezogen worden seien, seien keine solche Kosten, wie sie die Lustbarkeitssteuerordnung im Auge habe. Damit seien nur Kosten für Hergabe des Saales, für Heizung und Beleuchtung und dergleichen gemeint. Die habe aber er, der Wirt, selber getragen und nicht von Gästen eingezogen.

Der Bezirksausschuß wies aber die Klage ab und führte in der Urteilsbegründung aus: Hier komme es auf den Begriff der Kosten im Sinne der fraglichen Bestimmung der Steuerordnung an. Es sei zuzugeben, daß Lustbarkeiten vorkämen, wo die Verabfolgung von Speisen und Getränken nicht zur Lustbarkeit selber gehörten und wo die Kosten dafür nicht zu Kosten der Lustbarkeit würden. (Theatervorstellungen usw.). Ganz anders lägen aber die Dinge bei einem Ball, und zwar auch bei einem sogenannten „Hausball". Dazu gehöre auch die Verabfolgung von Speisen und Getränken. Und hier gehörten Kosten der Speisen und Getränke mit zu den Kosten der Lustbarkeit. Deshalb könne unter den obwaltenden Umständen, da ein Teil dieser Kosten von den Gästen eingenommen wurde, auf Grund der Hallenschen Lustbarkeitssteuerordnung die Heranziehung zur Lustbarkeitssteuer erfolgen. Das Oberverwaltungsgericht, bei dem L. Revision einlegte, erachtete diese Entscheidung des Bezirksausschusses für zutreffend.

* **Der Staat haftet für die Prügelpädagogen.** Zu dem Kapitel Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes durch Lehrer hat das Reichsgericht jetzt eine wichtige Entscheidung gefällt, die sich auf folgenden Tatbestand gründet: Ein Webermeister und sein Sohn aus Meitmann bei Elberfeld klagten gegen den preußischen Fiskus als Vertreter der Provinzialschulbehörde. Der Schüler Karl Sch. wurde von einem Oberlehrer durch Schläge mit einem Rohrstock auf das Gesäß gezüchtigt. Als er deshalb weinte, wurde er von ihm wiederum geschlagen und zwar in die Lendengegend. Schließlich schlug ihn der Lehrer, der in dem Verhalten des Jungen, der vor Schmerz weinend den Kopf auf die Bank legte, Widersetzlichkeit erblickte, zum dritten Male und zwar auf den Rücken. Infolge dieser Züchtigungen traten bei dem Knaben schwere Lähmungserscheinungen auf. Der Vater des Jungen erhob deshalb Klage gegen den Fiskus auf Zahlung eines Schmerzensgeldes und der Heilkosten sowie auf Feststellung, daß der Beklagte verpflichtet sei, ihm allen noch weiterhin entstehenden Schaden zu ersetzen. Die gleiche Feststellungsklage strengte der Schüler an.

In erster Instanz wurde vom Landgericht Elberfeld die Klage des Vaters abgewiesen, der Anspruch des Sohnes dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt, weil der Lehrer sein Züchtigungsrecht verletzt habe. Das Reichsgericht wies die Berufung des beklagten Fiskus gegen das Urteil des Landgerichts Elberfeld zurück. Weiterhin erklärte es aber auch noch den Leistungsanspruch des Vaters auf Schmerzensgeld usw. dem Grunde nach für gerechtfertigt und stellte fest, daß der beklagte Fiskus auch **dem Vater jeden Schaden ersetzen müsse,** der dadurch entstanden sei und entstehen werde, daß der Lehrer den Schüler gezüchtigt habe. Lediglich zur Festsetzung des Entschädigungsbetrages verwies es die Sache an das Landgericht Elberfeld zurück. **Damit hat das Reichsgericht die Schadenserlatzpflicht des Fiskus ausgesprochen.**

* **Gewitterschäden.** Während des gestrigen Gewitters wurden auf der Peißnitzspitze zwei große Eichen durch Blitzschlag stark beschädigt. In der Talstraße fuhr der Blitz in einen Bäckereischornstein, ohne zu zünden. Einige Steine vom Schornstein und Dachziegel wurden dabei auf die Straße geschleudert. Schaden hat niemand genommen.

* **Selbstmord.** In der vergangenen Nacht verübte ein Kaufmann in seiner Wohnung Selbstmord durch Erschießen. Der Anlaß dürfte in Geschäftssorgen zu suchen sein.

* **Unglücksfall bei der Arbeit.** Bei dem Versuche, einen umfallenden großen Lithographiestein zu halten, wurden gestern dem Hilfsarbeiter Friedrich Müller in der Halleschen Papierwarenfabrik Max Jovisshof, Thomasiusstr. 33, drei Finger der linken Hand abgeschlagen. Der Verunglückte wurde mittels Kranken-Automobils dem Krankenhause zugeführt.

* **Vom Zahrmarkt.** Zu dem heute stattgefundenen Viehmarkte waren aufgetrieben 290 Pferde, 307 Ferkel und 347 Läuferschweine. Heute und morgen ist der sogenannte Johannismarkt.

Ammendorf. Auf zum Konzert. Das Konzert, das am 1. Juni stattfinden sollte, ungünstiger Witterung halber aber ausfallen mußte, findet bestimmt am Sonnabend abend 8½ Uhr im Burgschlößchen statt. Da die Engelmannsche Kapelle gute Sachen zum Vortrag bringt, ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

Gleichzeitig weisen wir noch darauf hin, daß die Fabrikarbeiter-Versammlung am Sonnabend abend zugunsten des Konzerts ausfällt und am Sonntag nachmittag 3 Uhr stattfindet.

Osendorf. Eine Gemeindevertretersitzung findet am Freitag abend 8½ Uhr im Kirchhoffschen Lokale statt.

Seeben-Gutenberg. Distriktsversammlung. Am Sonnabend, den 21. Juni, abends 8½ Uhr, findet im Gasthaus zu Seeben eine Versammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins statt. Da in dieser der Bericht von der Kreisgeneralversammlung gegeben und die Neuwahl der Distriktsleitung vorgenommen werden soll, ist ein recht starker Besuch erwünscht.

Könnern. Sozialdemokratischer Verein. Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß unsere fällige Mitgliederversammlung nächsten Sonnabend, den 21. Juni, abends 8½ Uhr, im Bürgergarten stattfindet. Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

Aus den Gerichtssälen.

Gewerbegericht.

Acht Prozesse standen gestern zur Verhandlung an, von denen folgende bemerkenswert waren. Eine Zuschneiderin, die pro Stunde 60 Pfg. Lohn erhielt, geriet mit einer Damenschneiderin in Differenzen. Die Parteien einigen sich dahingehend, daß die Beklagte der Klägerin 4.30 Mk. zahlte. — Ein Bäckermeister schuldete seinem Gesellen 4.50 Mk. für eine Nachtschicht. Da der Beklagte zur Verhandlung nicht erschienen, wurde er im Versäumniswege verurteilt, den Betrag zu zahlen. — Durch Eidesleistung wurde einem Bäcker, der vom Dezember v. J. bis zum März d. J. bei einem Schankwirt tätig war, ein Reiselohn von 16 Mk. zugesprochen. — Zurückgenommen wurde die Klage eines Schlossers, der von einem Fabrikbesitzer Lohn für 12 Tage (48 Mk.) wegen Nichteinstellung in die ihm angeblich versprochene Arbeit klagte. Es wurde dargelegt, daß ein festes Engagement nicht stattgefunden und der Fabrikmeister erklärte, mehrere Arbeiter hätten ihm versichert, wenn der Kläger die Arbeit aufnehme, würden andere die Arbeit niederlegen.

Jugendstrafkammer.

In der gestrigen Sitzung, die sich sehr umfangreich gestaltete, standen 14 Sachen zur Verhandlung an. In den meisten Fällen handelte es sich um Eigentumsvergehen. — Ein 17jähriges Dienstmädchen hatte „mit der Radehacke" den Schrank ihres Dienstherrn geöffnet und daraus eine Uhr und zwei goldene Ringe im Werte von 75 Mk. entwendet. Sie verkaufte die Sachen an einen Trödler für vier Mark. Weiter hatte sie ein Portemonnaie mit 49 Mark Inhalt entwendet. Sie will die Taten begangen haben, weil sie niemals in den Besitz von Geldmitteln gelangte. Ihre Eltern, die sich in Not befanden, hatten sich das Dienstgeld des Mädchens stets von dem Dienstherrn geben lassen. Das wäre nicht recht gewesen, meinte sie. Die Angeklagte wurde bedingt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. — Ein Vorspiel zu einem umfangreichen Schwurgerichtsprozeß brachte eine Verhandlung, in der die Hebamme Hildebrandt von Dölau als Zeugin auftreten mußte. Die Zeugin, die dort als eine „weise" Frau galt, hatte mehreren in Bedrängnis geratenen Frauen und jungen Mädchen in zuweilen wohlwollender Absicht Hilfsdienste geleistet — eine Tat, die jetzt in den Zeiten des Geburtenrückganges schwer geahndet wird, aber in den traurigen wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Erklärung findet. Auf der Anklagebank erschien ein knapp 15jähriges Dienstmädchen von Eisleben, das wegen versuchter Abtreibung unter Anklage stand. Mit dem Mädchen wurden wegen Beihilfe beschuldigt ein 25jähriger Gärtnergehilfe und ein 56jähriger Dachdecker. Die Verhandlung entzog sich wegen Sittengefährdung der Oeffentlichkeit und hatte das Ergebnis, daß der Gärtnergehilfe und das Mädchen zu je fünf Monaten Gefängnis und der Dachdecker zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt wurden. Die Strafen wurden durch die erlittene Haft als verbüßt erklärt.

Kaufmannsgericht.

Unzulässiger Zeugniszusatz. In der hiesigen Tiefbaugesellschaft Kontinental war ein Buchhalter im Kontor über 1½ Jahr tätig gewesen. Er kündigte die Stellung und erhielt ein sonst günstiges Zeugnis ausgestellt, das aber den bedenklichen Passus enthielt: **„Wir dürfen jedoch nicht unerwähnt lassen, daß er für verantwortliche Arbeiten zur Zeit noch nicht das rechte Verständnis besitzt."** Mit dieser Bemängelung seiner geschäftlichen Reife war der 20jährige junge Mann selbstverständlich nicht einverstanden. Er fühlte sich dadurch in seinem Fortkommen behindert und klagte auf Ausstellung eines neuen Zeugnisses mit Weglassung des ihn kompromittierenden Satzes. Die beklagte Firma versuchte den schädigenden Satz damit zu rechtfertigen, es sei durch die Schuld des Klägers möglich gewesen, daß ein anderer Angestellter beträchtliche Unterschlagungen in Höhe von etwa 3000 Mk. begehen konnte. Der Kläger habe das Lohnbuch nachzurechnen gehabt; aber etwa 1½ Jahre lang habe er ohne Nachrechnung seine Unterschrift unter die falschen Berechnungen fahrlässiger Weise gesetzt. Im Vertrauen auf diese Unterschrift seien dann jenem Unredlichen die Zahlungen gemacht worden. Der Vater des Klägers wandte hiergegen ein, sein noch junger Sohn könne doch nicht als der Hauptverantwortliche angesehen werden; da seien doch der Direktor und der Prokurist mitverantwortlich. Das Gericht kam zu der Ansicht, daß Kläger bei den Additionsarbeiten im Lohnbuch hätte sorgfältiger verfahren müssen. Da er aber nun ein Zeugnis nicht bloß über Art und Dauer der Beschäftigung, sondern auch über seine Führung und Leistungen verlangt habe, so stehe der beklagten Firma auch das Recht zu, über jene Nachlässigkeit einen Vermerk ins Zeugnis zu bringen. Aber sie müsse das in zulässiger Form tun. Die von der Beklagten gewählte Form erscheine dem Gericht nicht richtig, sondern geeignet, das Fortkommen des Klägers in ungebührlicher Weise zu erschweren. Daher wurde der Beklagten aufgegeben, in einem neu auszustellenden Zeugnis dem angefochtenen Satze folgende Fassung zu geben: „Wir dürfen jedoch nicht unerwähnt lassen, daß er bei Additionsarbeiten nicht immer die nötige Sorgfalt hat walten lassen."

Zur Gehaltszahlung während der Dauer der Krankheit. Am 8. April d. J. erkrankte eine Kontoristin auf längere Zeit. Darauf wurde ihr am 29. April zum 31. Mai gekündigt. Bei der Abrechnung wurde ihr aber das Monatsgehalt für Mai nicht in der vollen Höhe von 45 Mk. ausgezahlt, sondern nur 15.10 Mk. gekürzt. Sie erkannte den Abzug nicht als berechtigt an, sondern klagte ihn ein. Die beklagte Firma berief sich auf die bekannte Bestimmung des Handelsgesetzbuches, wonach in Krankheitsfällen das Gehalt nicht über die Dauer von sechs Wochen hinaus weitergezahlt zu werden braucht. Diese „gesetzliche Haftpflicht" sei am 20. Mai abgelaufen. Deshalb halte sich die Firma nicht für verpflichtet, der noch immer krank gewesenen Kontoristin noch über den 20. Mai hinaus Gehalt zu zahlen. Der Vertreter der Klägerin machte dagegen geltend, die Firma sei, **wenn sie einen bestimmten Kündigungstermin angebe,** auch bis dahin zur Zahlung verpflichtet; sie müsse mithin, da sie ausdrücklich zum 31. Mai gekündigt habe, auch noch bis dahin voll bezahlen. Das Gericht verwarf jedoch diesen Einwand als irrig. Das Handelsgesetzbuch schreibe für alle Fälle unverschuldeter Krankheit Weiterzahlung des Gehaltes **nur auf eine Krankheitsdauer von sechs Wochen vor.** Sobald diese gesetzliche Höchstfrist überschritten sei, brauche an den Kranken Gehalt nicht mehr gezahlt zu werden. Es sei eine irrtümliche Ansicht, daß die Firma bis zum Aufhören des Dienstverhältnisses und bis zum Ablauf der Kündigungsfrist noch weiter zahlen müsse.

Einige Minuten Verspätung — kein hinreichender Entlassungsgrund. In dem Kontor des Verlags Praktischer Landwirt war seit 1. Oktober 1910 eine Kontoristin für ein Monatsgehalt von 70 Mk. tätig. Am 22. Mai d. J. wurde sie entlassen, weil sie trotz wiederholter Warnung fortgesetzt zu spät gekommen sein sollte. Sie klagte wegen ungerechtfertigter Entlassung auf Weiterzahlung des Gehaltes bis zum 30. Juni. Auch forderte sie ein Zeugnis mit dem Zusatz: „Sie war ehrlich." Es wurde bekundet, daß sie öfter, aber höchstens 3 bis 5 Minuten zu spät gekommen sei. Das Gericht sah die Entlassung der Klägerin nicht als begründet an und verurteilte den Beklagten zur Weiterzahlung des Gehaltes bis zum 30. Juni. Den Zeugniszusatz: „Sie war ehrlich" dürfe der Beklagte nicht verweigern, wenn die Klägerin das ausdrücklich verlange und gegen ihre Ehrlichkeit nichts einzuwenden sei. Der Beklagte wurde auch verurteilt, ein neues Zeugnis mit dem gewünschten Zusatz auszustellen.

Bauschwindel.

Selten blühte der Bauschwindel so üppig, wie in den letzten Jahren. Das Gesetz über die Sicherung der Bauforderungen ist für die Katz. Der Schwindel wurde nur noch großzügiger, man hat ihn mehr systematisiert. In ihrem kürzlich erschienenen Jahresbericht (1912, 2. Teil) schildert die Handelskammer Berlin die Machenschaften u. a. wie folgt: „An der Peripherie sah man vielfach unsolide Unternehmer von Spekulationsbauten, denen von interessierter Hand Baustelle und Baugelder gegeben worden waren. Da sie über eigene Mittel gar nicht oder nur in sehr geringem Maße verfügen, mußten sie sich die Baustelle zu einem ihren tatsächlichen Wert weit übersteigenden Preise anrechnen lassen. Die von ihnen geleistete Anzahlung auf den Kaufpreis war gering, wenn sie nicht überhaupt von den später je nach dem Fortschritt des Baus fälligen Baugeldraten abgezogen wurden. Handwerker, die einem ihrer Meinung vermögenden „Bauunternehmer" Kredit gewährten, sahen nicht selten den Bau, nachdem er bis zu einem gewissen Grade fertiggestellt war, wegen nicht genügendem Fortschreiten des Bauwerks und demgemäß wegen Nichterfüllung der von dem Unternehmer übernommenen Verpflichtungen, wegen Nichtzahlung der für die Baugelder fälligen Zinsen oder aus einem anderen hinreichenden Grunde der Zwangsverwaltung verfallen. Während dieser waren die Neubauten gesperrt; weil der Zutritt zu ihnen verboten war, konnten die Handwerker ihre Lieferungen, für die sie Bezahlung gar nicht oder nur in geringstem Maße erhalten hatten, aus dem Bau nicht wieder herausschaffen lassen, auch soweit sie hierzu nach der Rechtsprechung befugt gewesen wären. Kam es zur Zwangsversteigerung, so war die Vorbesitzerin der Baustelle oder Geldgeberin für ihre Forderungen durch die Baustelle und das auf ihr errichtete Bauwerk gedeckt, und zwar um so besser, je höher die zu ihren Gunsten eingetragene Belastung des Grundstücks war. Die nachfolgenden Forderungen der Bauhandwerker fielen aus."

Hinter den Schiebungen stehen vielfach renommierte Banken. Allerdings so gedeckt, daß sie fast als Leidtragende erscheinen. In Wirklichkeit sind sie die Vorbesitzer der Grundstücke und Hypothekengläubiger. Scharfes Anziehen der Zinsenschraube fördert die Herbeiführung der Katastrophe. Für Baugelder müssen in manchen Fällen bis zu 10 Proz., ja oft noch mehr gezahlt werden. Damit wird der vorgeschobene Strohmann oder der in die Länge der Schieber geratene kleine Kapitalist erwürgt. Sie gehören wie die Bauhandwerker zu den Opfern der im Hintergrunde lauernden Macher. Der Praxis der Banken und sonstigen Hypothekengläubiger verdankt man auch die „Not" der Hausbesitzer, die tatsächlich meistens nur Zinseneintreiber für die Hypothekengläubiger sind. Von diesen wird ihnen der Strick um den Hals gelegt. Zahlreiche Zwangsversteigerungen geben Kunde davon. Für Großberlin liegen nun für 1912 die Zahlen der Subhastationen vor. Für Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Neukölln, Steglitz und Pankow ergeben die freiwilligen Veräußerungen und Zwangsversteigerungen folgende interessante Gegenüberstellung. In den letzten Jahren erfolgten Besitzveränderungen mit einem Objektwert (in 1000 Mark):

1907:	Freiwilliger Besitzwechsel	931 524	Zwangsverst.	90 917
1908:	„ „	570 932	„	138 712
1909:	„ „	716 099	„	140 414
1910:	„ „	697 878	„	142 518
1911:	„ „	624 923	„	167 622
1912:	„ „	476 819	„	221 289

Die freiwilligen Veräußerungen sind seit 1907 auf die Hälfte gesunken, die Zwangsverteigerungen haben 130 Prozent zugenommen! Natürlich soll geholfen werden. Aber wie? Den sogenannten Hausbesitzern, den Hypothekengläubigern, winken Erleichterungen auf staats- und kommunalsteuerlichem Gebiete. Was wird damit erreicht? Weiter nichts, als das Hochhalten der wucherischen Zinsen usw. Ferner gibt man damit zu neuem Anziehen der Zinsschraube den Anreiz. Die Allgemeinheit muß die Lasten tragen, sie kommt aus den bodenkapitalistischen Fangen nicht heraus. Der Staat aber erleichtert mit seinen Reformen die Plünderei.

Arbeiter! werbt neue Volksblattleser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0007

8 Uhr 15

Walhalla!

„Tymians" Bomben-Erfolge!!!

Heute und folgende Tage das glänzende

∴ Jubiläums-Riesenprogramm. ∴

Jede einzelne Nummer ein Schlager.

Wer noch nie ein Berliner **Ballhaus** im Betrieb sah, versäume nicht, es anzuschauen.

Tymians Glanzrolle! Sylvarés Prachttoiletten!

1707 Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

Am Sonntag den 22. Juni cr. findet im **Burgschlösschen** ein

Sommerfest

für unsere Mitglieder von **Ammendorf, Beesen, Radewell, Osendorf u. Umg.** statt. Dasselbe wird aus diverß. **Belustigungen für jung und alt** und **Tanzkränzchen** bestehen. Die Mitglieder der vorgenannten Orte und deren Angehörige sowie die Halleschen Mitglieder sind hiermit zu recht zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Die Mitglieder von **Ammendorf, Beesen, Radewell, Osendorf u. Umg.**, welche sich an der **allgemeinen Harzpartie** beteiligen wollen, melden sich vorher beim Kollegen **Fischmann, Ammendorf**, Langestraße 3, bis Mittwoch den 25. d. Mts.

Der **allgemeine Besuch der Internationalen Baufachausstellung** findet am Sonntag den 24. August mittelst Sonderzugs statt. Die Einzeichnung der Teilnehmer muß schon jetzt erfolgen.

1703 **Die Ortsverwaltung.**

Glauchaer Ballsäle.

Freitag abend

Großes Garten-Konzert.

1708

Lützen.

Sonntag, 22. Juni, im Lokale „Bürgergarten"

Gewerkschafts-Fest

*892 bestehend in:

Um 3 Uhr **Umzug** durch die Stadt, hierauf **Preisschießen, Preiskegeln, Damen- und Kinderbelustigungen, Konzert** und **BALL.**

Die Arbeiterschaft von Lützen und Umgegend wird hierdurch freundlichst eingeladen. **Das Festkomitee.**

Wir Sachverständigen erklären alle:

Pilo

ist die beste Schuh-Crême.

P. Kuhn's Fleisch-Zentrale

*882 **Schülershof 19** (dicht am Markt).

Diese Woche **Ausnahmepreise:**

Rindfleisch zum Kochen	Pfund	**65** Pf.
Schweinebauch	Pfund	**65** Pf.
Geknoktes (halb und halb)	Pfund	**70** Pf.
Knackwurst	Pfund	**80** Pf.

Alles andere wie bekannt, billigst.

Zur Anfertigung feiner Herren-Garderobe nach Maß empfiehlt sich

98 **Otto Bartelt, Hallorenstrasse 1c, I, l.**

Grosses Lager deutscher und englischer Stoffe.

Sardellen, echte Brabanter, Pfund 1.20 Mk.

Prima neue **Vollheringe** Stück 8 Pfg.

F. H. Weber, 1696

Gr. Steinstr. 46, neb. Walhalla.

Aermel-Plättbretter 1686

aussergewöhnlich billig.

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Ein schwarzer Hund m. weißer Brust zugelaufen. Gegen Kosten abzuholen Dieskau Nr. 90. [*875

Leichte

Sommer-Kleidung

für Herren

ist praktisch, angenehm und modern.

Auswahl unter Tausenden.

Lüster-Jackens schwarz	von ℳ	2.00 an.
Lüster-Jacketts farbig	von ℳ	3.75 an.
Tussor-Jacketts	von ℳ	2.75 an.
Helle Wasch-Westen	von ℳ	2.50 an.
Wasch-Anzüge	von ℳ	6.00 an.
Wasch-Joppen	von	95 Pf. an.
Wasch-Hosen	von ℳ	1.90 an.
Weisse Hosen	von ℳ	2.25 an.
Fussball-Hosen	von ℳ	2.00 an.

Strohhüte, Westengürtel, Sportgürtel, Sporthemden, bunte Oberhemden, weiche Kragen, Krawatten, Socken.

S. Weiss

Leipzigerstrasse 105/106

Ecke Markt. 1713

Makulatur

zu haben in der **Genossenschafts-Buchdruckerei.**

Die beste

Casino-Butter

Tafel- Butter.

1699

---

*886 **Eilenburg.**

Achtung, Metallarbeiter!

Sonntag den 22. Juni im Gewerkschaftshause „Tivoli"

: Sommerfest :

Allerlei Belustigungen für jung und alt.

Freundl. ladet ein

*887 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer : Wahlverein :

Sonnabend d. 21. Juni im **„Tivoli"** *888

Versammlung.

Beratung der gestellten Anträge zum Kreistag.

Apollo-Theater

Täglich abends 8³⁰ Uhr:

Film-Memoiren a. d. Leben des Kaisers Wilhelm II. u. d. kaiserlichen Familie.

Außerdem: Der 1300 Mtr. lange, 3aktige Prachtfilm

Die Irrfahrten des Odysseus

n. d. altgriech. berühmten Epos von Homer.

Ferner: **Der bunte Teil:**

Mira Chaunard, Konzertsängerin.

1682 **Joe Sunder,** komischer Jongleur-Akt.

Lilly Barella, Dress.-Akt m. Hunden, Hühnern, Kaninchen u. d. Menschenaffen **„Jaky".**

Narciss Mertens, Humorist m. eigen. Repertoir.

Aufpolstern von Sofas u. Matratzen in und außer dem Hause, gut und billig, sauber und haltbar. *877

Scharf, Dieskauerstraße 13.

Direkt vom Dampfer in **Waggons** verladen, 1709 empfehlen wir

Freitag früh eintreffend

in lebendfrischer Qualität:

Seelachs ohne Kopf	à Pfund nur	19 Pf.
Kabliau ohne Kopf	à Pfund nur	21 Pf.
Schellfisch ohne Kopf	à Pfund nur	23 Pf.
Goldbarsch mit Kopf / **Bratschellfisch**	à Pfund nur	25 Pf.
Karbonaden, bratfertig	à Pfund nur	28 Pf.
Bratscholle à Pfund		33 ₰
fst. Angelschellfisch à ℔		45 ₰
Austernfischkotelette / **Mittelscholle** à ℔		60 ₰
Rotzunge, mittel à Pfund		60 ₰
groß à Pfund		95 ₰
Flusszander à Pfund		100 ₰
Flusslachs i. Ausch. à ℔ 120,		160 ₰
ff. neue Vollheringe, zart wie Matjes à Stück		9, 10, 12 Pf.
Feinste neue, zarte Matjes à Stück		15, 20, 25 Pf.

„Nordsee"

Gr. Ulrichstr. 58.

Tel. 3783 u. 1275.

Grösste Seefischhandlung der Welt.

Dtsch. Landarbeiter-Verband

Milzau.

Sonnabend den 21. Juni 1913 abends 8 Uhr im Gasthof zu Milzau:

Kränzchen.

Es ladet freundlichst ein

*885 Die Distriktsleitung.

Für

Schuhmacher

Vache- u. Sohlleder-Croup.

Ausschnitt,

Gummi-Absätze u. Ecken, Schuhcreme, Einlegesohlen, Schnürsenkel, Bedarfs-Artikel.

1484 Billigste Preise.

Sonntags früh nur von 7½—9½ Uhr geöffnet.

F. Noah,

Gr. Klausstr. 7.

Gebisse

alte und zerbrochene, werden von fachmännischer Hand zu höchsten Preisen angekauft, nur diesen Sonnabend im **Hotel Grüner Baum, I.,** Frankestr. 14. [*889

Zahle pr. Zahn bis 1.— Mark.

R. Katsch, Albrechtstr. 23. Magazin feldsteg. Böttcherwaren a. pr. Holz. 1697

Rossfleisch.

Diese Woche wieder ff.

Alles Übrige wie bekannt nur delikat bei

A. Thurm,

Reilstrasse 10. 103

Bettstellen
Matratzen
Sofas

Große Auswahl. Billigste Preise.

G. Schaible

Möbelfabrik u. Ratskeller. 1561

Haus m. Garten, fortzugshalber zu verkaufen. **Wiesenberg,** Annenstraße 25. Zu erfragen 54. *891

Arbeitsmarkt

Offene Stellen aller Berufe enthält stets die Zeitung: Deutsche Bekanzen-Post, Eßlingen 156. *10

Mehrere tüchtige **Rock- u. einen Westen-Schneider,** mehr für schwarze Arbeit, dauernd gesucht.

A. Matthes, Rudolstadt. *862

Wer überzeugt sich, Schreibmaschinen-Tätigkeit im Hause; Hohes reeller Nebenverdienst. Off. unt. Sch. an die Annoncen-Exped. Wehrmann & Co., München. *890

Schlosser,

selbständige Monteure für Werkstatt und Montage, **gesucht.** Offerten sub **V. H. 265** an die Exped. d. Bl. 1701

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0008

2. Beilage zum Volksblatt.

Nr. 142 — Halle (Saale), Freitag den 20. Juni 1913 — 24. Jahrg.

Der 10. Genossenschaftstag.

k. r. Dresden, den 17. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Den Bericht des Vorstandes erstattet Barth-München. Er greift zurück auf die Zeit, wo auch die Arbeiterkonsumvereine im Allgemeinen Verband organisiert waren, und schildert, wie nach der Stagnation in den 80er Jahren das Wachsen der modernen Konsumvereine den Neid der anderen Richtung erregte und zu immer stärkeren Differenzen führte. Im September 1902 in Kreuznach wurde dann plötzlich, ohne daß vorher etwas davon verlautete, der Ausschluß einer Reihe Konsumvereine gestellt. Und der Ausschluß wurde fast ohne Debatte von den Kreditvereinen (Schultze-Delitzsch) beschlossen. Es folgten stürmische Tagungen der einzelnen Bezirksverbände, in denen fast überall der korporative Austritt aus dem Krügerschen Verbande beschlossen wurde. War Kreuznach ein Marksteln des Verfalles, so ward 1903 Dresden zu einem Marksteln der jungen aufblühenden Bewegung. Der Zentralverband wurde gegründet. Und dann kam jene prächtige Entwicklung in den letzten zehn Jahren, die gerade in der letzten Zeit zu entscheidenden neuen Bahnen geführt hat. Aber noch immer sind viele Felder zu beackern und zu bestellen, so daß noch lange nicht an einen ruhigen Genuß der Herbstfrucht zu denken ist. (Lebhafter Beifall!)

Ueber die Entwicklung des Zentralverbandes berichtet Kaufmann-Hamburg. Er bespricht den gedruckten Bericht, aus dem wir schon das Wesentliche mitgeteilt haben. Die Konsumgenossenschaften haben auch im letzten Jahre wirksam gegen die Teuerung angekämpft. Das hat natürlich erst recht zu Angriffen, Verleumdungen und gesetzlichen Maßregeln gegen die Konsumvereine geführt. In diesem Kampfe hat namentlich die Genossenschaftsbewegung eine wichtige Rolle gespielt. Die Konsumgenossenschaftliche Rundschau hat jetzt eine Auflage von 12 000 Exemplaren, das Konsumgenossenschaftliche Volksblatt 600 000 Abonnenten. Besondere Anstrengungen erforderte der Kampf gegen die Umsatzsteuer der Konsumvereine. Nicht Steuerdrückebergerei ist es, wenn sich die Bewegung dagegen wendet. Aber die Konsumvereine sollen die Steuern zahlen, die anderen auch auferlegt werden. Es ist Lüge, wenn behauptet wird, die Entwicklung der Konsumvereine beeinträchtige die Steuerkraft des Volkes. Abgesehen von allen anderen Tatsachen, beweist dies schon die gegenwärtige Besteuerung der Konsumvereine, die 0,7 Proz. des gesamten Umsatzes beträgt. Die Händler werden kaum ein Drittel dieser Verhältniszahl tragen. Trotz aller Hemmungsversuche haben sich die Genossenschaften in den letzten zehn Jahren in beschleunigtem Tempo, sowohl was die Mitgliederzahl als was die Umsätze usw. angeht. Mit den Lagerhaltern, Bäckern und Transportarbeitern sind Tarife abgeschlossen worden und das Tarifamt soll künftig seine Tätigkeit auch auf andere Gewerkschaften erstrecken. Auch sonst wird das Zusammenwirken mit den Gewerkschaften immer enger werden. Für die Versorgung der Angestellten im Alter und Krankheiten ist in den einzelnen Genossenschaften neben der staatlichen Versicherung gesorgt worden. Die innere Festigung der Bewegung soll durch die bestehenden Bildungseinrichtungen besorgt werden. Das jüngste Kind der Genossenschafts- und auch der Gewerkschaftsbewegung ist die Volksfürsorge, die allen Volksgenossen zugute kommen soll. Die Großeinkaufsgesellschaft hat in den zehn Jahren ihren Umsatz von 26 Millionen auf 136 gesteigert; das Kapital von 460 000 auf 6 669 000 Mk. Besonders die Eigenproduktion ist stark gefördert worden, die auch in den einzelnen Vereinen stark geworden und bis zum eignen landwirtschaftlichen Betrieb in der Hamburger Produktion gediehen ist. All diese gewaltigen Anforderungen verursachen Schwierigkeiten in Beschaffung und auch der Unterbringung der Geldmittel, die in der Zukunft noch günstiger gelöst werden sollen, als das bisher die Bankabteilung der Großeinkaufsgesellschaft schon tut. Das Sparwesen ist organisatorisch gefördert worden. 1903 betrugen die Spareinlagen und Hauseinlagen 7 Millionen, 1912 58 Millionen Mark, pro Mitglied 13,50 Mk. resp. 39,3 Mk. Das ist vor allem das Mittel gewesen, die Genossenschaften von der Tyrannei der großen Geldmächte freizumachen. Das Sparwesen muß indessen noch rationeller gestaltet werden. Das Beireben muß darauf gerichtet sein, die Betriebseinrichtung der Vereine vollkommen durch das zinsfreie Kapital der Anteile zu decken. Ebenso sollte das im Grundbesitz angelegte Kapital in höherem Maße durch unkündbare, wenn auch besser verzinste Hausanteile, statt durch Spareinlagen gedeckt werden. Das würde die Geldwirtschaft der Genossenschaften festigen, vor allem würde sie günstiger gestaltet werden durch eine Umwandlung der Bankabteilung in eine Bank-Aktiengesellschaft. Erfreulicherweise wird die Konzentration der Genossenschaften, die eine Bedingung guter Eigenproduktion ist, immer feiter. Auch da liegen noch manche Probleme, die schrittweise gelöst werden müssen. Großes ist geleistet worden, größere und schönere Aufgaben liegen noch vor uns. Sie zeugen davon, daß die Genossenschaftsbewegung ein Mittel zum Aufstieg der Menschheit ist. Vorwärts und aufwärts! (Lebhafter Beifall!)

In der Debatte bespricht

Mendel-Hamburg das Problem der engeren Verbindung der Konsumvereine mit der landwirtschaftlichen Produktion und den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Es ist gelungen, die Mittelglieder in der Produktion und dem Vertrieb industrieller Produktion auszuschalten, nicht aber bei den landwirtschaftlichen Produkten. Groß sind die Schwierigkeiten. Das Wort vom antikollektivistischen Bauernschädel hat noch seine Bedeutung, politische Gegensätze erschweren das Zusammenwirken mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Aber das darf nicht davor zurückschrecken, die unterbrochene Verbindung zwischen Land und Stadt wieder herzustellen. Vielleicht wird das auch zu einem Ausgleich der politischen Gegensätze führen. (Beifall.)

Kaufmann-Hamburg: 1904 ist eine Aussprache mit dem Reichsverbande landwirtschaftlicher Genossenschaften herbeigeführt worden. Die Verbindung ist aber wieder durch scharfmacherische Treibereien in jenem Verbande zerbrochen worden. Es wird aber versucht werden, neue Wege zur Lösung der Frage zu suchen.

Ueber das Musterstatut für Bezirkskonsumvereine referierte darauf

Schmidtchen-Düsseldorf. Das Statut soll den neuen Anforderungen der Konzentrationsbewegung im Konsumwesen genügen. Der Gesetzgebung soll ein Wegweiser gegeben werden, um für die großen Vereine die Delegiertenversammlung möglich zu machen, die zugleich ein Arbeitsinstrument werden möchte. Die Frage ist indessen noch nicht recht geklärt. Der Referent stellt deshalb den Antrag, die Schaffung eines Musterstatuts dem Generalrat zu übertragen.

Steinschneider-Berlin wies darauf hin, daß die Schwierigkeit der Sache vor allem in den Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes zu suchen ist. Er bespricht im einzelnen die Möglichkeiten einer Lösung der Frage, was natürlich mehr internen Interesses ist.

Der Antrag des Referenten wird zum Beschluß erhoben.

Ueber die Volksfürsorge berichtet von Elm-Hamburg. Die Vorarbeit für das Unternehmen ist außerordentlich zeitraubend gewesen. Das erfordert allein schon die schwierige Materie. Es kamen Bedenken hinzu, die die eigenartige Organisation bei der Aufsichtsbehörde fand, die zwar nicht als stichhaltig anerkannt werden konnte, denen aber durch eine Aenderung der Organisation entsprochen wurde. Durch diese äußere Form wird die demokratische Parität zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften nicht beeinträchtigt werden. Auch im Tarif wurden dem Aufsichtsamt Konzessionen gemacht. Manche Bedenken des Aufsichtsamtes mußten durchaus anerkannt werden, namentlich war es richtig, daß die Volksfürsorge in gewisser Hinsicht nicht mit den geschäftlich günstigeren Voraussetzungen rechnen kann, wie die Privatgesellschaften, die die stärker gefährdeten, aber deshalb um so hilfsbedürftigeren Berufe ausschalten oder schlechter zu stellen, was natürlich bei der Volksfürsorge ausgeschlossen ist. Auch sonst war die Arbeit in mancher Beziehung erschwert, da man sich den Geschäftspraktiken und besonders der Geheimnistuerei der Privatgesellschaften nicht anschließen kann. Wahrheit und Klarheit war das Prinzip, nach dem die Volksfürsorge arbeiten will. Was dadurch an größerer Vorarbeit nötig war, wird sich später sehr nutzbar machen. Dem Aufsichtsamt ist die Volksfürsorge Dank schuldig für die prompte Erledigung und das Entgegenkommen. Auch die Frage ist in den Verhandlungen erörtert worden, ob die sozialdemokratische Partei an dem Unternehmen irgendwie beteiligt sei. Hätten die Gegner auch nur den Schatten eines Beweises erbracht, wäre es nicht genehmigt worden. Verbreiten sie weiter das Märchen von der sozialdemokratischen Volksfürsorge, so verleumden sie nicht nur, sondern sie beleidigen auch das Aufsichtsamt. (Sehr richtig!) Wir wissen, daß die Gegner lügen, und sie wissen es auch. Aber schließlich wird die Wahrheit über die Verleumdung siegen. (Lebhafte Zustimmung.) Die Vorarbeit ist nun soweit gediehen, die Formalitäten sind soweit erfüllt, daß die Versicherung nun wirklich in Kraft treten kann.

Die Volksfürsorge will die Versicherten nicht für das ganze Leben binden, sondern kurzfristige Versicherungen ermöglichen. Die Prämien sind niedriger, die Versicherungssätze höher als in den bestehenden Gesellschaften. Es besteht die Kapitalversicherung mit festen Sätzen und die Sparversicherung, deren Sätze ganz von dem Belieben der Versicherten und ihrer augenblicklichen Leistungsfähigkeit abhängt. Die Mängel der bisherigen Sparversicherung sind durch eine Rückversicherung gehoben worden. Unsere Gegner meinen, daß wir nichts leisten werden, weil wir angeblich von den Versicherungsdingen nichts verstehen. Wenn es auch nicht leicht ist, sich mit den Dingen vertraut zu machen, aber der feste Wille wird die Schwierigkeiten überwinden. Jene Prophezeiungen werden zu Boden fallen, wie die gegen die Konsumvereine zu Boden gefallen sind. (Sehr richtig!) Die Volksfürsorge will das Verfallen der ungeheuren Zahl von Versicherungen unmöglich machen, das die Versicherten um große Summen bringt und die Versicherungsunternehmer bereichert. Der Verfall von Versicherungen ist bei der Volksfürsorge nur in wenigen Ausnahmefällen möglich. Die Gegner behaupten wohl, daß die Volksfürsorge die Versicherten für Lebenszeit an sich und damit an die Sozialdemokratie (Heiterkeit) fesseln will. Sie werfen uns vor, was auf sie zutrifft, aber nicht auf uns. Nirgends haben die Versicherten die Möglichkeit, so leicht und so günstig den Vertrag zu lösen als bei der Volksfürsorge. Wir wollen nicht durch Zwang herrschen, sondern durch ihre Leistungen überzeugen. (Beifall.)

Natürlich arbeiten die Versicherungsanstalten mit allen Mitteln gegen die Volksfürsorge, und sie scheuen nicht vor wissentlich falschen Vergleichen zurück. Der Tanz wird erst richtig mit der Entstehung der öffentlich-rechtlichen Versicherung beginnen, die sich ihren Organisationsfonds von den preußischen Steuerzahlern zahlen lassen. Sie prahlen schon jetzt mit ihren höheren Prämien und ihrer höheren Gewinnbeteiligung. Aber das tat auch die Versicherungsbank in Düsseldorf, die mit allen Mitteln auch mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie für sich und gegen die Volksfürsorge agitierte. Und die Versicherungsbank ist schon am Ende ihres Lateins. (Große Heiterkeit.) Und alle Fachmänner sind der Ueberzeugung, daß die öffentlich-rechtlichen Versicherungen dasselbe Ende finden werden, wenn sie ihre Versprechungen wirklich durch ihre Versprechungen halten wollen. Wir verschmähen die unehrliche, gewissenlose Methode, mit Wahrscheinlichkeitsversprechungen zu arbeiten (Sehr gut!) Das Aufkommen der Volksfürsorge hat jetzt schon die Provisionen der Agenten in den Privatversicherungsgesellschaften gesteigert. Die Verwaltungskosten sind dort ungeheuer höher als bei uns. Alle Ersparnisse kommen den Versicherten zugute, weil die Volksfürsorge die Versicherungen zum Selbstkostenpreis liefert. Sie ist ein gemeinnütziges Unternehmen, die alle Vorteile den Versicherten übergibt. Die Gewerkschaften und Genossenschaften werden durchaus keinen Anteil an dem Gewinn haben, wie sich der Kreis der Versicherten durchaus nicht auf die Organisierten beschränkt. Aber gewiß werden die beiden gründenden Organisationen moralische Eroberungen im Volke machen. Es handelt sich jetzt bei der Volksfürsorge nur um eine Grundlage. Mögen alle Genossenschaftler die Begeisterung für die Volksfürsorge benutzen, damit auf dieser Grundlage ein prächtiger Bau errichtet werden kann. (Stürmischer Beifall.)

Damit ist die Tagesordnung des zweiten Verhandlungstages erledigt.

Verbandstag der Metallarbeiter.

k. Breslau, 17. Juni 1913.

Zweiter Verhandlungstag.

Der zweite Sitzungstag begann mit der Beratung des 2. Punktes der Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und Ausschusses und Beratung etwaiger Anträge zu diesem Punkte und dem Verbandsorgan.

Der Verbandsvorsitzende Schlicke-Stuttgart führte dazu aus: Schon gestern sagte ich, daß der Gedanke des Industrieverbandes marschiere. Grenzreitigkeiten haben wir leider nicht nur mit anderen Verbänden, sondern auch in den eigenen Reihen. Die Richtung des Vorstandes ist: Es kommt nicht darauf an, in einem gewissen Betriebe alle vereinigt zu haben, die Schlosser oder Dreher genannt werden, es kommt darauf an, daß alle in einem Betriebe Beschäftigten einheitlich organisiert sind. Wir müssen zur Betriebs- und Industrieorganisation kommen. Die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses trägt der Entwicklung der Metallindustrie nicht Rechnung. Neben der Forderung des Industrieverbandes gehört die der Betriebsorganisation. Gegenüber den laufenden Streitigkeiten steht der Vorstand auf dem Standpunkt, wenn Vernunftgründe nicht überzeugen, dann müssen wir genau so handeln, wie die, die sich nicht überzeugen lassen wollen. Aber die Tatsachen sprechen so klar, daß eine baldige Verständigung möglich sein muß.

Vorstand und Mitglieder sind bei einer so großen Organisation, wie wir sie darstellen, selbstverständlich nicht immer einig. Das trifft im besonderen auf den Zeitpunkt zu, mit dem ein Kampf zu beginnen hat. Den Zeitpunkt eines Kampfes müssen immer wir Arbeiter bestimmen. Bedenklich ist, daß an verschiedenen Orten die Leitungen Forderungen aufgestellt haben, die den Arbeitsnachweis der Unternehmer betreffen. Wir lehnen den Unternehmerarbeitsnachweis strikte ab, wir dürfen dann nicht Forderungen, die ihn angehen, aufstellen. Der Unternehmerarbeitsnachweis muß mit anderen Mitteln bekämpft werden. Er muß dann aber zur grundsätzlichen Position werden. Nebenfragen, die geeignet sind, unsere Kraft im Kampfe zu zersplittern, haben wir viele; z. B. die Verkürzung der Arbeitszeit. Mit der durchgehenden Arbeitszeit sind wir noch nicht zur Klarheit gekommen. Die Mehrheit des Vorstandes ist der Meinung, daß sie nur eingeführt werden kann, wenn der Achtstundentag für die Metallarbeiter durchgesetzt ist. Selbstverständlich nehmen wir auch die geringste Arbeitszeitverkürzung dann, wenn wir in anderer Form nichts erhalten würden. Die Unternehmer machen mit den bezahlten Ueberstunden das beste Geschäft. Der Vorstand ist der Meinung, daß die Solidarität bei großen Kämpfen so aufgefaßt wird, daß durch Umlageverfahren die Kosten aufgebracht werden. Das wirkt ganz anders als der Klingelbeutel. (Sehr richtig!)

Zur Gewerkschaftsschule und zur Parteischule liegen auch Anträge vor. Die Tätigkeit der Parteischule sehe ich sehr skeptisch an. Schwerverständliche Wissensgebiete werden dort gelehrt, der Besuch der Parteischule selbst erweckt bei unseren jungen Leuten Hoffnungen, die nicht erfüllt werden können. Nun komme ich zum Verbandsorgan. Unser Redakteur Scherm ist bis jetzt immer gelobt worden. Wenn die Redaktion, die in letzter Zeit so grob angegriffen worden ist, fest um sich gehaut hat, so war das nicht nur ihr gutes Recht, sondern auch ihre Pflicht. Der Vorstand kann dies nur billigen. Die Fülle der allgemeinen Anträge zwingt den Vorstand, zu sagen, daß neben vielen selbstverständlichen, auch manches Unausführbare verlangt wird. Man hat uns den Vorwurf gemacht, daß wir den Gehaltsverhältnissen unserer Beamten zwiel Aufmerksamkeit zuwenden. Der Vorstand als Beauftragter der Organisation und Arbeitgeber hat die Pflicht, seine Angestellten anständig zu bezahlen. Der Metallarbeiter, der gegen diesen Standpunkt ist, darf auch nicht sagen, daß die Unternehmer den Arbeiter nicht zu seinem Rechte kommen lassen.

Seemann-Königsberg erstattet, ehe in die Diskussion über den Vorstandsbericht eingetreten wird, den endgültigen Bericht der Mandatsprüfungskommission. Er beginnt mit den Leipziger Vorkommnissen. Das Leipziger Zentralwahlkomitee hat beim Vorstand die Ungültigkeitserklärung der Leipziger Mandate verlangt, weil die Leipziger Volkszeitung durch ihre Stellungnahme in einem Versammlungsbericht dafür gesorgt habe, daß nur Delegierte nach Breslau gekommen sind, die für den Leipziger Antrag, die Parteischule betreffend, eintreten. Der Vorstand hat nur die Wahl zweier Bezirke für ungültig erklärt, die Mandatsprüfungskommission beantragt bei der Generalversammlung sämtliche acht Leipziger Delegierte als nicht gewählt zu bezeichnen und dafür die nach Breslau zu berufen, die nicht gewählt wurden, oder Leipzig auf der Generalversammlung überhaupt unvertreten sein zu lassen. (Große Unruhe.)

Ernst Schäfer-Leipzig fragt als erster Diskussionsredner zu diesem Punkte: Darum verteidigt nicht der Vorstand seinen Beschluß, der durch die Mandatsprüfungskommission als falsch bezeichnet wird? Der Versammlungsbericht der Leipziger Volkszeitung war durchaus objektiv abgefaßt. Wir bedauern allerdings auch, daß die angegebene Stelle in Fettdruck so auffällig erschienen ist. Ich erwarte von dem Gerechtigkeitsgefühl der Generalversammlung, daß sie im Interesse des Verbandes entscheidet, wenn sie dulden, dann lassen sie die Leipziger unvertreten, aber kommen sie dann auch nach Leipzig und verteidigen sie dort ihren Beschluß.

Nach ihm sprechen noch eine ganze Reihe Redner, im besonderen auch Leipziger Delegierte. Nachdem ein Schlußantrag abgelehnt ist, geht die Debatte, die Leipziger Vorkommnisse bis ins einzelne behandelnd, weiter.

Die Mandatsprüfungskommission zieht ihren Eventualvorschlag, den sie am Morgen mitgemacht, für den Fall der Kassierung der acht Leipziger Mandate, die nicht gewählten acht Kandidaten zur Generalversammlung nach Breslau berufen zu lassen, zurück.

Nach längerer Diskussion wird über den um verbliebenen Vorschlag der Mandatsprüfungskommission, die Leipziger Delegiertenmandate zu kassieren, namentlich abgestimmt. Die Leipziger Mandate werden mit 212 gegen 50 Stimmen für ungültig erklärt. Leipzig bleibt auf dem Verbandstage ohne Vertretung.

Es werden nun noch eine Reihe andere Proteste abgelehnt. So die aus Chemnitz, Düsseldorf, München und Braunschweig.

Die Diskussion über den Vorstandsbericht, für den eine große Anzahl von Anträgen mit zur Besprechung vorliegt, wird dann abgebrochen, die Sitzung wird auf Mittwoch vertagt.

Gewerkschaftliches.

Die Schweigepflicht der Gewerbegerichts-Beisitzer.

Mit dem seltenen oder vielleicht noch nicht dagewesenen Fall, daß ein Landgericht sich mit der Amtsentsetzung eines Gewerbegerichtsbeisitzers zu befassen hatte, mußte sich am Dienstag die dritte Strafkammer des Landgerichts Leipzig beschäftigen. Das Verfahren richtete sich gegen den Schneider Richard Krütze in Wurzen, der sich einer groben Pflichtverletzung dadurch schuldig gemacht haben sollte, daß er entgegen der gesetzlichen Vorschrift über seine Abstimmung bei einer Urteilsfällung Mitteilung machte.

Wie die Verhandlung lehrte, war die Anzeige ein Vergeltungsakt des Stadtrats von Wurzen, der es sich hat gefallen lassen müssen, daß der Spruch des Gewerbegerichts durch das Landgericht umgestoßen wurde.

Im vorigen Jahre hatten die Arbeiter der Maschinenfabrik G. A. Schütz gestreikt. Den Arbeitern wurden Zeugnisse ausgestellt, in denen bemerkt war, daß sie mit dem größeren Teil der Arbeiter gestreikt haben. Dieser Satz war von einem Dreher beanstandet worden, ebenso das Zeichen: M. g., das von den Arbeitern als „Mit gestreikt" gedeutet wurde. Das Zeichen erklärte die Firma als harmlos, es sei das Signum des Angestellten, der die Zeugnisse ausgestellt habe. Das Gewerbegericht Wurzen wies die Klage des Drehers ab mit der Begründung, der Zusatz wegen des Streiks sei nicht zu beanstanden, weil das Zeugnis auch auf die Führung ausgedehnt worden sei.

Mit dieser wunderbaren Definition war der Arbeitnehmerbeisitzer Kr. nicht einverstanden. Er teilte deshalb einem Streikenden, der als Zuhörer erschienen war, mit, daß er natürlich nicht für Abweisung der Klage gestimmt habe. Am Jahresschluß hat er auch dem Obmann der Beisitzer in seinem Bericht davon Mitteilung gemacht. Nun war aber über jene Gewerbegerichtssitzung auch ein Bericht in der Volkszeitung für das Muldenthal erschienen, in dem ebenfalls über die Ab-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0009

Stimmung K.s Aufklärung gegeben wurde. Diesen Bericht stellte K. abgefaßt oder veranlaßt haben. Auf Anfrage des Stadtrats hatte darauf die Kreishauptmannschaft beim Landgericht Leipzig die Amtsenthebung K.s wegen grober Pflichtverletzung beantragt.

K. bestritt, den Bericht veranlaßt oder geschrieben zu haben. Daß er dem Streikenden Mitteilung gemacht habe, gab er zu, er habe sich damit rechtfertigen wollen. Er glaube nicht, daß er sich damit einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht habe, denn er vertrat doch die Interessen der Arbeiter. Uebrigens sei er nie über die Schweigepflicht belehrt worden. In dem Ortsgesetz für das Gewerbegericht in Wurzen sei auch keine Erläuterung angesehen werde. K. gab auch zu, dem Obmann Bericht gegeben zu haben, dies geschehe zu statistischen Zwecken alljährl'h.

Wie schon bemerkt, hat das Landgericht Leipzig die wunderbare Rechtsauffassung des Stadtrats Troitzsch in Wurzen korrigiert mit der Begründung, die Beteiligung an einem Streik sei nicht tadelnswert, sie sei also objektiv vom moralischen Standpunkte aus nicht zu verwerfen, zumal weder Kontrakt- noch Treubruch vorlag. Das Zeugnis sei daher unrichtig, und die Firma sei zu verurteilen, ein Zeugnis ohne Zusatz auszustellen.

Der Staatsanwalt beantragte die Amtsentsetzung K.s und behauptete, K. habe gewußt, daß die Vorschrift der Schweigepflicht der Schöffen und Geschworenen auch entsprechende Anwendung auf Gewerbegerichtsbeisitzer findet. K. habe sich sagen müssen, daß der Vorgang in die Presse kommen werde und daß dadurch die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern verschärft würden.

Rechtsanwalt Dr. Marschner hingegen führte aus, daß ein einfacher Mann wie K. unter Pflichtverletzung etwa die Beugung des Rechts verstehe. Der Schöffenrichter müsse sehr häufig die Schöffen belehren. Auch der Schwurgerichtsvorsitzende müsse dies nach dem Gesetz tun, obwohl die Geschworenen sich meist aus Leuten höherer Kreise rekrutieren. Darum sei es wünschenswert, daß auch die Gewerberichter ihre Beisitzer belehrten. K. habe spontan und in der Erregung geglaubt, sich dem Streikenden gegenüber rechtfertigen zu sollen.

Das Landgericht lehnte den Antrag der Kreishauptmannschaft ab, die Kosten wurden auf die Staatskasse übernommen. Es vertrat die Auffassung, K. habe sich spontan gegenüber seinen Standesgenossen und dem Obmann geäußert. Mit dieser Mitteilung über seine Abstimmung habe K. objektiv eine Pflichtverletzung begangen, aber er habe versichert, er habe es nur getan, um sich zu rechtfertigen. Der Gerichtshof war sich im Zweifel, ob sich K. der Pflichtverletzung bewußt war. Der Gerichtshof war aber auch für den Fall, daß K. sich der Pflichtverletzung bewußt war, voll überzeugt, daß die Frage nach der Gröblichkeit der Pflichtverletzung zu verneinen war, denn Personen wie K. sind nicht so diszipliniert wie Berufsrichter, die wissen, daß sie im Falle einer Uebersimmung das Urteil mit zu vertreten haben.

Der Textilarbeiterstreik in Barmen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband hat den Kgl. Gewerberat Beierling um seine Vermittlung zur Beilegung des Färberausstandes ersucht. Beierling hat sich hierzu bereit erklärt. Der Unternehmerverband hat diese Vermittlung jedoch abgelehnt mit der Begründung, daß ein großer Teil der früheren Arbeiter die Arbeit in den bestreikten Färbereien wieder aufgenommen und den von den Unternehmern vorgeschlagenen Tarif anerkannt haben. Die Unternehmer seien in ihren Zugeständnissen bis an die Grenze des Möglichen gegangen und könnten keine weiteren Zugeständnisse mehr machen. Es dürfte dennoch zur Beilegung der Differenzen kommen. Die Arbeiter wollten bei den ungenügenden Zugeständnissen der Unternehmer keinen Tarif abschließen. Die Unternehmer verzichten jetzt auf den Abschluß des Tarifvertrages. Bisher bestand ein Vertrag.

Kleine gewerkschaftliche Meldungen.

Aussperrungsandrohung in der Textilindustrie in Bocholt. In der Textilindustrie des katholischen Städtchens Bocholt an der holländischen Grenze drohen die Fabrikanten mit der Aussperrung der Arbeiter, wenn bis nach Ablauf der Kündigungsfrist, am 21. und 28. Juni, eine Einigung, wie die Fabrikanten sie wünschen, nicht erzielt wird. Es kommen 5800 Arbeiter in Frage. — Diese Aussperrungsandrohung ist die „Antwort" der Unternehmer auf die von den christlichen Arbeitern eingereichten Forderungen.

Streik der Leitergerüstbauer in Düsseldorf. In Düsseldorf stehen die Leitergerüstbauer bei sämtlichen Firmen im Streik. Sie fordern: Regelung der Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne. Die Unternehmer haben jede Verhandlung mit der Organisation abgelehnt. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Leitergerüstbauern nach Düsseldorf fernzuhalten.

Soziales.

Alkohol und Totgeburten.

Als Separatabdruck einer in der Wochenschrift Das österreichische Sanitätswesen erschienenen Abhandlung von Regierungsrat Dr. Joseph Schweighofer ist kürzlich eine kleine Broschüre unter dem Titel Alkohol und Nachkommenschaft erschienen, die an der Hand der Salzburger Verhältnisse die Einwirkung des regelmäßigen Alkoholgenusses insbesondere auf die Entstehung von Totgeburten behandelt. Das Salzburger Gebiet zeichnet sich besonders durch einen hohen Bierkonsum aus. Dieser betrug im Jahre 1880 153 Liter pro Kopf der Bevölkerung, stieg bis 1907 auf 242 Liter, um dann 1910 auf 194 Liter zu sinken. Allerdings ist bei diesen Zahlen der starke Fremdenverkehr Salzburgs mit in Betracht zu ziehen. Dazu kommt noch ein Weinverbrauch von 20 000 Hektoliter und ein Schnapskonsum, auf den sich aus dem Vorbandensein von 3500 bis 3700 Brennereien schließen läßt. Schweighofer hat nun an der Hand der Geburtentabellen der Salzburger Bevölkerung aus den Jahren 1906 bis 1909 festgestellt, daß in diesem Lande Totgeburten weit häufiger sind, als bei der sonstigen Bevölkerung. So waren von sämtlichen Geburten Totgeburten: in Pongau 11,6 Prozent, in Bagraim 17,3 Prozent, St. Johann 17,5 Prozent, Embach 17,1 Prozent, Bischofen 17,2 Prozent. In Salzburg-Stadt selbst betrug die Totenrate „nur" 11,8 Prozent.

Bei den Unehelichen ist die Totgeburtenrate naturgemäß noch höher. So hatte sie bei den unehelichen Müttern aus dem Kaufmannsstande die erschreckende Höhe von 46 Prozent, bei den Müttern aus dem Schankgewerbe 30 Prozent, bei den Beamtinnen 15 Prozent. Es kommt hier noch die Abneigung jener Bevölkerung gegen uneheliche Geburten hinzu. Im übrigen aber glaubt Schweighofer die hohe Prozentziffer der Totgeborenen im Salzburger Land auf den starken und regelmäßigen Alkoholgenuß der Bevölkerung zurückführen zu sollen. Er vertritt dabei die Ansicht, daß ein dauernder Alkoholgenuß weit schädlicher auf die Frucht wirkt als ein gelegentlicher Exzeß.

Gelesene Nummern des Volksblattes werden nicht weggeworfen, sondern an Nachbarn, Freunde und Bekannte behufs Gewinnung neuer Abonnenten weitergegeben.

Aus der Provinz.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld.

Jahresbericht.

Auf Grund des Chemnitzer Parteitags-Beschlusses, wonach das Geschäftsjahr der Partei mit dem 31. März schließen soll, kann sich der vorliegende Bericht nur auf den Zeitraum von dreiviertel Jahren erstrecken.

Im Gegensatz zum Vorjahre, wo die Reichstagswahlen und auch der größte Teil der Gemeindevertreterwahlen stattfanden, und wir von ganz besonders ausgedehnten Agitationsarbeiten berichten konnten, ist die letzte Berichtsperiode sehr ruhig verlaufen.

Die unerfreuliche Tatsache, daß eine große Zahl von Parteigenossen glauben, mit der Reichstagswahl-Agitation auf längere Zeit hinaus ihre Schuldigkeit getan zu haben, hat bewirkt, daß, wie schon öfter nach Reichstagswahlen, ein Stagnieren der Mitgliedergahl zu verzeichnen ist. Sie beträgt 3082. Während sieben Ortsvereine einen Mitgliederzuwachs von zusammen 91 zeigen, muß bei acht Ortsvereinen eine Abnahme konstatiert werden. Am bedenklichsten ist der Mitgliederrückgang in Bitterfeld. Es muß jedoch bei allen Ortsvereinen, die am Rückgange beteiligt sind, die Frage aufgeworfen werden, ob die örtlichen Verwaltungen alles getan haben, um die Verluste durch energische Agitation wieder auszugleichen. Hierzu wird uns der Kreistag Gelegenheit geben und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um im kommenden Jahre nicht nur die Scharte auszuwetzen, sondern künftig einen viel **größeren Prozentsatz der sozialdemokratischen Reichstagswähler** als ständige Parteimitglieder zu gewinnen.

Immer wieder muß ferner betont werden, daß die **Agitation unter den Frauen** noch alles zu wünschen übrig läßt. Bei dem geringen Beitrag von 5 Pf. pro Woche, wofür den weiblichen Mitgliedern noch die ausgezeichnete Zeitschrift Die Gleichheit gratis geliefert wird, dürfte es jeder Arbeiterin möglich sein, Parteimitglied zu werden. Auch hier muß eine intensivere Tätigkeit der Ortsvereine einsetzen.

Die Zahl der Leser der Parteipresse ist mit rund 4000 leider auch nur die gleiche geblieben wie im Vorjahre. Neben rund 3100 Abonnenten des Halleschen Volksblattes werden noch 900 verschiedene andere Blätter — Leipziger Volkszeitung, Vorwärts u. a. — gelesen. Nicht einbegriffen sind in obigen Zahlen die Abonnenten der Gleichheit, Neuen Zeit, Neuen Welt, des Wahren Jakob usw. Ferner haben wir im Wahlkreise 660 Abonnenten der Arbeiterjugend.

Die Agitation blieb im Berichtsjahre im allgemeinen auf Protestversammlungen gegen die Teuerung und die neue Militärvorlage beschränkt. Im März setzte dann, wenn auch nicht besonders lebhaft, die Agitation für die Landtagswahl ein. Flugblätter und Stadt- und Landboten wurden im Wahlkreise fünf verbreitet und zwar in 120 000 Stück. Der Volkskalender fand mit seinen 19 000 Exemplaren im Herbst 1912 wieder überall die beste Aufnahme, hauptsächlich die Landbewohner haben sich so an ihn gewöhnt, daß sein Erscheinen immer freudigst begrüßt wird.

Allgemeine Stadtverordneten- und Gemeinderatswahlen fanden nicht statt. In Bitterfeld mußte infolge Verzugs des Genossen Bock eine Ersatzwahl vorgenommen werden, bei welcher unsere Genossen das Mandat behaupteten. Unser Wahlkreis zählt zurzeit in drei Städten 14 und in 17 Landorten 47 sozialdemokratische Gemeindevertreter. Um einem mehrfach geäußerten Wunsche zu entsprechen, sollen in Kürze wieder Gemeindevertreter-Konferenzen stattfinden.

In bezug auf Bildungsbestrebungen kann für alle hierbei in Frage kommenden Orte ein weiteres Vorwärtsschreiten konstatiert werden. In Eilenburg veranstalten Partei- und Gewerkschaften gemeinschaftlich Kurse über die Reichsversicherungsordnung und das Erfurter Programm.

Die Lokalverhältnisse sind im Berichtsjahre dieselben geblieben. In 18 Parteiorten stehen uns insgesamt 19 Versammlungslokale zur Verfügung, darunter 11 Säle.

Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten ist wieder um rund 700 gestiegen und beträgt momentan zirka 8000. Kleinere gewerkschaftliche Kämpfe fanden in mehreren Orten statt. Sie werden zum weitaus größten Teile zugunsten der Arbeiter beendigt.

Die Kassenverhältnisse zeigt der folgende

Kassenabschluß:

Einnahme:

An Sparkassenguthaben	403,22	Mk.
„ Kassenbestand	748,16	„
„ Eintrittsgeld	57,40	„
„ Beiträge	5863,80	„
„ Sonstige Einnahme	1010,59	„
„ Zinsen	17,46	„
	8100,63	Mk.

Ausgabe:

Per Hauptvorstand	2823,39	Mk.
„ Bezirkskommission	501,30	„
„ Prozeßkosten	550,78	„
„ Agitation	1469,76	„
„ Drucksachen	121,70	„
„ Annoncen	25,20	„
„ Diäten	221,40	„
„ Abonnement	343,50	„
„ Verwaltungsmaterial	36,70	„
„ Porto	38,83	„
„ Sonstige Ausgaben	107,14	„
„ Sparkassenguthaben	1670,68	„
„ Kassenbestand	390,25	„
	8100,63	Mk.

Bilanz:

Einnahme	8100,63	Mk.
Ausgabe	6039,70	„
Vermögensbestand:	**2060,93**	**Mk.**

Friedrich Klingner, Kassierer.

Geprüft und für richtig befunden

Oswald Heynemann, Bernhard Schimanski, Revisoren.

Parteigenossen! Der vorliegende Bericht wird gelegentlich des Kreistages noch ergänzt werden. Das eine steht aber fest, daß der augenblickliche Stand unserer Kreisorganisation uns keineswegs befriedigen kann. Große Aufgaben stehen uns noch bevor, sie zu lösen bedarf es der Mitarbeit jedes einzelnen und einer machtvollen Organisation. Rütten wir die Zeit; lassen wir uns durch ängstliches Abwägen der persönlichen Opfer nicht wankend machen. **Vorwärts zu unermüdlichem Kampfe!**

Der Vorstand. J. A.: R. Burckhardt.

Die Entwicklung des Großgrundbesitzes in der Provinz Sachsen.

In einer Schrift: Der Großgrundbesitz in der Provinz Sachsen, die als 67. Band der Sammlung nationalökonomischer und statistischer Abhandlungen des staatswissenschaftlichen Seminars zu Halle erschienen ist, untersucht Dr. E. Müller die Entwicklung und den Stand des Großgrundbesitzes in der Provinz Sachsen für 1906. Da für die gleiche Provinz eine Untersuchung Conrads für 1885 vorliegt, so ist es möglich, die Frage zu beantworten, ob der Großgrundbesitz an Ausdehnung zu- oder abnimmt. Seit 1885 hat sich die von ihm eingenommene Fläche um 66 000 Hektar vermehrt. Auf die einzelnen Besitzgruppen verteilt, ergibt sich folgendes:

Es entfiel an Gesamtfläche (in 1000 Hektar):

	1885	1906	+ Zu- oder — Abnahme
auf den Adel	298,99	305,1	+ 6,2
„ bürgerliche Besitzer	178,7	233,4	+ 54,6
„ Städte, Gemeinden	6,7	5,8	— 0,9
„ Kirchen, Schulen	9,8	19,3	+ 9,5
„ Aktiengesellschaften	23,97	20,37	— 3,6

Der Großgrundbesitz der bürgerlichen Besitzer hat also weit bedeutender zugenommen, als der des Adels. Aber auch der Adel wird nicht wie in anderen Ländern, so zum Beispiel in Rußland, aus seinem Besitze verdrängt, sondern vermochte es, seinen Besitz noch um 6000 Hektar zu vergrößern.

Der adelige Besitz, in den Größenklassen von über 500 Hektar, ist zu 42 Prozent fideikommissarisch gebunden, d. h. kann nicht weiter veräußert werden. Die Fideikommißfläche beträgt 108 000 Hektar. Hierbei sind aber noch die Familienstiftungen, Stammgüter und fideikommissarische Substitutionen nicht mitgerechnet. Zusammen mit diesen stellt sich in der ganzen Provinz Sachsen die Fideikommißfläche auf 160 000 Hektar.

Im Besitz der „toten Hand" befinden sich ebenfalls 162 552 Hektar; der Krone gehören dabei 5922 Hektar, dem Staat an Forsten 186 842 und an Domänen 47 949 Hektar, so daß insgesamt 21,5 Prozent der gesamten Fläche unveräußerlich sind. Man sieht daraus, wie stark die feudalen Verhältnisse noch auf dem platten Lande sind und wie bedeutend die Macht des Adels ist.

Agrarier und „Bruder Arbeiter".

Vor einiger Zeit berichtete ein bürgerliches thüringisches Blatt, daß die Agrarier die Landarbeiter mehr an sich zu fesseln beabsichtigen. Der Zweck dieses Manövers soll sein, die Landarbeiter von dem Erkennen ihrer Klassenlage abzubringen, damit sie auch ferner den agrarischen Interessen dienstbar bleiben. Das Blatt schrieb:

Wie jetzt bekannt wird, haben in der letzten Zeit verschiedene Landwirtschaften Maßnahmen getroffen, um die Landarbeiter zur Mitarbeit in den ländlichen Organisationen heranzuziehen. Es wurden zu diesem Zwecke die landwirtschaftlichen Kreiskommissionen, Kreis- und Lokalvereine, Genossenschaften, vaterländische Vereine und andere Organisationen aufgefordert, befähigte und geeignete Arbeiter als mittätige Mitglieder in die Vereine aufzunehmen und in geeigneten Fällen besondere Fachabteilungen für Schweine-, Ziegen- und Kleintierzucht, Imkerei, Obstbau, berufliche Fortbildung, Pflege der Geselligkeit der Arbeiter und Kleinbesitzer usw. zu bilden. Ferner wurden die Spar- und Darlehnskassen und andere Genossenschaften gebeten, auch Arbeitern die Vorteile ihrer Einrichtungen zugute kommen zu lassen oder die Einrichtungen noch mehr als bisher den Bedürfnissen des ländlichen Arbeiterstandes anzupassen, z. B. den Ausbau des gemeinsamen Bezuges von Hausbedürfnissen oder die Vermittlung von Versicherungen, die Kreditgewährung zum Landankauf und zur Selbständigkeit usw. in Angriff nehmen. Diese Anregung erstreckt sich auch auf die beruflich neutralen Vereine, die Kriegervereine und ihren Unterstützungskassen, die Wehr- und Flottenvereine, die ländlichen Wohlfahrtsvereine, die vaterländischen oder konfessionellen Vereinigungen, die Hausfrauen- und hauswirtschaftlichen Vereine usw.

Die Agrarier bekommen es mit der Angst zu tun, daß es ihnen ebenso ergehen könnte, wie vor 50 Jahren dem Liberalismus, der es nicht verstanden hat, die gewerblichen und industriellen Arbeiter an sich zu fesseln. Die Herren um Heydebrand und Konsorten kommen aber reichlich spät mit ihrer Anregung und begehen dabei denselben Fehler, wie die Liberalen — sie reden dem Arbeiter nichts vom freien und gleichen, geheimen Wahlrecht. Mit Zuckerbrot möchten sie den „Bruder Arbeiter" heute wieder zurückgewinnen, nachdem sie erkennen mußten, daß er ihrer „väterlichen Fürsorge" allmählich entschlüpft ist und sich bei der Sozialdemokratie heimisch gemacht hat. — Die Leute „ohne Ar und Halm" haben die Gelegenheit auch verpaßt und werden resignieren müssen — ihre Bestrebungen kommen zu spät. Der Landarbeiter ist nicht mehr das politische Kind von früher und das haben mit ihrem Getue die Junker und Agrarier bewirkt. Jetzt glaubt ihnen der Landarbeiter nicht mehr und kann es auch nicht, solange diese Leute die Staatsgeschäfte nur betreiben, um den Besitzenden immer neue Vorteile zu verschaffen, die Arbeiter und Besitzlosen aber nur als Objekt ihrer Geschäftspolitik behandeln und verhandeln — Die Sozialdemokratie ist die Vertreterin der Landarbeiter, daran werden alle neuen Bestrebungen und kleinen Mittelchen zur Wiedergewinnung der früheren Macht nichts mehr ändern.

Lützen. Gewerkschaftsfest. Sonntag, den 22. Juni, findet das Gewerkschaftsfest statt. Dadurch hat die Arbeiterschaft von Lützen und Umgegend das erstemal Gelegenheit, einen Umzug durch die Stadt zu machen. Es liegt nun an den Arbeitern von Lützen und Umgegend, den Gegnern zu zeigen, wie Arbeiterfeste gefeiert werden. Jeder Arbeiter muß an dem Umzuge und dem Feste teilnehmen. Darum auf ihr Arbeiter, tretet ein für das Fest der Arbeit, auf nach Lützen, zum Gewerkschaftsfest. Alles nähere ist im Inseratenteile bekanntgegeben.

Gräfenhainichen. Unfall. Dem Arbeiter Jäggi aus Radis wurde Mittwoch vormittag auf der Grube Barbara beim Abwickeln eines Drahtseiles der Knöchel des einen Beines zerschlagen. Der Verletzte wurde sofort nach dem Bergmannstrost in Halle überführt.

Eisleben. Bisandenen Geldbeutel. Daß der Patriotismus der meisten Prozentpatrioten merklich abflaut, wenn es heißt in den Beutel zu greifen, ist bekannt; davon macht auch die als „reichstreueste" sattsam bekannte Mansfelder Gewerkschaft keine Ausnahme. Die Mansfelder haben es von jeher verstanden, die Nationalpauke recht kräftig zu schlagen, so daß es auch oben gehört wurde. Man nahm deshalb ohne weiteres an, daß diese so patriotische Gesellschaft am Montag ihre Belegschaften feiern lassen würden unter Bezahlung des Schichtlohnes; das galt als selbstverständlich von wegen besagter Pauke. Aber nichts davon; die reichstreuen Knappen mußten das Kaiserjubiläum in Schacht und Hütte bei schwerer Arbeit feiern. Ja, es geht nichts über den wahren Mansfelder Patriotismus.

— Wegen schweren Diebstahls hat die Strafkammer beim Amtsgericht Eisleben am 17. Februar d. J. den Geschirrführer Otto Illmer zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Der Mitangeklagte H. ist zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen das Urteil hatte nur Illmer Revision eingelegt, die indessen vom Reichsgericht als unbegründet verworfen wurde.

— Ein Polizeiregister ist keine öffentliche Urkunde. So entschied am Mittwoch die Nordhäuser Strafkammer in einer Strafsache wegen Vergehen gegen das Personenstandsregister. Die verehelichte Jenny Gerthoff und der Bergarbeiter Greiz von hier hatten sich beide von ihren Angetrauten getrennt und lebten schon mehrere Jahre in wilder Ehe. Greiz mußte nun wiederholt seine Arbeitsstelle wechseln und zog mit seiner Ehehälfte nach Eisdorf, Lipprechroda und Eisleben rc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0010

In allen Orten bewirkte die Frau die Anmeldung bei der Polizeibehörde als für die „Familie Greiz". Ein am 18. Januar v. Js. unehelich geborenes Kind meldete der Mann als ein ehelich geborenes an. Am Mittwoch hatten sich die Genannten wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Greiz war vom Erscheinen zum Termin entbunden. Die Frau gab die Straftat zu. Sie habe die falschen Eintragungen deshalb bewirkt, um sich vor den Nachstellungen ihres Mannes, der sie mit Totschlag bedroht, zu schützen. Der Staatsanwalt beantragte 1 Woche bezw. 5 Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte für die Frau auf Freispruch, weil ein Polizeiregister keine öffentliche Urkunde zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen sei. Greiz erhielt zwei Wochen Gefängnis. Bei ihm wurde als erwiesen angenommen, daß er sich der Urkundenfälschung des Standesamtsregisters schuldig gemacht habe.

Schraplau. Ein Unhold. Der Bergmann Wilhelm Zapke hatte mit seinen drei Töchtern, wobei zwei noch schulpflichtig, Blutschande getrieben. Er wurde von der Eisleber Strafkammer am Dienstag dafür zu drei Jahren Zuchthaus nebst fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Bei dem ältesten Mädchen ist das Verhältnis nicht ohne Folgen geblieben. Die Mutter ist voriges Jahr verstorben, seit dieser Zeit trieb der unmenschliche Vater seine Schändlichkeiten.

Sangerhausen. Sozialdemokratischer Verein. In der Versammlung am Montag, den 16. d. M., die leider nur mäßig besucht war, hielt Genosse Hildenbrandt-Eisleben einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das 50jährige Bestehen der Partei. Der Vorsitzende gab hierauf den Termin des diesjährigen Kreistages bekannt, der am 20. Juli in der Schweizerhütte stattfindet. Anträge zu demselben wurden nicht gestellt. Als Delegierte wurden vier Genossen und eine Genossin gewählt. In der bekannten Terrorismusangelegenheit wurde sodann dem Vorstande die Ermächtigung erteilt, gegen die Kyffhäuserzeitung klagbar vorzugehen.

Artern. Ermittelte Diebe. Von einem Sammeltransporte der hiesigen Fleischerinnung wurden zwei Ballen mit Kalbfellen im Werte von etwa 300 M. gestohlen. Der Polizei gelang es, als Täter den Handelsmann Sch. und dessen Sohn, sowie den Bäckergesellen Sch. zu ermitteln und in Haft zu nehmen.

Heeringen. Hier erhängte sich der 71jährige Maurer Ludwig Kropf in seiner Wohnung. Der Grund zu der Tat dürfte in einem jahrelangen, unheilbaren Leiden zu suchen sein.

Ufrungen. Eine harte Strafe verhängte am Mittwoch das Nordhäuser Landgericht gegen den Arbeiter Hermann Mund. M. war voriges Jahr beim Landwirt Schultze hier beschäftigt. Am 14. April v. Js. befand er sich in der Gastwirtschaft Uftrunger Koll und stahl, nachdem er allein im Gastzimmer war, aus einem Kasten drei Mark. Am anderen Tag wollte er das gestohlene Geld wieder ersetzen; es war aber schon Anzeige erstattet. M. hielt sich nun längere Zeit versteckt, bis er am 24. Mai ds. Js. verhaftet wurde. Während der Angeklagte den Diebstahl bestritt, wurde er durch seine früheren Aussagen und durch die Zeugen der Strafsat überführt und der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr Gefängnis. Der Gerichtshof billigte ihm mildernde Umstände zu, weil die Tat im Suff geschehen war und erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Wittenberg. Einen Diebstahl verübte ein junger Handwerksbursche namens Barkels im Restaurant von Poetzsch in der Kollegienstraße. Er benutzte die Abwesenheit des Wirtes, um aus der Kasse 11 Mk. zu stehlen. Der bald zurückkehrende Wirt entdeckte aber den Diebstahl und ließ den Täter verhaften.

— Einen Selbstmordversuch machte das 21jährige Dienstmädchen Minna Henneberg, das sich bei dem Apothekenbesitzer Eck in Stellung befindet. Die H. hatte sich Salzsäure verschafft und diese getrunken. Durch ihre Hilferufe wurden Nachbarn auf sie aufmerksam und holten einen Arzt herbei, der sofort Gegenmittel verordnete und die Ueberführung in das Paul-Gerhardts-Stift veranlaßte. Unglückliche Liebe soll der Grund zur Tat sein. Lebensgefahr besteht zum Glück nicht.

Zahna. Die Leiche eines zirka 25jährigen Mannes ist mit einer Schußwunde in den Schläfen unweit Klebitz gefunden worden. Ein vorgefundener Revolver, in dem sich noch drei Patronen befanden, läßt auf einen Selbstmord schließen. Bei der Leiche befanden sich keinerlei Ausweispapiere; bekleidet war sie mit einem braunen Anzug.

Vereine und Versammlungen.

Landsberg. Sozialdemokratischer Verein. Am Sonnabend, den 21. Juni, findet abends 8 Uhr im Ratskeller eine Vereinsversammlung statt. Alle Mitglieder wollen pünktlich erscheinen.

Teutschenthal. Arbeiterjugend. Sonnabend, den 21. Juni, abends 8½ Uhr, in der Fortuna, Vortrag des Genossen Koenen über: Die wahren und die falschen Freunde der Jugend.

Passendorf. Parteiversammlung. Den Parteigenossen und -Genossinnen hierdurch zur Mitteilung, daß unsere nächste Mitgliederversammlung am Sonnabend, den 21. Juni, abends 8½ Uhr, im Deutschen Hof stattfindet.

Lest die Arbeiter-Jugend!

Bestellungen nimmt entgegen **Gustav Gerig**, Tritstr. 28.

Allerlei.

Die Hetze gegen Hauptmanns Jahrhundertfestspiel scheint nun doch den von den teutschen „Patrioten" gewünschten Erfolg gebracht zu haben: Wie aus Breslau berichtet wird, gelangt das Festspiel nicht mehr zur Aufführung. — Deutschland ist damit vor weiterer „Schmach" bewahrt und die „in ihrem nationalen Empfinden auf tiefste verletzten" Urteutonen können nunmehr wieder ruhig schlafen. Heil ihnen!

Wurde zunächst vom Festausschuß ein „Grund" für die plötzliche Einstellung der Aufführungen nicht angegeben, so wird jetzt bekannt, daß sie auf Veranlassung des deutschen Kronprinzen erfolgt ist. Der Berliner Volkszeitung wird aus Breslau gemeldet: „Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat das Hofmarschallamt des Kronprinzen bereits am vorigen Dienstag den Magistrat von Breslau telegraphisch davon verständigt, daß der Kronprinz das Protektorat niederlegen werde, falls die Aufführungen des Gerhart Hauptmannschen Festspiels nicht eingestellt würden. Die Ausstellungsleitung setzte sich mit dem Hofmarschallamt sofort in Verbindung und bemühte sich, mit Rücksicht darauf, daß nur noch wenige Vorstellungen in Aussicht genommen seien und mit Rücksicht auf die hohen Kosten, den Kronprinzen von seinem Standpunkt abzubringen. Als aber diese Versuche ergebnislos verliefen, entschloß man sich zur Aufgabe der weiteren Vorstellungen. Die Schauspieler werden bis morgen, bis zu dem Tage, an dem die Gagen gezahlt werden, in Breslau bleiben."

Gerhart Hauptmann, von der Vossischen Zeitung ausgefragt, was er nun zu tun gedenke, antwortete, daß er sich darüber noch nicht vollkommen klar sei. Die ganze Angelegenheit, das ganze Gewebe von Angriffen und Intrigen, das lediglich einen parteipolitischen Charakter trage, habe seinen Ursprung in Berlin. Dadurch, daß in der Schlesischen Zeitung Artikel zweier Berliner Zeitungen veröffentlicht worden sind, sei die Angelegenheit ins Rollen gekommen, und alle Bemühungen einflußreicher Männer, unter denen sich Angehörige des hohen Adels und konservative hohe Beamte befinden, die Katastrophe zu verhindern, seien fruchtlos geblieben.

Die Tat des Kronprinzen hat die volle Zustimmung der konservativen Blätter gefunden. Die Post „dankt" dem Kronprinzen für sein „mannhaftes und entschlossenes Eintreten" und dafür, „daß endlich einmal in Deutschland einer aufsteht, der den Kampf mit den in der Demokratie übermächtig gewordenen Kräften nicht scheut".

Die Postredakteure scheinen nicht zu wissen, daß der „Kampf mit der Demokratie" den Machthabern nicht immer gut bekommen ist . . .

Beim Offiziers-„Liebesmahl".

Der Oberleutnant v. d. Trenck von den Wrangelkürassieren in Königsberg war vor einigen Tagen „wegen Verfehlungen privatdienstlicher Natur" zur Beobachtung seines Geisteszustandes ins Königsberger Garnisonlazarett eingeliefert worden. Erst jetzt wird bekannt, was es mit den „Verfehlungen privatdienstlicher Natur" für eine Bewandtnis hat: Oberleutnant v. d. Trenck hat bei einem „Liebesmahl" im Kasino der Wrangelkürassiere einen Vorgesetzten, einen Major tätlich angegriffen und schwer verletzt. Der Major mußte in einer Tragbahre in seine Wohnung gebracht werden. Zwischen dem Major und dem Oberleutnant bestanden, wie verlautet, schon seit längerer Zeit Differenzen. Oberleutnant v. d. Trenck wurde aus dem Lazarett bereits ins Militärarresthaus übergeführt. Er wird als ein etwas jähzorniger, sonst aber liebenswürdiger und tüchtiger Offizier geschildert. Vor einiger Zeit erhielt er für eine Rettungstat die Rettungsmedaille.

Ein Schutzmann, der stiehlt.

In Königsberg i. Pr. ist ein Schutzmann verhaftet worden. Er hat sich als ein besonders pflichttreues Mitglied der preußischen Polizei erwiesen. Er hatte von der Leitung der landwirtschaftlichen Provinzial-Ausstellung die Erlaubnis erhalten, herumliegendes Holz zu sammeln und für sich zu verwenden. Der Polizeibeamte ging darüber aber weit hinaus; er bestellte sich Fuhrwerk, ließ etwa **dreißig Stalltüren im Werte von gegen 800 Mark ausheben und fortschaffen.** Der Diebstahl wurde entdeckt und der Schutzmann seines Amtes entsetzt und verhaftet. Vierzehn Türen wurden später in einem Garten aufgefunden; die anderen aber sind bisher noch nicht entdeckt worden.

Redls Schüler.

In Kalinowik in Bosnien wurde auf die Anzeige eines Soldaten ein russischer Spion mitten in der Arbeit — er zeichnete — verhaftet. Der Soldat wurde sofort zum Zugsführer (Sergeanten) befördert und erhielt 250 Kronen Belohnung vor der Front. Jetzt mußten sie den Anzeiger auch einsperren, weil er (gegen Bezahlung natürlich) dem Spion erst den Zutritt zu den verbotenen Stellen ermöglicht und ihm gewisse Daten verschafft hatte!

Derartige Fälle haben sich mehrfach ereignet, z. B. daß übelbeleumundete Soldaten für Denunziationen befördert wurden, während das Zivilgericht die Denunzierten freisprechen mußte, weil sie nichts getan hatten!

Große Hitze in England.

Die Hitze erreichte am Mittwoch in London über 30 Grad Celsius im Schatten. In allen Stadtteilen erkrankten zahlreiche Personen infolge der ungewöhnlich hohen Temperatur, und die Ambulanzen hatten einen geschäftigen Tag. Abends bildeten sich Gewitter, die in der Umgegend von London viel Schaden anrichteten. Sieben Personen wurden vom Blitze erschlagen.

Opfer fallen hier . . .

Auf dem Flugplatze Johannisthal ereignete sich heute (Donnerstag) morgen 4 Uhr ein schwerer Fliegerabsturz. Der Flieger Hans Reimar Kraftel war mit dem Werkmeister Gerbitz auf einem Baumann-Freytag-Doppeldecker um 3 Uhr 48 Min. zu einem Zweistundenflug um die Prämie der Nationalflugspende gestartet. Kraftel hatte schon mehrere Runden zurückgelegt, als sich die Maschine plötzlich überschlug und aus 20 Meter Höhe zu Boden stürzte. Beide Insassen fielen aus der Maschine und wurden vom Sanitätspersonal tot neben den Trümmern des Doppeldeckers aufgefunden.

Paris, 19. Juni. In Etampes ist der Flieger Deweyer aus einer Höhe von 50 Metern abgestürzt; er war sofort tot.

Brindejonces Flug Paris—Berlin—Petersburg.

Der französische Flieger Brindejonc ist Dienstag vormittag 11 Uhr 25 Minuten, von Dwinsk kommend, auf dem Petersburger Militärflugplatz eingetroffen. Er hat die Strecke von Dwinsk bis Petersburg trotz starken Windes in 3 Stunden 50 Minuten zurückgelegt. Er gedenkt nach zweitägiger Erholung seine Rückkehr nach Paris über Helsingfors, Stockholm und Kopenhagen anzutreten.

Ein neunjähriger Knabe — Lebensretter.

Eine wackere Tat vollbrachte in Berlin der neunjährige Schüler Gustav Zastrow. Der Kleine spielte mit gleichaltrigen Kindern am neuen Stichkanal, als ein achtjähriges Mädchen ins Wasser stürzte. Der kleine Zastrow sprang dem Mädchen sofort nach, faßte, als die Kleine einen Augenblick hochkam, ihre Hand und hielt sie mit großer Anstrengung so lange über Wasser, bis Hilfe zur Stelle war.

Kleines Allerlei. Die Hetze gegen das Breslauer Jahrhundertfestspiel Gerhart Hauptmanns hat der städtische Ausschuß der Jahrhundertfeier damit beantwortet, daß er die Preise für alle Plätze in der Festhalle auf die Hälfte des bisherigen Preises herabgesetzt, um weiteren Kreisen der Bevölkerung den Besuch des vielangefeindeten Werkes Hauptmanns möglich zu machen. — Untergang eines Schiffes. Das Segelschiff Nikaria geriet nach dem Verlassen des Hafens von Smyrna in die Minenzone und wurde durch die Explosion einer Mine zum Sinken gebracht. Die Besatzung ist gerettet worden. Ein Matrose wurde verwundet. — Ein Riesenfeuer brach auf der Werft von Tecklenborg in Geestemünde, der größten deutschen Segelschiffahrtswerft, aus. Der Tischlereibetrieb ist völlig vernichtet worden. Der Schaden wird auf über eine Million Mark geschätzt. — Entgleisung eines D-Zuges. In der Nähe von Großwusterwitz (Mark) ist gestern nachmittag der D-Zug 30 entgleist. Die beiden letzten Wagen sprangen aus den Schienen und rollten die Böschung hinab. Der Schaffner Kloß aus Berlin ist tot. Drei Personen wurden verletzt. — Auf dem Kalischacht Heeringen bei Rotenburg a. d. Fulda sind zwei Arbeiter infolge Grubengasvergiftung tödlich verunglückt. — Infolge eines Wassereinbruchs in die Kohlengruben von Carehouse bei Rotherham sind acht Bergleute umgekommen. — Todessturz vom Drahtseil. In Weißlitz in Thüringen trug sich Dienstag vor einer vielhundertköpfigen Zuschauermenge ein schweres Unglück zu. Dort errig bei der Vorstellung einer Seiltänzertruppe auf dem Schützenplatz ein 15 Meter hohes Turmseil. Der Seiltänzer stürzte auf einen siebenjährigen Knaben, der tödlich verletzt wurde. Der Artist wurde schwer verletzt und starb bald darauf. — Beim Spielen mit einer Flinte erschoß in Wald ein Knabe seine 11jährige Schwester, da er „geglaubt" hatte, daß die Büchse nicht geladen sei. — 14 Bergleute in der Grube eingeschlossen. Auf der 400 Meter-Sohle des Schachtes 1 der Zeche Friedrich Heinrich in Linkfort bei Moers sind im südlichen Querschlag durch Zubruchgehen einer Strecke vierzehn Mann eingeschlossen worden. Sämtliche Leute sind am Leben und können sich mit den Rettungsmannschaften, die sofort in Tätigkeit traten, verständigen. Auch verletzt wurde, soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, niemand. Die Zechenleitung hofft, die Verschütteten retten zu können. — An Trichinose erkrankt sind in Zychlin (Rußland) 28 Personen. Fünf von ihnen sind gestorben. — Ein Schweinepriester. Das Gitschiner Kreisgericht verurteilte den Trautenauer katholischen Katecheten Sturm wegen Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern zu sieben Monaten schweren Kerkers.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Zentralbibliothek.

Ausgabeort: Für Nord Volkspark (Burgstraße 27), für Süd Ballsäle (Lerchenfeldstraße 14).

Billiger Verkauf
1500 Stoff-Hosen

verkaufe, um jedermann Gelegenheit zu geben, meine Leistungsfähigkeit kennen zu lernen, zu folgenden festen billigen Preisen:

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
Herren-Stoffhose in dunklen, gestreiften u. karierten Farben	Herren-Stoffhose in praktischen Modemustern	Herren-Stoffhose in sehr beliebter Farbenauswahl	Herren-Stoffhose in den gangbarsten Großstadtmustern
1.45 M.	1.85 M.	2.45 M.	2.90 M.

Trotz des billigen Verkaufs 5% Rabatt.
Bitte sich gefälligst in den Auslagen davon zu überzeugen.
1695

Ernst Renner.
14 Marktplatz 14.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

*884

Extra billig!
Barchent-Hemden
Einsatz-Hemden
Maccohemden
Netzjacken
Sport-Chemisetts
Hosenträger 1711
bei
M. Gottheil,
Gr. Klausstr. 9, Ecke Oleariusstr.

Vorschrifts-mässige **Feldflaschen** für Wandervögel, Mk. 2.50.
1688
C. P. Ritter, Leipziger-strasse 90.

Makulatur v. Hall. Genossensch.-Bucher.

Wasche mit
Henkel's
Bleich-Soda.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0011

Praktischer Wegweiser

empfehlenswerter Einkaufsquellen

Erscheint wöchentl. einmal — **Halle a. S.-Land** — Zur Beachtung empfohlen

Ammendorf Radewell

Sanitäts-Drogerie
Richard Glaubig
Ammendorf-Radewell
Farben, Pinsel, Lacke
Cigarren, Cigaretten.

Ernst Adam
Mechaniker
Fahrräder und Nähmaschinen
Eisenwaren.

Ammendorfer Molkerei
Milch, Butter, Käse

Helios-Theater
Nur erstklassige Neuheiten.
Jed. Woch. 2 mal Progr.-Wechs.

Alb. Henze
Klempnerei, Installationsgschft.
Haus- und Küchengeräte.

Richard Graul
Bäcker- und Konditorei
mit elektrischem Betrieb.

Gute, moderne
Schuhwaren
billig
Wünscher's Schuhwarenhaus.

Kluges Kino
Nur gute Films vorgeführt.

Oskar Burkhardt
Bäcker- und Konditorei
— Geregelter Betrieb. —

Emil Vogler
Buchbinderei, Papierhandlung
Ammendorf-Radewell.

Adler-Drogerie Ernst Mewes.

Wilh. Bauermann Fleisch- und Wurstwaren

Bauermann, Fleischerei Diemitz.

P. G. Blank, Kaufhaus.

Hugo Diesel Kunst- und Handelsgärtnerei

A. Hermann, Uhren u. Goldw

Probsthayn Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Max Rose Tapeten, Farben und Pinsel.

Woldemar Schmidt Chocolad. Geschäft.

Karl Thiele Osendorf, Bäckerei Materialwaren.

Klostermannsfeld

A. Schnitzer
Käsefabr., Butter, Eierhandlg.
en gros en detail.

A. Schnitzer Brot-, Weiß- und Fein-Bäckerei.

T. Wenzel Land-Brot-Bäckerei.

Allstedt

Aktien-Bier-Brauerei
Allstedt
[illegible] helle u. dunkle Biere.

Könnern

Warenhaus
Paul Junge
Herren-, Damen-, Kinder-Konfektion. Manufaktur-Modewaren, Nähmaschinen.

Kolonial-, Kurz- und Eisenwaren
Otto Lederbogen
Telephon 360.

Eduard Letz & Co.
Kolonial- u. Manufakturwaren, Eisen- u. Ofenhandlung, Emaille und Futterartikel.

• **Otto Niepoth** •
Manufaktur, Konfektion,
:: Nähmaschinen. ::

Manufaktur-Schuhwaren, Wäsche.
Richard Warter
Spe. Arbeiter-Bekleidung.

Franz Lauch
Kolonialwaren
:: Butter ::
Delikatessen.

Feh. Kamerun Kakao Pfd. v. 1,20 Mk. an leicht löslich, gar. rein. p. Nachn.
Detailversand zu Grosspreisen
A. Böttcher, Könnern a. S.

Fritz Emilius, Adler-Brauerei.

Woldemar Schmidt Chocolad.-Geschäft.

Beesen

Friedr. Ettlich
Ammendorf
Möbel- und Sargmagazin.

Hermann Nitzer
Bäckerei.
Bestellung. werden prompt ausgeführt

Nietleben

Glückauf-Apotheke
von Albin Voigtritter
Anfertigung sämtl. Rezepte und Verordnungen für alle Krankenkassen.

Dampf-Molkerei
Inh. Oskar Rosenfeld
Milch, Butter, Käse, Eier.
Auch Versand nach auswärts.

Drogerie „Glückauf"
Farben, Öle, Sämereien, Verbandstoffe, Weine.
Cigarren.

Eisleben

Eisleber Actien-Biere
sind
Qualitätsbiere
allerersten Ranges

Trinkt nur
bestbekömmliches Bier
Bürgerliches Brauhaus

Markt-Bazar, Markt 5
Emaille, Porzellan, Steingut
Thonwaren, Haus- u. Küchenger.

Kaufhaus für Gelegenheitskäufe
Manufakt., Arbeiterbekld. Lutherstr. 14.

Nordsee-Fischhalle Markt 40. Fische u. Delik.

Gerbstädt

Hans Druschke
Herren- u. Knaben-Garderobe
Berufskleidung
Anfertigung nach Maß neuester Mode
Hüte, Mützen, Schirme, Stöcke
Größt. Auswahl, billig. Preise.

Artern

Heinrich Michel
Möbel-Magazin
solide Polstermöbel
Dekoration und Lederwaren
vorteilhafteste Bezugsquelle

Paul Keitel Schuhwar. aller Art Reparaturwerkst.

Hettstedt

S. Rosenberg
Damen- und Herren-Konfektion, Manufaktur- und Kurzwaren.

Sangerhausen

Henry Werrmann
Spezialität:
Herren- und Knaben-Garderobe
fertig und nach Maß.

Max Beetz
Kylischestr. 46
Pelzwaren, Hüte, Mützen.

Richard Tausendschön
Möbelmagazin
vorteilhafteste Bezugsquelle

Vereinigte Brauereien
empfehlen ihre erstklassigen hellen und dunklen Lagerbiere

Elise Weißbach
Kurz-, Weiß- und Wollwaren
Dauerwäsche, Herrenartikel.

Franz Kretschmann, Bandagen Messerschmiedew., Schleif. m. Kraftbetr.

Kinematograph, Bahnhofstr. 32

C. Kötteritzsch Cigarren Cigaretten, Rauch- u. Kautabake.

Moritz Loewe Größtes Spez.-Schuhgeschäft

J. F. Martens, Riestaderstr. 31.

Otto Schachtel Spezial-Schuhgesch. Maß- u. Reparatur.

Rich. Wehser Cigarr.-Spez.-Geschäft Kylischestr. 5.

Otto Wolf Uhren u. Goldwaren. Eig. Reparat.-Werkst.

Edersleben

Arthur Ulrich, Edersleben
Manufakt., Arbeiterbekleidung
Kolonw. Landesprod. Eisenw.

Helbra

Glückauf-Drogerie
Max Klemm
Drogen-Farben-Spez. Gesch.
Artikel zur Krankenpflege.

Gute moderne Schuhw.
empfiehlt billigst
Schaffhäuser Schulstr. 29.

Dille & Herrmann Mineralwasser-Fabrik

H. Weller empf. ff. Kochwürstchen in Dosen, eigenes Fabrikat.

Roitzsch

Karl Naumann
Kaufhaus für Manufaktur-, Konfektion- u. Materialwaren.

Fr. Homann Kolonialwaren. Glebitcherstr.

Bitterfeld

Erstklassig
Palast-Theater
moderner
Lichtspiele
Vorbildlich — Wissenschaftlich
Mittwoch u. Sonnabend
Programmwechsel

Heinr. Arnold
Markt 8
Leinen- u. Baumwollwaren, Kleiderstoffe, Wäsche-Artik. Gardin. Teppiche, Bettfedern.

Irene Fahrrad-Werke
M. Schneider
Halleschestrasse 27.
Billigste Bezugsquelle für Fahrräder u. Grammophone.
— — Fabrikpreise — —

Kaufhaus
Rich. Werner
Kaiserstr. 2.
Geschäftsprinzip
Gute Ware für wenig Geld! ! !

Stadt-Apotheke
Markt 11
Anfertigung v. Verordnungen für alle Krankenkassen.

Gute, moderne
Schuhwaren
und Reparatur
billig
Wilh. Pönitzsch Kaiser-Str. 52.

Robert Fleischer
Sandersdorf
Cigarren-Spezialgeschäft.

Brauerei Bitterfeld
A.-G.
Prämüerte Spezialbiere.

Dampf-Molkerei
E. Profe
Vollmilch, Butter, Käse.

Flora-Apotheke Dessauer-Str. 8.
Rezepte und Verordnungen für sämtliche Krankenkassen.

„Fortuna" Markt 11
Inh. Rich. Dombrowski
Herren-u. Knabengarderobe.

Reinhold Hannibal
Lederhandlung
billigste Bezugsquelle.

S. Jarosch Nchfl., Markt 7
Herrengardb., Arbeitergardb.
Anfertigung nach Maß.

Kaffee-Rösterei
Kolonialwaren
Oswin Sack, Markt 5

Herm. Kühle, Fernspr. 180
Tapeten, Wachstuche
Linoleum.

R. Richter Kaiser-Straße 1b.
Uhren u. Goldwaren, Optik, Reparaturwerkstätte.

P. Seelmann, Burgstr. 13
Geraer Kleiderstoffe, Kinder-Gard. Kostümröcke u. Blusen.

E. Strenger
Schuhmacher-Meister
Schuhwaren-Spezial-Gescht.
reelle aufmerksame Bedieng.

J. Goldscheider Herr.-u. Knab.-Gard. Sportsach. Markt 15

Bitterfeld

Ziesche's Kino, Markt 7
Mittwoch und Sonnabend neues Programm.

Otto Henze Schuhwaren Hallesche Str. 6

Aug. Irrgang Stadt Berlin Zahntechniker

J. Leschziner Herrenkonfekt. Schuhwhdlg., Burgstr.

Otto Luft, Drogen u. Farben.

A. Meyer Seifen-Spezial-Geschäft Burgstr. 4

Otto Schladitz Uhren u. Goldwar. Burgstr. 4

F. Schönbrodt, Waff., Munition, Fahrräder, Reparaturwerkst.

Schuhhaus Rekord, Burgstr. 47

Osw. Sucher Schleiferei, Stahlwar. Handlg, Kaiserstr. 59.

G. Wolter Milch, Butter, Eier, Käse Hallesche Str. 6

Delitzsch

Hermann Bahrenburg
Konfektion,
Manufaktur-, Modewar.

Dampf-Seifenfabrik
von
Heimbürger & Elitzsch
= Crensitz. Bezirk Halle. =

Löwen-Apotheke
Breite Straße 15
Anfertigung sämtlicher Krankenkassen-Verordnungen

Hermann Schöttge
Klitzschmar
Mühlen-Produkte
Brot-Fabrik

Konfektionshaus für Herren-, Knaben-Bekleidung
J. Wolff Inh. S. Jacobsohn
Manufaktur Modew., Wäsche

Rich. Berger
Halleschestraße 94
Möbelhaus
Möbel in jeder Preislage.

Ernst Frenzel
Uhren und Goldwaren
Reparaturwerkstatt.

Brauerei H. Fritzsche Inhaber R. Uhlmann.
Lagerbier hell und dunkel
Karamelbier, Berliner Weißbier.

Otto Lohse, Schulstraße 24
Prima Weiß- und Roggenbrot
Lieferant des Konsumvereins.

Oskar Reime
Drogen, Lacke, Pinsel,
Fußbodenfarben.

Ring-Theater
Täglich Vorstellung, Mittwoch-Sonnab. Progr.-Wechs. K. Maul.

H. Henkel Spezialgeschäft feiner Stahlwaren.

Gust. Heidrich Gerth Brot-Bäckerei.

O. Hermann Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Lange's Nachfl. R. Karte Bäckerei.

W. Rehn, Brotbäckerei.

M. Rieseler Korbwaren und Kinderwagengsch.

O. Stier Brot- u. Feinbäckerei Leipziger Str. 2.

Greppin

Otto Mederake
Fahrräder, Nähmaschinen,
Kinderwagen.

Paul Schmidt
Restaurant u. Café
Bitterfelderstr.

Richard Daum, Bäckerei.

Paul Kramer, Bäckerei.

Fr. Neumann Drogen u. Farben Kolonialwaren.

Pönitzsch, Schuhwaren Reparaturen

P. Reibert, Bäckerei.

Kelbra

Otto Klausing
Kolonialwaren, Spirituosen
Mehl- und Futterartikel

Gräfenhainichen

Adler : : Apotheke
Homöopatische Central-Apotheke
Drogen und Chemikalien
:: in erster Qualität zu ::
niedrigsten Preisen.

Manufaktur-Weiß-, Wollwaren.
Fritz Bergmann
Kurzwaren, Herren- und Knab. Konfektion.

Albin Fickenwirth
Schlosserei
Fahrräder, Nähmaschinen.

Max Walther
Bäckerei
Lieferant des Konsumvereins.

Trinkt nur
Bürgerbräu
Bürgerl. Brauhaus G. m. b. H

Holzweißig

Apotheke Holzweissig
Tel. 255.
Anfertigung von sämtlichen
: Krankenkassen-Rezepten :

E. Büchner
Dampfmühle
Mehl- und Futterartikel

H. Michaelis
Uhren, Goldwaren,
Geschenkartikel.

Alt Scherbitz

Mühlenerzeugnisse
feinste Weizen- u. Roggenmehle
en gros en detail
Kunstmühlen Werke von
C. G. Bemme
Telephon 392.

Zörbig

Gute moderne Schuhwaren
Maßarbeit, Reparaturen,
Lederausschnitt, Schuhmacher-Bedarfsartikel äußerst billig
Karl Frenzel

Franz Hetzger, Bäckerei.

Scholz Bäckerei, Mehlhandlg. Lieferantd. Allgem. Konsums.

Kemberg

August Schulze
Manufaktur, Konfektion
Spez.: Arbeiterbekleidung
Wäsche, Weiß-, Wollwaren

E. Stahl Herren- u. Knabengard. Arbeiterbekleidg.

Wittenberg

Mühlen-Erzeugnisse
Hermann Bennicke
Teleph. 25
Nur beste Qualität

Bürgerliches Brauhaus
v. Alwin Hoch.
empfiehlt seine anerkannten erstklassigen Biere
: hell-, dunkel, :
weiß-, Karamel.
Fabrikation sämtl. alkoholfr. Getränke.

Schokolade, Kakao,
Kurt Schmiedicke
Tee, Kaffee.

Bürgerlich. Brauhaus E. G. m. H.
Wittenberg (Bezirk Halle)
empf. sein. anerkannt erstklass. Bier, hell u. dunk. Weiß u. Karamel-Bier, sow. Schankbier hell u. dunk. Fabr. sämtl. alkoholfr. Getränk.

Bruno Kieschnick
Jüdenstr. 6
Butter, Eier, Käse,
== Konserven. ==

Friedr.
Hellberg
hinterm Rathaus
Kleiderstoffe, Leibwäsche
5% Rab. Betten 5% Rab.

C. Scheinig
Holzpantinen-Fabrik.

Wittenberg

Paul Zimmermann
Collegienstr. 41/42
Friedrichstadt · Königsplatz 14
Bezugsquelle f. Kolonialwaren und Landesprodukte.

Paul Klapper
Collegienstr. 3
Cigarren, Tabak, Cigaretten.

Das edelste Qualitätsbier
ist **Aktien-Bier**
A. G. Wittenberg.

Otto Gresse Schuhwaren Reparatur-Werkst.

H. Hedrich, Reparaturwerkst. für Fahrräd. u. Sprechautom. Sämtl. Ersatzt.

Israel Herren- u. Knabengarderoben. Collegienstraße 6.

G. Kampfhenkel Collegienst. 26 Mittelstr. 47.

Aug. Linke Hüte Mützen, Pelz- u. Filzwaren.

M. Nitze Schuhwaren. Schnell-Besohlanstalt. Markt 12.

Kl. Wittenberg

Adler-Drogerie
v. A. Brühl
sämtl. Artikel zur Kranken-Körper- u. Kinderpflege.
Lacke, Farben u. Pinsel etc.

Ernst Hildmann
:: Weiß- Wollwaren, ::
Wäsche, Besatzartikel.

W. Schurich Kinderwagen Korbwaren.

Otto Wendt Bäcker- und Konditorei.

Kl. Wittenberg-Piesteritz

Richard Brendel
Weiß- und Wollwaren
Wäsche, Besatzartikel

Dademasch Maschinenstrickerei Schnittwaren.

Martin Kaspar, Möbelmagazin

G. Neubert Schuhwaren Schnellbesohlanst.

Bockwitz

Johann Kossack
Schuhwarenhaus
Herren- Knabengarderobe
Arbeiterbekleidung.

R. Schoenerstedt
Kaffee-Rösterei, Drogen, Farben,
Kolonialwaren und Landesprodukten.

Max Steglich
Fleisch- u. Wurstwarenfabrik
: mit elektrischem Betrieb. :

Eduard Klein ff Fleisch- und Wurstwaren.

M. Noack Brot- und Weiß-Bäckerei.

W. Piha Herren- u. Knaben-Garderobe.

P. Schütze Brot- u. Weiß-Bäckerei.

Merseburg

Kraft-Fahrzeuge
Nähmaschinen
Fahrräder
Auto-Reparat.
Chauffeurschule
Gust. Engel, Merseburg a. S.
Kursus Eintritt ständig.
Prospekte gratis.
Fernruf 203.

Wäsche, Weiß- und Wollw.
Curt Eberhardt
Putz
Herren-Artikel

Trinkt
Herzquell
Brands Brause
Citronelli
die besten
alkoholfr. Getränke.

Bürgerliches Brauhaus
Inh. Hermann Vollrath
Lagerbier hell u. dunkel
Karamelbier
Lichtenhainer Weissbier.

Billigste Bezugsquelle von
Otto Dorn Markt 7.
Tel. 414.
für sämtliche Lebensmittel.

Herm. Pfautsch
Telephon 210.
Tabak- u. Cigarr.-Fabrik
Größte Leistungsfähigkeit
in allen Preislagen.
Spez. Salude 10 Stück 50 Pf.

Merseburg

Herren-Knaben-Konfektion
Oskar Zimmermann
Arbeiter-Konfektion

R. Christ
Lager fertiger Herrengarderobe.
: : Anfertigung nach Maß : :

Theodor Freytag
sämtliche Manufakturwaren
zu billigsten Preisen.

Köstr. Schwarzbier
Ch. Bohm Nchflg. Merseburg.
Mineralwasserfabr. Alkoholfr. Getränke

Gustav Schenke
Unteraltenburg 24
ff. Fleisch- u. Wurstwaren.

O. Bretschneider Eisenw. Werkzeug Fahrrad. Zubehör

Nordsee-Fischhalle Entenplan 9.

R. Wiemann Rind- und Schweineschl.

Torgau

Gute, moderne Schuhwaren
und Reparaturen billig
Emil Dähne's Schuhwarenhaus
28 Königstr. 28

Warenhaus
S. Ahlfeld
Bäckerstr. 12.

Torg. Lichtbildtheater Leipzigerstraße 12.

Herm. Meyer, Niederl. Görnemann, Kolonwar. 45 Geschäfte.

L. Völker Hüte, Mützen, Pelzwaren Markt

O. Zimmermann Dr. Wagners Drog. Leipzigerstr.

Mücheln

Paul Sauer
Herren-, Knabenkonfektion
== Berufskleidung ==
Kurz- u. Schnittwaren.

M. Bergmann Inhaber O. Bergmann
Schneidermeister.
großes Lager fertiger Herren-Garderobe.

Karl Wiegand
Leistungsfähigstes Gesch. aller Schuhwaren, billigste Preise.

O. Weber Cigarren u. Cigaretten Fahrradhandlung.

Nebra

Erich Bode
Fahrräder, Nähmaschinen
Reparatwerkst. aller Systeme

Alfred Flade
Vorzügliche Einkaufsquelle
Herrengarderobe, Herrenartikel,
Hüte und Mützen.

Elsterwerda-Biehla

Paul Dietrich Fabrik ff Fleisch-Wurstwar.
„Zum guten Happen"
bürgerl. Mittagstisch. Speisehaus.

Arth. Fuchs, Markt 2
Musikwerke, Porzellan, Wirtschaftsgegenstände, Seilerei- u. Spielwaren.

Robert Junge
Dam.-, Herr.- u. Kinder-Konfkt.
Wollwar. Hüte, Mützen usw.

Woldemar Nierth
Bäcker- u. Konditorei, Biehla
Lieferant d. Konsumvereins.

Karl Uhlich
Biehla bei Elsterwerda
Erste Biehlaer-Cigarrenfabrik.

Louis Zimmermann
Löwen-Drogerie
Drog., Chemikalien, Verbandst., Kolw.

Gust. Dieckmann Schuhwaren

Emil Krug, Brot- u. Weißbäck.

Krause's Zahn-Praxis, Mühlbergerst. 17 schonend. Behdlg. solid. Preise

Molkerei Julius Rebentisch.

H. Reibig, Möbelmagazin.

W. Tamm, Schuhwarengesch.

R. Schulz Delikatessen, Südfruchthandlung

Mückenberg

Albert Klockow
: Kolonial-, Schnitt-, :
Weiß- und Wollwaren.

Mühlberg a. E.

Manufaktur- u. Modewaren.
C. A. Kunze, Inh. C. Lippert
Wäsche, Konfektion u. Kurzwaren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219130620-12/fragment/page=0012